

Israel, die Palästinenser und die deutsche Linke

Beiträge
einer Tagung der
Marx-Engels-Stiftung,
Wuppertal

Neue Impulse Verlag



Israel, die Palästinenser und die deutsche Linke

**Beiträge einer Tagung
der Marx-Engels-Stiftung,
Wuppertal**

Neue Impulse Verlag

Am 13. und 14. Oktober 2001 veranstalteten die Marx-Engels-Stiftung und die Redaktion *Marxistische Blätter* in Wuppertal eine Konferenz zum Thema «Israel, die Palästinenser und die deutsche Linke». Die Referate und schriftlich eingereichten Diskussionsbeiträge dieser Tagung sind hier als Band 34 in der Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung dokumentiert.

Herausgeber: Marx-Engels-Stiftung e.V., Gathe 55, 42107 Wuppertal;
marx-engels-stiftung@t-online.de; www.marx-engels-stiftung.de

© 2002 Neue Impulse Verlag GmbH, 45127 Essen, Hoffnungstr. 18
Fon 0201-24 86 482; Fax 0201-24 86 484; NeueImpulse@aol.com

Alle Rechte vorbehalten
Druck: Digital Print, Witten

ISBN 3-910080-33-2

7.50 EUR (D)

Inhalt

- Hermann Kopp** Begrüßung 5
- Viktoria Waltz** Zur aktuellen Situation in Palästina
und ihren Ursachen 8
- Wolfgang Bator** Sozial-ökonomische Wurzeln des israelisch-
palästinensischen Konflikts 17
- Alexander Flores** Politischer Islam in Palästina 27
- Daniel Blank** Die Kommunisten Israels zu Zionismus
und Antisemitismus 36
- Robert Steigerwald** Anmerkungen zum Zionismus 43
- Hermann L. Gremliza** «Ein skandalöser Text» 53
- Thomas von der Osten-Sacken** Linker Antisemitismus,
als Antizionismus drapiert 61
- Peter Ullrich** Spiegelfechtereien der *deutschen* Linken.
Analyse oder Antideutschtum? 67
- Klaus Wagener** Mit der Anti-Antisemitismuspose
den Imperialismus verteidigen 72
- Irit Neidhardt** Wie Kino in Israel und Palästina
das Osloer Abkommen spiegelt 80
- Ernst Weit** Israel in der Nahoststrategie der USA 87
- Klaus Polkehn** Die DDR und der israelisch-
palästinensische Konflikt 99
- Ludwig Watzal** Die Revision des Zionismus als ein Weg
zum Frieden in Israel und Palästina 115
- George Rashmawi** Ein Jahr Intifada, 34 Jahre Besatzung
und Vorschläge der palästinensischen Linken
zur Lösung des Nahost-Konflikts 122
- Jürgen Bargmann** Jerusalem Poker 129
- Zu den Autorinnen und Autoren der Beiträge 133

Begrüßung

Hermann Kopp

Liebe Freunde, Kollegen, Genossen, verehrte Anwesende
beiderlei Geschlechts,

ich begrüße Euch bzw. Sie und möchte hiermit die Konferenz «Israel,
Palästina und die deutsche Linke» eröffnen. Erlaubt mir und erlauben
Sie *mir* einige wenige einleitende inhaltliche Bemerkungen.

Ein Jahr ist jetzt vergangen seit dem Beginn der zweiten Intifada, durch
die das Gebiet des historischen Palästina und der Konflikt zwischen
dem jüdischen Staat und den Palästinensern, erstmals seit den Oslo-
abkommen von 1993, wieder in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit
gerückt wurde.

Ein Monat ist vergangen seit den Selbstmordanschlägen auf das World
Trade Center und das Pentagon, Symbole der ökonomischen und mili-
tärischen Macht der USA, durch die wahrscheinlich über 5.000 Men-
schen ihr Leben verloren und in deren Gefolge sich die weltpolitische
Lage ungeheuer zugespitzt hat.

Eine Woche ist vergangen seit dem Beginn des Kriegs der USA und
Großbritanniens gegen Afghanistan (mit einer Begründung, die jegli-
chem Völkerrecht, ja jeglichem Rechtsempfinden Hohn spricht) – und
damit dem Beginn möglicherweise eines jahrelangen Feldzugs, dessen
nächste Opfer eine Vielzahl anderer, allein von den USA zu bestim-
mender Länder sein können.

Bush hat in seiner Rede vom 20.9. – deren Ton und deren Aufnahme
durch den US-Kongress durchaus Erinnerungen an Goebbels berüch-
tigte Sportpalastrede «Wollt Ihr den totalen Krieg» wecken konnte –,
er hat in dieser Rede angekündigt: Wer nicht auf unserer Seite, der
der USA steht, steht auf der der Terroristen. Und wird entsprechend
behandelt. Auf «gut Nazi-Deutsch» hieß dies mal:

Und willst du nicht mein Bruder sein

Dann schlag ich dir den Schädel ein.

Vieles deutet darauf hin, dass mit den Terroranschlägen des 11. Sep-
tember und der amerikanischen Reaktion darauf ein Jahrhundert nicht
etwa «grenzenloser Gerechtigkeit», sondern grenzenloser Barbarei im
Zeichen eines entfesselten, von Rücksichten auf die Existenz und die
Gegenmacht eines sozialistischen Lagers nicht mehr behinderten Im-
perialismus eingeleitet wurde.

Und unser Land ist, seine politischen Führer sind voll dabei. Was der
pakistanische Kulturwissenschaftler Aijaz Ahmad von Tony Blair sagte

- «der Schoßhund der USA, der den britischen Premier mimt» -, das könnte ähnlich für Gerhard Schröder gesagt werden, nimmt man seine wiederholten Beteuerungen «uneingeschränkter - auch militärischer - Solidarität» zum Maßstab. Nur dass George W. Bush, zu Schröders sichtlicher Enttäuschung, offenbar gar nicht mehr als ein Schoßhündchen haben möchte. Genug davon.

Zwischen der Zuspitzung des israelisch-palästinensischen Konflikts seit einem Jahr und der jüngsten Zuspitzung der weltpolitischen Lage besteht, darin sind sich ziemlich alle Beobachter einig, ein enger Zusammenhang. Insofern hat unsere Konferenz durch die Entwicklungen der letzten Wochen, leider, an Aktualität noch gewonnen.

Im historischen Palästina - jener kleinen, keine 10 Mio. Einwohner zählenden Region am südöstlichen Rand des Mittelmeers - kann in gewisser Weise, meine ich, eine Art Modell der die Welt heute insgesamt prägenden Widersprüche gesehen werden, der Widersprüche, die das Verhältnis zwischen «erster» und «dritter» Welt kennzeichnen.

Hier Israel - genauer gesagt, das Israel der «westlich» geprägten Ashkenasim, deren säkularisierte Religion der Zionismus ist und die sich als Außenposten der sich selbst so nennenden «zivilisierten» Welt verstehen - und die von dieser auch so verstanden werden.

Dort die arabischen Palästinenser, überwiegend Moslems, in deren Schicksal - Abhängigkeit, Armut, Diskriminierung, Unterdrückung - die Volksmassen vor allem der islamisch geprägten Welt und deren «organische Intellektuelle» (aber auch große Teile der 3. Welt überhaupt) ihr eigenes Schicksal wiederzufinden glauben.

Ob und inwieweit dieses dichotomische Bild die Wirklichkeit der Region, die Beziehungen der in ihr lebenden beiden Völker untereinander und deren Verhältnis zur übrigen Welt adäquat widerspiegelt (oder nicht) - das zu diskutieren, wird eine wesentliche Aufgabe unserer Konferenz sein.

Dazu gehört, zweitens, dass wir uns die Frage nach möglichen Auswegen aus dem israelisch-palästinensischen Konflikt stellen.

Wenn es richtig ist, dass grade dieser Konflikt zu einem Gutteil allgemeinere, die Weltverhältnisse heute insgesamt charakterisierende Widersprüche reflektiert, dann könnten die Antworten auf diese Frage - und die prinzipiellen Lösungsansätze, denen sie folgen - von Bedeutung weit über die Region hinaus sein.

Schließlich, aber nicht zuletzt, werden wir, da wir nicht irgendwo auf der Welt, sondern in Deutschland leben, uns der Frage zu stellen haben, wie Deutsche - als Angehörige einer Nation, die verantwortlich ist für den Völkermord an 6 Millionen Juden, und als Bürger eines

Landes, in dem der Antisemitismus nie verschwunden war und grade in jüngster Zeit heftig wiederauflebt – wie Deutsche also mit einem Konflikt umgehen müssen, der seine Entstehung nicht zuletzt dem Bedürfnis von Juden verdankt, in einem Staat und unter Bedingungen zu leben, die sie vor künftiger Verfolgung schützen.

Es ist sicher nicht nur, aber vor allem diese letzte Frage, über die die Linke dieses Landes tief gespalten ist. Es wäre eine Illusion zu glauben, diese Spaltung ließe sich durch diese Tagung – oder auch nur bei dieser Tagung – überwinden. Ich hoffe aber, dass es uns gelingt, unsere Differenzen wenigstens in einer Weise zu artikulieren, die weiteres miteinander Sprechen und Handeln nicht unmöglich macht.

Zur aktuellen Situation in Palästina und ihren Ursachen

Viktoria Waltz

Der Nahe Osten ist seit dem 19. Jahrhundert Spielball der imperialistischen Mächte der Moderne. Palästina betreffend war dies vor allem England und seit dem II. Weltkrieg sind es die USA.

Worum geht es, worum ging es? Vor allem um den Einfluß auf wichtige Ressourcen – um Nafta, das Öl.

Mit welchen Mitteln? Auch mit den Mitteln des «Kampfes der Kulturen», wie ihn sich Huntington für das letzte Viertel des letzten Jahrhunderts als eine Form des Kampfes um Interessen und Macht vorstellen mochte.

Ein «Kampf der Kulturen» findet im Nahen Osten bereits seit dem vorletzten Jahrhundert real statt – nicht als Fiktion à la Huntington. Inszeniert wurde er durch Europa. Heute vertritt Israel, gefördert durch die USA, dort Europa, wie es der ideelle Vater Israels, Theodor Herzl, vorausgesehen und sich gewünscht hatte. Dies geschieht aber durchaus nicht im Interesse irgendeiner Religion oder einer Kultur, etwa des Christentums und seiner ideellen Werte – sondern im Interesse der großen Industrieländer, der USA und ebenso Englands, Frankreichs und Deutschlands. Die Europäer versuchten damals mit dem Aufkommen der zionistischen Staatsidee (1897 Baseler Kongreß) aus der Unterstützung der zionistischen Bewegung ihren Vorteil bei der Beerbung des Osmanischen Reiches zu Beginn des letzten Jahrhunderts (I. Weltkrieg) zu ziehen.

1. Der Kern heutiger israelischer und damaliger zionistischer Realpolitik war und ist die Boden- und Siedlungspolitik.

Es ist die Boden- und Siedlungspolitik, die immer wieder zur Explosion führt und die Hauptseite israelischer Politik darstellt. Sie ist von Anfang an zentraler Teil der Besetzungs- und selbst der seit den 90er Jahren begonnenen sog. Friedenspolitik – neben täglicher Demütigung, Entzug der Menschenrechte, Folter oder anderen Formen der Unterdrückung in den besetzten Gebieten. Sie dient strategischen Zielen und diese reichen weiter zurück als bis zum Beginn der Verhandlungen 1993. Dies wird leider in der Berichterstattung über die aktuelle Auseinandersetzung immer wieder außer acht gelassen. Darauf möchte ich eingehen, weil ich überzeugt bin, daß man nur bei Kennt-

nisnahme dieser strategischen Hintergründe die jetzige Lage entschlüsseln kann und nur bei Kenntnisnahme der vergangenen und aktuellen Siedlungsaktivitäten Israels auch die Verbitterung der palästinensischen Seite über die realen Ergebnisse des sog. Friedensprozesses versteht.

Der Anfang liegt bei der zionistischen Bewegung, die sich nach der jahrhundertelang erlittenen religiösen Verfolgung der Juden in Europa als Befreiungsbewegung im Kampf um nationale Rechte verstand – analog zu den Nationalstaatsbewegungen des Jahrhunderts vor allem in Südosteuropa. Sie suchte und erhielt europäische Unterstützung und diese vor allem machte es ihr möglich, strategisch vorzugehen. Anders als z.B. die Bulgaren oder Polen hatte die zionistische Bewegung aber gar nicht die Voraussetzungen zur Gründung eines Nationalstaates:

- die zionistische Bewegung war ohne ein Land
- die zionistische Bewegung agierte nicht für die Befreiung eines Volkes unter fremder Herrschaft auf einem besetzten Land
- die zionistische Bewegung hatte keine autochthone Bevölkerung oder ein Volk auf diesem Land.

Die zionistische Bewegung definiert das Volk über Religion aus einer 3.000 Jahre zurückliegenden Geschichte von Stämmen in der Großregion, die sich seitdem über fast die gesamte Welt verteilt und verstreut haben. Sie bezieht sich auf einen etwa 150 Jahre währenden Staat Israel, eine kurze Epoche, die ebenfalls über 2.000 Jahre zurückliegt.

Eine religiöse Befreiungsbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts?

Mit internationaler Unterstützung gelingt dennoch der Prozeß, diesen Staat entstehen zu lassen – als ein religiös definierter und auf dem Boden einer Region, die historisch und über die Berichte der Bibel als einstmals *auch* jüdisch besiedelt überliefert gelten kann. Über die Jahrtausende ist diese Region mit sehr bewegter Vergangenheit, unterschiedlichsten Besatzungsmächten und einer Bevölkerung, die im Laufe dieser Geschichte zu einer wundersamen Mixtur aus Einheimischen und Fremden wurde, schließlich über Jahrhunderte Heimat der Palästinenser geworden, eines semitischen, arabischen und mehrheitlich islamischen Volks. Die Region ist auch die Heimat des Christentums, dessen viele Ausprägungen dort noch lebendig sind – u.a. als Assyrer, Kopten, Aramäer, Armenier, Russisch- und Griechisch-Orthodoxe,

Römisch-Katholische und Lutheraner. Etwa 10 % der Bevölkerung sind Christen.

Es gab also zum Zeitpunkt des Basler Kongresses in Palästina ein lange ansässiges Volk, das nach Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich und nach der Bildung eines eigenen, arabischen Staates strebte. Damit ging und geht es auch heute also gar nicht um den Kampf zweier Völker um den gleichen Raum und die gleiche Hauptstadt Jerusalem. Seit Beginn der organisierten zionistischen Einwanderung ging und geht es der Bewegung heute noch um die Vertreibung Ansässiger von ihrem Boden durch Zuwanderer aus Europa und um die Ansiedlung der Fremden auf dem Boden der bis dahin Ansässigen. Nur wer die Macht Europas im Rücken hatte, konnte und kann bis heute hier gewinnen.

Die Etappen auf diesem Weg sind bekannt.

1897: Baseler Kongreß – Entscheidung für die Bildung eines jüdischen Staates auf dem Boden Palästinas, Aufbau von Institutionen zur Besiedlung von außen wie Kreditanstalten, Geologische Gesellschaft, Nationaler Bodenfonds, staatsähnliche Agenturen und Organisationen.

1916-17: einerseits Syke-Picot-Abkommen Englands und Frankreichs zur Gewinnung der arabischen Völker gegen die Osmanen, mit dem Versprechen, die von ihnen gewünschten Staatsgründungen nach Beendigung des Krieges zu befördern – andererseits die Balfour-Erklärung gegenüber der Zionistischen Bewegung mit dem Versprechen, in Palästina den Aufbau eines jüdischen Staates zu befördern.

1921-23: Statt Staatengründungen Errichtung von Mandatsgebieten in den ehemals osmanisch regierten arabischen Ländern, erneut mit der Versicherung, demokratische Staaten zu errichten. Palästina fällt geplant an England, der Mandatsgouverneur ist Zionist und gibt der zionistischen Bewegung Meistbegünstigung beim Erwerb von Land, Regionalwahlen, sowie beim Ausbau semi-staatlicher Institutionen, Bildungssystem, Infrastruktur, Industrie und Landwirtschaft. Seitdem findet eine systematische Besiedlung Palästinas durch die zionistische Bewegung statt – zu Lasten des palästinensischen Volkes bezüglich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und ebenso bei Wasser, Boden und Infrastruktur.

Proteste der palästinensischen Bevölkerung mehren sich mit dem Zeitpunkt verstärkter Zuwanderung jüdischer Europäer, die vor der Verfolgung in Deutschland durch die faschistische Regierung und dem übrigen Europa verstärkt nach Palästina flüchten. Die Proteste gegen

die massive Einwanderung werden blutig niedergeschlagen, 1936–39 beklagen die Palästinenser die ersten Opfer, die in englischen Gefängnissen zu Tode kommen. Die Konflikte führen zu internationalen Debatten, in denen von den Europäern die Teilung des Landes vorgeschlagen wird – die arabischen Vertreter lehnen dies dauerhaft ab.

1947: Beschluß der Vereinten Nationen zur Teilung Palästinas. Obwohl die zionistische Bewegung nur ca. 6-7 % des Bodens für sich reklamieren kann, soll sie fast 2/3 des Landes erhalten. Ein palästinensischer Staat soll im verbleibenden Land entstehen, dreigeteilt. Jerusalem soll mit gesondertem Zugang vom Mittelmeer einschließlich der christlichen heiligen Stätten von Bethlehem unter internationalem Mandat verbleiben. Die arabischen Vertreter in der UN stimmen nicht zu, die zionistische Bewegung stimmt aus taktischen Überlegungen zu, auch wenn man mit dem Vorschlag nicht einverstanden ist. Jerusalem zum Beispiel sollte nach zionistischer Vorstellungen auch damals schon israelisch sein. Bewaffnet greifen die zionistischen Milizen zur Selbsthilfe, vertreiben gezielt die palästinensische Bevölkerung aus den ihr zugeordneten Regionen und darüber hinaus – schließlich greifen auch die arabischen Nachbarn ein. Der Kampf geht zugunsten der viel besser ausgerüsteten und planvoll vorgehenden zionistischen Milizen aus – bis 1951 ziehen sich die Waffenstillstandsverhandlungen mit den Nachbarn hin.

1948 ist Fakt: der jüdische Staat ist gegründet und wird international mehr und mehr anerkannt – der palästinensische Staat ist bis heute nur versprochen.

- von weniger als 10 % Bodenanspruch besitzt der Staat 75 % von Palästina
- die Westbank und die Gaza-Region sind unter die Herrschaft der Nachbarn geraten, Jordanien und Ägypten,
- in Israel leben nur noch wenige Palästinenser, konzentriert in Galiläa, im sog. Dreieck um Um el Fahem und in Jaffa und Akka
- 2/3 der palästinensischen Bevölkerung auf der Fläche Israels sind vertrieben und leben in Lagern Gazas, der Westbank oder in den Nachbarländern
- Palästina wird zu einem Flüchtlingsproblem.

1948–67: 20 Jahre lang betreibt Israel eine gezielte Besiedlungspolitik mit Hilfe verschiedener Instrumente. Dazu gehören

- Werbung und Organisation von Zuwanderung (die zionistische Bewegung hat per Staatsvertrag die Aufgabe übernommen, Migration nach Israel zu betreiben und sog. Neuland zu erschließen.
- Aufbau von 30 *New Towns* zur Bevölkerungsverteilung in das Landes-

innere und Dekonzentration von den Küstenstädten Haifa und der neuen, in den zwanziger Jahren gegründeten jüdischen Stadt Tel Aviv – auf alten palästinensischen Dörfern oder neben bestehenden und aufgegebenen Städten, als Gartenstädte und Zentren ländlicher Räume

- die palästinensischen Gebiete, Dörfer und Städte werden unter Militärkontrolle gestellt
 - die Wasserressourcen werden verstaatlicht
 - internationale Hilfe, v.a. bundesdeutsche Wiedergutmachungsgelder bauen Israels Infrastruktur auf, der Staat stabilisiert sich
 - unter Nutzung alter und neuer Bodenrechte wird das ehemals palästinensische Land enteignet und fällt zu 90 % an den israelischen Staat (sog. Staatsland, sog. Verlassenes Land, sog. Stiftungsland etc.)
- 1964: Gründung der Al-Fatah-Bewegung und Beginn organisierten palästinensischen Widerstandes

1967: Israel besetzt den Sinai, den Gazastreifen, die Westbank und die Golanhöhen. Derselbe Prozeß beginnt:

- Flucht und Vertreibung, Landnahme auf die verschiedenste Weise (Verlassenenland, Staatsland, Stiftungsland, unbebautes Land etc.),
- Besiedlung durch große und kleine Städte, Kolonien, strategische Zonen sind das Jordantal, die sog. Grüne Grenze zwischen Israel und den besetzten Gebieten, die zentralen Städte und Jerusalem
- Ausbau der Infrastruktur, vor allem Autobahnen und By-pass-Straßen.

2. Ergebnisse der Expansion bis zum Beginn der ersten Intifada und dem folgenden «Friedensprozeß»

Meron Benvenisti (ehemaliger Bürgermeister von Jerusalem) konstatiert Anfang der 80er Jahre bereits eine Kontrolle Israels über 65 % des Territoriums von Westbank und Gaza, zumeist durch Erklärung ganzer Gebiete zu militärischem Sperrgebiet wie im gesamten Jordantal, aber auch über Enteignung und Konfiszierung für städtebauliche Aktivitäten (v.a. Straßenbau), als Straffaktion gegen «illegales» Bauen (ohne Genehmigung, die in der Regel auch kaum erteilt wurde) etc. Bis zum Friedensprozeß wurden weiterhin Ländereien konfisziert, Boden enteignet, Wohnhäuser zerstört und vor allem in großem Maße Kolonien gebaut und israelische Bürger dort angesiedelt (gegen internationales Recht, das Besatzungsmächten solche Veränderung von Strukturen nicht erlaubt). Besonders seit dem Beginn des Friedensprozesses haben alle Regierungen den Kolonisierungsprozeß mit grö-

Berem Tempo als zuvor vorangetrieben. Es ist davon auszugehen, daß die israelische Boden-, Siedlungs- und Infrastrukturpolitik eine reale Bedrohung des Aufbaus eines palästinensischen Staates darstellt und diese Art des Faktenschaffens in der vorstaatlichen Tradition durchaus beabsichtigt ist. Trotz oder im Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen ist bis heute folgende Situation entstanden:

- Ca. 3 Millionen Palästinenser leben auf 25 % des verbliebenen palästinensischen Territoriums Westbank und Gazastreifen (ca. 1,1 Mio. in Gaza), davon sind fast 1,5 Mio., also die Hälfte, Nachkommen der Flüchtlinge von 1948 und als solche registriert (in Gaza sind es allein 825.000, sie bilden $\frac{3}{4}$ der dortigen Gesellschaft); über 600.000 von ihnen leben noch in den Flüchtlingslagern (in Gaza sind es etwa 450.000, fast die Hälfte der gesamten Bevölkerung). Insgesamt sind 3,7 Mio. Palästinenser als Flüchtlinge registriert, mehr als die Hälfte lebt außerhalb Palästinas, z.B. in den Lagern der Nachbarländer.

- Ca. 80 % des Landes in der Westbank und in Gaza sind dagegen unter vollständiger israelischer Kontrolle.

- Ca. 350.000 Siedler leben auf diesen 80 Prozent, nehmen aber mit ihren Siedlungen als bebaute Fläche etwa nur 10 % des Westbank- und Gaza-Territoriums ein (ca. 6.000 leben davon im Gazastreifen).

- Die gesamte Region ist durch ein enges Netz an Straßen, Ringstraßen und By-pass-Straßen mit Israel verbunden und durchschneidet außerdem die palästinensischen Gebiete in mehrere Teile und bildet teilweise enge Ringe um die palästinensischen Städte

- Zu 90 % nutzt Israel das Wasser der Aquifere unterhalb der Westbank, Gaza ist durch Umweltverschmutzung und Zerstörung durch Israel von seinen Frischwasserquellen abgeschnitten; alle Gebiete leiden entweder unter Versalzung (Gaza) oder realem Mangel im Sommer, so daß die Menschen Wasser von Israel kaufen müssen und unter den Schäden leiden.

Die Mittel, die zu diesem Zustand geführt haben und noch weiterentwickelt werden, sind die gleichen wie bereits in den Etappen davor: Nutzen diverser Gesetze aus den verschiedenen Epochen zu Gunsten Israels, die internationale Hilfe, die den Staat enorm entlastet, und die Mittel der Zionistischen Weltorganisation zum Aufbau von Kolonien und Verstärkung jüdischer Einwanderung. Das immer wieder bemühte Sicherheitsargument ist dabei die zentrale Waffe, um die Maßnahmen der Unterdrückung und Enteignung zu begründen und kritische Hinweise der Weltgemeinschaft im Keim zu ersticken.

3. Der Friedensprozeß und die Ergebnisse der Verhandlungen bis zur zweiten Intifada

Die palästinensischen Vertreter haben sich nach Madrid auf ein etappenweises Vorgehen eingelassen in der Hoffnung, mit «Gaza zuerst» eine Option für einen palästinensischen Staat in der Tasche zu haben. Doch die Verträge nach Oslo I und II mit Jericho und Gaza, Camp David II und Sharm El Scheich haben dieses Ziel in noch weitere Ferne rücken lassen. Das Land ist in drei Zonen geteilt worden: A, B und C. A, also das rein autonome Gebiet, blieb beschränkt auf etwa 18 %, also auf die bisher dicht besiedelten palästinensischen Dörfer und Städte; B, das Gebiet mit gemeinsamer Kontrolle und der Verpflichtung zu gemeinsamen Entscheidungen, ist in Wirklichkeit ebenfalls vollständig unter israelischer Kontrolle, weil Israel dort die Sicherheitsoberhoheit hat – und mangelnde Sicherheit israelischer Siedler ist überall konstruierbar; C, das Gebiet der Siedler, ihres Straßennetzwerkes, ihrer Infrastruktur, der Militärzonen etc. ist rein israelisches Gebiet. Auch ein Clinton-Plan in letzter Not hat daran nicht wirklich gerüttelt, denn die israelischen Siedlungen und ihre Sicherheitszonen sollten bleiben, Jerusalem Ost sollte kompensiert werden durch Vororte, für Israel strategische Gebiete wie das Jordantal sollten an Israel verpachtet werden. Schließlich hätte die palästinensische Autonomieregierung – unabhängig und in Mißachtung der UN-Resolutionen – einem Plan zugestimmt, der keinen Staat bedeutet hätte und im Gegenteil dazu sogar eine Dreiteilung der Westbank und des Gazastreifens anerkannt hätte. Israel hatte vor Beginn des Friedensprozeß bereits damit begonnen, sogenannte Masterpläne zu erlassen, die für jede Ortschaft die bebauete Fläche als zukünftige Bebauungsgrenze festhielt. Mit diesem Erbe mußten die Verhandlungen angetreten werden. Und ein Ergebnis davon ist, daß viele Dörfer und Ortschaften von einem Cordon der Zone C umgeben sind und also keine einzige Erweiterungsmaßnahme möglich ist, denn C ist Israel, da muß nicht einmal verhandelt werden und durch dieses Gebiet kann nicht einmal eine neue Telefonleitung gelegt werden, geschweige eine Straße oder ein neues Wohngebiet ausgewiesen werden – obwohl dieses Land den Palästinensern gehört und sie es z.T. auch noch bebauen. Dieses Konstrukt aus C-Zonen, B-Zonen und Straßennetz erlauben es den Israelis heute, Städte und Dörfer vollständig abzuriegeln und die Kommunikation, Bewegungsfreiheit, Mobilität in der Gesellschaft lahmzulegen.

Was hat der Friedensprozeß also gebracht?

Gern wird behauptet: *«die können sich nicht einigen», «die sind doch beide Fanatiker», «die müssen mal endlich kompromißbereit sein»* oder nur bezogen auf die Palästinenser, *«die wollen doch keinen Frieden», «die sind nicht zum Kompromiß bereit – wir mußten doch auch Ostpreußen aufgeben»,* oder *«sie sind doch Terroristen»* – wogegen die Israelis *«Geduld üben», «sich zurückziehen»,* berechtigt *«sich verteidigen»* oder die Terroristen *«bestrafen»*. Dies alles zeugt nur von unhistorischen Betrachtungen und weist auch auf einen unverantwortlichen Informationsmangel bei den Medien hin. Die Tatsachen sprechen doch eigentlich für sich, wenn man sie denn wahrnehmen würde.

Nicht einmal die Ausgehfreiheit nach 18 Uhr, die für die ersten autonomen Gebiete ein so großes Aufatmen verursacht hatte, ist heute mehr garantiert. Und im übrigen?

- Das verbliebene Palästina ist mehr zerstückelt und unter Kontrolle als je zuvor;
- die Welt hat sich durch die Verhandlungen quasi die «Zustimmung» zu diesem Prozeß geholt oder besser erzwungen;
- die Gesellschaft ist behindert wie nie in ihrem sozialen, politischen, kulturellen und vor allem wirtschaftlichen Leben.

Gleichzeitig hat die palästinensische Gesellschaft unter der Euphorie der Friedensgespräche einerseits und den real einfließenden Mitteln und der realen Autonomie andererseits auch vielseitige und erfolgversprechende Prozesse in Politik, Kultur und Wirtschaft durchmachen können. Dies alles ist nun wieder gefährdet oder bereits erloschen.

Die Frustration über die wirklichen Ergebnisse der Verhandlungen haben zur zweiten Intifada geführt und noch ist ein Ende nicht zu sehen. Das beabsichtigte Szenario für die Region hat sich nicht wirklich bewährt:

- nach der ersten Intifada die Balance im Zustand des «weder Krieg noch Frieden» wieder zu erlangen
- die Palästinenser in das gemeinsame westlich gesteuerte Boot zu bekommen
- ebenso die arabischen Nachbarn zu einer eindeutigen Zustimmung zu gewinnen und
- die Kontrolle der Region über die Kontrolle des palästinensischen Raumes weiterhin in den Händen Israels zu belassen.

Der Zustand «weder Krieg noch Frieden» ist geblieben, mit den größten Opfern auf der palästinensischen Seite. Das Bild des Palästinensers als Prototyp des Terroristen ist wieder aufgepoliert worden – auch mit Hilfe der wahrlich exzellenten israelischen Propagandamaschine und den westlichen Medien unter ihren Fittichen. Die Zukunft ist düster – aber für beide Seiten. Denn auch Israel hat Opfer zu beklagen.

Was sind die Perspektiven?

Die einzige nicht durch Gewalt erzwungene Legitimität Israels besteht im Teilungsbeschluss der UNO vom 11. November 1947. Nur dieser ist wirklich verhandelbar – wenschon auch völlig zu Lasten der Palästinenser. Wenn gesagt wird, dies sei unmöglich, dann bedeutet das nur die Zustimmung zur imperialistischen, durch Europa und die USA ausgeübten Gewalt in diesem Raum seit dem letzten Jahrhundert und Festhalten an den Interessen der Industrieländer am Öl und den Ressourcen der Region um jeden Preis.

Wenn wir aber eine gerechtere Ordnung in dieser Welt für notwendig halten – wegen des internationalen Friedens –, dann bedeutet es für mich:

Stärkung der internationalen Antikriegsbewegung und der internationalen Allianz von unten gegen die imperialen Globalisierungsfolgen. Für den Nahen Osten konkret bedeutet dies die Notwendigkeit des Abzugs aller Truppen und der Siedler aus der Westbank, dem Gazastreifen und Ostjerusalem und der Beginn neuer Verhandlungen, in denen die UNO ihre Verantwortung einlöst, auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser und ihres Rechts auf einen eigenen Staat.

Sozial-ökonomische Wurzeln des israelisch-palästinensischen Konflikts

Wolfgang Bator

Seit nunmehr über einem Jahr befindet sich das palästinensische Volk in den von Israel besetzten Gebieten wieder im Aufstand. Fast täglich steigt die Zahl der Opfer auf beiden Seiten. Unterdrückung, Gewalt und Terror nehmen weiter zu. Es ist nicht auszuschließen, daß Israel seine gesamte Militärmacht einsetzt, um die autonomen Gebiete wieder völlig unter seine Kontrolle zu bringen, oder daß es die autonomen Gebiete hermetisch durch eine Mauer abriegelt. Auf palästinensischer Seite können Selbstmordanschläge und Terror ein noch größeres Ausmaß annehmen. Gewiß ist nur, daß diese Entwicklung, so wie sie sich gegenwärtig abzeichnet, noch größeres Leid bringen und noch größere Opfer fordern wird – sowohl vom palästinensischen, als auch vom israelischen Volk. Eine Lösung wird auf dem Wege der Gewalt und des Krieges nicht erreicht werden können.

Der gesamte Konflikt – und damit auch die Möglichkeit seiner Lösung – wird nur erklärbar, wenn man davon ausgeht, daß die von außen sichtbaren Wellenbewegungen des vorangehenden Friedensprozesses von Oslo, all die diplomatischen Schachzüge und Verhandlungen der Politiker, sowie ihr bisheriges Scheitern, nur die Oberfläche darstellen und Ausdruck sind von viel tiefer verlaufenden sozial-ökonomischen Prozessen.

Auszugehen ist von der Tatsache, daß wir es im Falle des israelisch-palästinensischen Konfliktes mit dem weltweit größten Flüchtlingsproblem der Gegenwart zu tun haben und zwar als Folge eines «der erfolgreichsten Fälle von ethnischer Säuberung», wie kürzlich ein palästinensischer Sozialwissenschaftler feststellte.¹ Mehr als 3,7 Millionen zählen die palästinensischen Flüchtlinge, die in den Kriegen von 1948 und 1967 aus ihrer Heimat vertrieben wurden oder flüchteten. Sie leben in Jordanien (1,5 Millionen), im Libanon (376.000), in Syrien (383.000), aber auch in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten, so in der Westbank (583.000) und im Gazastreifen.

Die Mehrzahl dieser Menschen, die außer in Jordanien in den anderen arabischen Nachbarländern weiterhin als Staatenlose registriert werden und nicht eingebürgert wurden, leben in riesigen Flüchtlingslagern, die zumeist mehrere zehntausend Menschen beherbergen. Die größte Flüchtlingszusammenballung findet sich im Gazastreifen. Dort

hausen auf einem lediglich 360 qkm umfassenden Gebiet, daß einem Areal von ca. 90 mal 40 km entspricht, eine Million Menschen, 824 000 davon sind Flüchtlinge, die in Lagern leben. Sie drängen sich in kleinen gemauerten übereinandergeschachtelten Häuserwürfeln zusammen, die im Laufe der Zeit die Zelte ersetzt haben. Allein das Lager Shati unmittelbar bei Gaza-Stadt zählt 80.000 Flüchtlinge.

All diesen palästinensischen Flüchtlingen sicherte die Resolution 194 der UN-Generalversammlung von 1948 das Recht auf Rückkehr oder finanzielle Entschädigung zu. Und es scheint mir wichtig, diese Resolution nochmals wörtlich zu zitieren: «... die Flüchtlinge, die an ihre Heimstätten zurückkehren wollen, um in Frieden mit ihren Nachbarn zu leben, soll gestattet werden, dies zu dem frühest möglichen Zeitpunkt zu tun und denjenigen, die eine Rückkehr nicht wollen, soll von den Regierungen und den verantwortlichen Behörden eine Entschädigung für den Verlust ihres Eigentums und den Schaden an ihrem Eigentum, gezahlt werden, entsprechend den Prinzipien des Völkerrechts oder als Wiedergutmachung.»²

Dreiundfünfzig Jahre nach der Beschlußfassung dieser Resolution zeichnet sich noch keinerlei Ansatz zu ihrer Umsetzung ab – doch die unter erbärmlichsten Verhältnissen in den Lagern lebenden Menschen fordern nach wie vor ihr international anerkanntes Recht ein. Es erwuchs die Hoffnung, daß mit der Schaffung eines autonomen Gebietes und schließlich eines palästinensischen Staates auch für die Flüchtlingsproblematik eine zukunftsweisende Lösung gefunden werden könnte. Doch wie die bisherige Entwicklung der autonomen Gebiete beweist, sind diese keineswegs so «autonom» wie es der Gebrauch dieses Terminus vermuten läßt.

Das den Palästinensern zugestandene Land, das zum palästinensischen Selbstverwaltungsgebiet wurde, ist kein zusammenhängendes Territorium und entspricht lediglich 42 % des 1967 besetzten Gebietes der Westbank und des Gazastreifens. Es ist in einzelne Zonen mit mehr oder weniger begrenzter Autonomie unterteilt, in denen neu entstandene jüdische Siedlungen eingeprenkelt sind. Außer in dem geschlossenen Gebiet des Gazastreifens, von dem auch noch 25 % als israelisches Siedlungsland gerechnet werden, zerfällt das gesamte Gebiet der Westbank in eine Vielzahl einzelner Flecken, die unter palästinensischen Verwaltung stehen, so daß die Karte dieses Gebietes aussieht wie ein Flickenteppich – die Palästinenser sprechen von einem «Leopardenfell».

Und dieses Gebiet ist ökonomisch fast völlig abhängig von Israel. Im besetzten palästinensischen Gebiet des Westjordanlandes und des Gaza-

streifens sieht Israel in ökonomischer Hinsicht in erster Linie einen Markt für den Absatz israelischer Produkte und ein Reservoir für billige Arbeitskräfte.

Gestatten Sie mir, hier nur einige Fakten anzuführen. Sabine Hofmann hat dieses Problem ja bereits umfassend in ihrem Aufsatz dargestellt.³ 1997 exportierte Israel Waren im Werte von 2,7 Milliarden Dollar ins palästinensische Gebiet, vor allem Konsumgüter. In die Gegenrichtung flossen nur Waren im Werte von 300 Millionen Dollar. Weniger als zwanzig Prozent der täglich von den Palästinensern konsumierten Nahrungsmittel stammen aus palästinensischen Betrieben oder Plantagen, achtzig Prozent kommen aus Israel.

Allmorgendlich verließen Zehntausende von Palästinensern die besetzten Gebiete, um mit Lastwagen oder Bussen ins israelische Gebiet zu fahren. Bis zum Ausbruch der Intifada arbeiteten 125.000 Palästinenser als Tagelöhner in Israel. Wenn auch diese Zahl im Vergleich mit den 4 Millionen Bewohnern der besetzten Gebiete relativ gering ist, so stellten doch bisher diese in Israel arbeitenden Palästinenser, die durchschnittlich einen Tageslohn von 27 Dollar erhalten, eine wichtige Stütze der gesamten palästinensischen Wirtschaft dar. Sie erarbeiten 25 % des palästinensischen Bruttosozialproduktes.

Im September 1993 wurde das Abkommen von Oslo, die «Declaration of Principles» unterzeichnet. Die Verhandlungen standen unter der Devise «Land gegen Frieden». Bereits im Oktober 1993 kam es zu einer Konferenz, die dem «Osloer Friedensprozeß» eine finanzielle Grundlage liefern sollte, denn die war nach den Worten des amerikanischen Staatssekretärs Warren Christopher notwendig, um «die Mittel zu mobilisieren, die erforderlich sind, um das Abkommen wirksam werden zu lassen.» Diese Konferenz vereinigte 42 Geberländer sowie die großen Internationalen Finanzorganisationen, die sich festlegten, eine Summe von 3,65 Milliarden Dollar zur Verfügung zu stellen. Insgesamt ausgezahlt wurden bisher 2,5 Milliarden Dollar.

Damit sollte die vernachlässigte Infrastruktur der palästinensischen Gebiete erneuert und unterhalten werden, ein öffentlicher Sektor geschaffen, ein Netz sozialer Dienstleistungen aufgebaut und die Anfänge einer Verwaltung installiert werden. Mit der Erweiterung der Arbeitsmöglichkeiten für Palästinenser in Israel und der Schaffung neuer Arbeitsplätze erhoffte man sich ökonomisches Wachstum und ausländische Investitionen.

Naturgemäß verband sich mit diesem «Geldsegen» bei den Menschen im besetzten Gebiet die Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Lebensumstände. Und das mit einem gewissen Recht, denn, so rechneten alle

Seiten, sowohl die Geberländer, als auch die Palästinenser, die Investitionen würden zu einem wirtschaftlichen Aufschwung des gesamten palästinensischen Gebietes führen und eine wesentliche Verbesserung der sozialen Lage der Flüchtlinge mit sich bringen. Denn darin war man sich einig, nur wenn es gelingen würde, eine sichtbare, für alle Menschen spürbare Verbesserung der Lebenslage breiter Massen herbeizuführen, konnte es gelingen, diese für einen echten Frieden und einen Ausgleich mit Israel zu gewinnen, auch wenn dafür die palästinensische Unabhängigkeit und Selbständigkeit nur eine eingeschränkte sein würde.

In der Tat setzte mit dem Zufluß ausländischer Gelder in dem autonomen palästinensischen Gebiet ein gewisser Aufschwung ein. Investitionen wurden getätigt, der Flughafen in Gaza entstand, ein Hafenaufbau wurde begonnen, öffentliche Bauten, Verwaltungsgebäude, Hotels und Villen wuchsen empor. Zehntausende von Menschen hatten wieder Arbeit gefunden. Und es wurde die Palästinensische Autonomieverwaltung (Palestine National Authority), eine Vorstufe der Verwaltung des zukünftigen palästinensischen Staates aufgebaut.

Doch gleichzeitig mit dem Fluß an ausländischen Krediten und der Etablierung der palästinensischen Autorität über einen Teil des besetzten Gebietes, begannen auch in diesem die dem kapitalistischen Gesellschaftssystem immanentem Gesetze zu wirken. Der Klassengegensatz zwischen der kleinbürgerlichen palästinensischen Führungselite und der Mehrheit des palästinensischen Volkes, den Flüchtlingen, kleinen Händlern und den armen Bauern, die nach wie vor einen beachtlichen Prozentsatz der palästinensischen Bevölkerung der besetzten Gebiet ausmachen, ließ die sozialen und ökonomischen Widersprüche aufbrechen.

Wie in allen nationalen Befreiungsbewegungen der vergangenen Epoche rekrutierten sich auch die Führungskräfte der palästinensischen nationalen Bewegung aus kleinbürgerlichen Kräften. Diese stellten sich an die Spitze der sich Mitte der sechziger Jahre formierenden revolutionären Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Innere Auseinandersetzungen führten im Verlaufe der folgenden Jahrzehnte zu deutlichen Differenzierungen. Während Organisationen wie die Volksfront (PFLP) von Dr. Habash und die Demokratische Volksfront (DFLP) unter Naif Hawatmeh kompromißlos und unter Einsatz von Gewalt den Kampf für die Rechte des palästinensischen Volkes und damit vor allem für die Interessen der Flüchtlinge in den Lagern fortsetzten wollten, radikale Positionen vertraten und zeitweise auch zu Terroran-

schlagen griffen, orientierte sich die Al-Fatah Bewegung Arafats, die die entscheidenden Führungspositionen in der PLO besetzte, auf Gespräche mit Israel und die Aushandlung eines Friedensprozesses. Mit der Einleitung der Osloer Verhandlungen und der Übersiedlung der PLO-Führung von Tunis nach Gaza im Jahre 1994 und nicht zuletzt durch das nun ins Land strömende Kapital der Geberländer und der internationalen Finanzorganisationen, trat nach und nach der Klassencharakter dieser kleinbürgerlichen Führungskräfte in der PLO deutlich zu tage. Sie etablierten sich als die neue nationale Bourgeoisie Palästinas, ihr revolutionärer Schwung erlahmte, sie begannen sich zu bereichern. Die Kluft zwischen der bürgerlichen palästinensischen Schicht und den breiten Massen des palästinensischen Volkes, vor allem den Flüchtlingen in den Lagern und den Bauern, zwischen Besitzenden und Besitzlosen und vertiefte sich schnell.

Die internationale finanzielle Unterstützung und die ausländischen Investitionen ermöglichten nicht nur den Bau von Straßen und Brücken und offiziellen Gebäuden, an denen sich auch schon gut verdienen ließ, sondern auch von Hotels, Bars, Restaurants, Tourismus-Einrichtungen, und Luxusvillen, so wie sie sich heute unter anderem am Strand der Stadt Gaza erheben, nur ein paar hundert Meter entfernt von den Flüchtlingslagern. Journalisten berichteten begeistert vom Nachtleben in Ramallah; in Jericho wuchs ein großes Spielkasino im Werte von 60 Millionen Dollar empor. Eine Kommission der Weltbank sprach von Mißwirtschaft, Korruption und Bereicherung.

Gleichzeitig begann man, entsprechend den Empfehlungen der ausländischen Geldgeber mit dem Aufbau einer Administration für den kommenden palästinensischen Staat. Palästinensische Ministerien, Behörden und Dienststellen entstanden. Man plante dabei großzügig, gestattete das doch auch in großen Umfang Beschäftigung zu schaffen – und zugleich ein Netz von Abhängigkeiten zu knüpfen. Es entstand eine, für den Nahen Osten durchaus charakteristische Ökonomie der Vetternwirtschaft. Ende 2000 waren in der Palästinensischen Autonomiebehörde nicht weniger als 120.000 Menschen beschäftigt.

Durch den Aufbau dieser aufgeblähten Behörde verschob sich die ursprünglich geplante Verwendung der Gelder. Statt in den produktiven Bereich floß ein unverhältnismäßig großer Anteil in den Verwaltungsapparat eines Staates, der noch gar nicht existierte. Im Jahre 1999 wurden statt der vorgesehenen 258 Millionen Dollar über 700 Millionen Dollar in den Aufbau der Verwaltungsbehörde gesteckt. Das waren 47 % der für dieses Jahr vorgesehenen Hilfsgelder.

Aber auch in dem produktiven Bereich verwandte man die Gelder

nicht immer in perspektivisch planendem Sinne. In gewissen Maße kam es zwar zum Ausbau des Bildungs- und Gesundheitswesens, doch vorrangig, stets in der trügerischen Hoffnung eines baldigen Friedens, orientierte man sich auf den Tourismusbereich. Eine spürbare Veränderung der Lebensverhältnisse der Flüchtlinge in den Lagern und der Lage der Bauern, eine Lösung ihrer sozialen Probleme zeichnete sich nicht ab.

Hinzu kam eine im Laufe der sieben Verhandlungsjahre des Osloer Friedensprozesses immer größer werdende Enttäuschung und Frustration über die israelische Verhandlungsstrategie, die immer deutlicher auf ein «Friedensdiktat» der durch die Amerikaner gestützten israelischen Seite hinauslief.

In Israel setzten sich nicht die für die im Osloer Abkommen vereinbarte Grunddevise «Land gegen Frieden» eintretenden Kräfte, sondern die radikaleren Strömungen immer mehr durch. Deutlicher Ausdruck dafür war die Ermordung des israelischen Ministerpräsidenten Rabin, des eigentlichen Architekten des Osloer Friedensprozesses.

Entgegen ursprünglichen Zusagen baute Israel zugleich innerhalb der besetzten Gebiete sein Netz von jüdischen Siedlungen im Verlaufe der Jahre immer weiter aus. Nach der amerikanischen Zeitschrift *Foreign Affairs* und anderen Quellen hat die Zahl der Siedler in den 145 israelischen Siedlungen der besetzten Gebieten seit dem Beginn des Oslo-Prozesses im Jahre 1993 um 70 % zugenommen und ist von 125.000 auf fast 200.000 angewachsen. Die Anzahl der neu entstandenen Häuser hat sich in dieser Zeit um 40.000 erhöht. Da laut dem Abkommen die israelische Armee auch für den Schutz dieser jüdischen Siedlungen verantwortlich ist, hat man die palästinensischen Autonomieflächen durch Streifen von Niemandsland getrennt, auf denen die israelische Armee strategische Straßen gebaut hat, die beiderseits durch einen oft hundert Meter breiten Sicherheitsstreifen abgesichert sind und das israelische Mutterland mit den inmitten palästinensischer Gebiete gelegenen jüdischen Siedlungen verbinden. Durch die Kontrolle dieser Straßen, sowie aller Grenzübergänge erfolgt eine lückenlose israelische Überwachung und Kontrolle der autonomen Gebiete und es ist im Konfliktfall für die israelische Armee möglich, sofort schwere Waffen und Einheiten an jede beliebige Stelle zu bringen, sowie das ganze Gebiet, oder auch nur einzelne Teile hermetisch abzuriegeln und zu isolieren. Nimmt man noch die Methoden moderner Überwachungstechnik hinzu, sowie das äußerst strenge Regime der Identitätskarten und Genehmigungen, die jeder Palästinenser braucht, um von einem

Teil in einen anderen zu wechseln, so wird klar, daß die israelische Armee nahezu lückenlos alle Bewegungen, Vorgänge und Entwicklungen in den autonomen Gebieten kontrolliert.

Zugleich nutzt Israel, die auch mit Atomwaffen ausgerüstete stärkste Militärmacht im Nahen und Mittleren Osten, seine Überlegenheit und stellte seine Dominanz als Besatzungsmacht tagtäglich zur Schau, indem es in das autonome palästinensische Gebiet eindringt, wo immer es dies aus Sicherheitsgründen für erforderlich hält, palästinensische Häuser zerstört, Grund und Boden beschlagnahmt und die Palästinenser demütigt.

All dies führte im September 2000 zu dem aus Ohnmacht, Frustration und zugleich Wut gespeisten Ausbruch der zweiten Intifada, der nach dem islamischen Heiligtum auf dem Jerusalemer Tempelberg benannten «Al Aqsa-Intifada».

Jetzt, nach über einem Jahr, dauert die Intifada, der Widerstand, noch immer mit unverminderter Heftigkeit, ja mit sich ständig steigender Gewalt an.

Israel setzt seine Militärmaschine ein, dem die Palästinenser kaum etwas entgegenzusetzen können. Doch sie führen den Partisanenkrieg eines unterdrückten Volkes gegen die Besatzungsmacht und das mit den Waffen, die ihnen zur Verfügung stehen. Mit Steinen, Brandflaschen und auch mit Gewehren gehen die Menschen, vielfach Jugendliche, Kinder, gegen die israelische Besatzungsmacht vor.

Immer stärker wird diese längst zu einem regionalen Krieg gewordene Auseinandersetzung durch von beiden Seiten angewandten Terror gekennzeichnet, durch eine Welle von Attentaten, Selbstmordaktionen und die Ermordung einzelner Personen in aller Öffentlichkeit.

Radikale islamische Gruppierungen haben auf der palästinensischen Seite in zunehmendem Maße an Einfluß unter der Bevölkerung gewonnen.

Zwei islamische fundamentalistische Organisationen arbeiten vor allem unter der palästinensischen Bevölkerung, der «Islamische Jihad» und « Hamas ». Während sich die bereits 1970 in Gaza entstandene Geheimorganisation « Islamischer Jihad » vor allem auf Attentate, Bombenanschläge und Selbstmordaktionen in Israel und in den besetzten Gebiete spezialisiert hat, besitzt « Hamas » außer dem militärischen Zweig einen politischen Flügel und dadurch einen weiter reichenden und tiefer gehenden Einfluß. Das Ansehen von « Hamas » beruht auf ihrem Ruf, im Gegensatz zur offiziellen Autonomieverwaltung, nicht von der

Korruption unterwandert zu sein und auf der Effektivität der von ihr durchgeführten Aktionen. Die Bewegung hat zwei große Tätigkeitsbereiche, sie engagiert sich beim Bau von Schulen, Krankenhäusern und Berufsbildungszentren in Gaza und in der Westbank und sie kümmert sich um die sozialen und religiösen Belange der Gläubigen, unterstützt die Moscheen und schafft islamische Bildungseinrichtungen. Die in den letzten Monaten verübten Terroranschläge und Selbstmordaktionen gehen in der Mehrzahl auf Kosten dieser beiden Organisationen, die sich von Anfang an dem Osloer Friedensprozeß entgegengestellt haben und die als Endziel einen islamischen Staat auf dem gesamten ehemaligen Mandatsgebiet Palästina errichten wollen. Es scheint mir jedoch wichtig, im Zusammenhang mit den jüngsten Terroranschlägen in Amerika darauf hinzuweisen, daß es sich bei beiden Organisationen um einen auch mit den Mitteln des Terrors geführten Kampf für das Selbststimmungsrecht des palästinensischen Volkes handelt, der seine Motivation aus der jahrzehntelang ungelösten Problematik bezieht. Dieser Terror ist eindeutig regional orientiert und steht in keinem Zusammenhang mit der gegenwärtigen internationalen antiamerikanischen Terrorwelle.

Die Besatzungsmacht wendet bei dem Versuch, den Aufstand zu unterdrücken gleichermaßen brutale Gewalt an. Sie setzt Geschütze, Panzer und Flugzeuge ein.

Der Palästinensische Rote Halbmond gab bereits Ende Februar die Gesamtzahl der getöteten Palästinenser, die stolz «Märtyrer» genannt werden, mit 364 an, die Verletzten mit 11 542, dazu kommen 63 jüdische Todesopfer und 13 israelische Araber, sowie ein deutscher Arzt. Inzwischen ist diese Zahl auf über 600 getötete Palästinenser und 160 Israelis gestiegen.

Darüber hinaus behält sich Israel, wie jüngst der stellvertretende israelische Verteidigungsminister Sneh offiziell erklärte, das Recht vor, mutmaßliche (!) palästinensische Extremisten gezielt zu töten, in dem Eliteeinheiten im autonomen Gebiet Kommando-Aktionen durchzuführen. Seit Anfang November wurden so mehr als ein Dutzend Palästinenser willkürlich ermordet, ohne Anklage, ohne Beweise, ohne Gerichtsurteil.

Worin sind die Gründe für die zunehmende Gewalt und die Hinwendung der palästinensischen Bevölkerung zu radikalen islamistischen Organisationen zu suchen?

Meiner Ansicht nach ist dies ein Ausdruck dafür, daß die palästinens-

sische Bevölkerung, vor allem die Hunderttausende in den Flüchtlingslagern das Vertrauen in die gegenwärtige palästinensische Führung und deren Verhandlungsstrategie und -taktik verloren haben. Sie glauben nicht mehr daran, daß der Frieden auf diesem Wege erreicht werden kann. Ihr Vertrauen zu Arafat, der eigentlichen Symbolgestalt des Widerstandes, ist geschwunden. Sie folgen nicht mehr seinen Befehlen und orientieren sich zunehmend auf radikale Kräfte. Die Behörden der Palästinensischen Autonomieverwaltung haben lange Zeit, nicht zuletzt unter dem Druck Israels und unterstützt vom amerikanischen CIA, die Aktionen von «Jihad» und «Hammas» versucht gewaltsam zu unterdrücken und hatten dabei gewisse Erfolge zu verzeichnen. Im Januar jedoch wurde bekannt, daß Vertreter von «Hammas» und «Jihad» erstmals an einer Ministersitzung der palästinensischen Selbstverwaltung teilgenommen haben. Damit wird deutlich, daß die radikalen palästinensischen Kräfte so stark geworden sind und ihr Einfluß sich so erweitert hat, daß die PLO-Führung unter Arafat, dem auch öffentlich Rechnung tragen muß. Wie die jüngste Entwicklung zeigt, hat Arafat offensichtlich die Kontrolle über die radikalen Organisationen weitgehend verloren und versucht nun erneut mit Gewalt gegen sie vorzugehen, um seine eigene Machtposition wieder zu stärken – auf Kosten gewaltsamer innerpalästinensischer Auseinandersetzungen.

Ein zweiter Grund scheint mir jedoch entscheidender zu sein. Angesichts der Zunahme von Terroranschlägen und Selbstmordaktionen, hat Israel sein Besatzungsregime weiter verschärft. Seit Beginn des Aufstandes riegelt es aus Sicherheitsgründen und mehr oder weniger als «Kollektivstrafe», die besetzten Gebiete systematisch ab. Es sperrt die palästinensischen Lohnarbeiter aus, blockiert die Einfuhr palästinensischer Bedarfsgüter, riegelt die Verkehrswege zwischen den Autonomiegebieten ab, legt neue strategische Straßen an. Die Folgen für die palästinensische Wirtschaft und die Menschen sind katastrophal. Der UN-Koordinator für die besetzten Gebiete, Larsen, illustrierte die wachsende Not der palästinensischen Bevölkerung eindrucksvoll mit Zahlen. Nach ihm leben nun 30 % der Bevölkerung unter der Armutsschwelle, die er bei 2,10 Dollar pro Tag und Person ansetzt. Das Prokopfeinkommen der Bewohner von Gaza liegt bei etwas über 1000 Dollar jährlich und ist damit etwa zwanzig Mal niedriger als dasjenige in Israel. Die Arbeitslosigkeit beträgt in Gaza 50 % und im besetzten Cisjordanien 38 %. Durch die Blockade entgingen den früheren palästinensischen Lohnarbeitern in Israel seit Ende Septem-

ber vorigen Jahres nahezu 2 Milliarden Dollar an Verdienst. Die Blockade der palästinensischen Gebiete, der schärfsten seit 1967, die totale Aussperrung palästinensischer Tagelöhner und die Einfrierung palästinensischer Guthaben haben die gesamte Wirtschaft und Verwaltung des Autonomiegebietes an den Rand des Zusammenbruchs gebracht.

Wir haben es mit dem Aufstand eines Volkes zu tun, daß alle Hoffnung auf eine politische und soziale Besserung seiner Lage aufgegeben hat. Seit über fünfzig Jahren, nunmehr bereits in der dritten Generation, leben diese Menschen unterdrückt und ohne Hoffnung unter elenden Bedingungen. Die Beweggründe ihrer Rebellion sind nicht so sehr islamischer, religiöser Natur, sondern erwachsen aus ihren elenden materiellen Lebensbedingungen und gehen auf eine politische und gesellschaftliche Ausweglosigkeit zurück, die sich in Gewalt entlädt.

Eine politische, friedliche Verhandlungslösung scheint gegenwärtig in weitere Ferne gerückt, dennoch wird dies der einzige Weg sein, die Gewalt zu beenden. Doch auch wenn dies eines Tages eintreten wird, auch dann gilt: Eine Lösung des gesamten Konfliktes wird nur möglich sein, wenn man ernsthaft und verantwortungsbewußt von beiden Seiten und mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft die Lösung der ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme des palästinensischen Volkes in Angriff nimmt, wenn man diesen Menschen die Perspektive für ein besseres Leben eröffnet. Wie und ob dies unter den gegenwärtig im Nahen Osten herrschenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen möglich sein wird, kann nur die Zukunft zeigen.

- 1 Rabbani, Mouin, in: *Middle East International*, London, nachgedruckt in *Neue Zürcher Zeitung*, 7. März 2001, S.6.
- 2 UN General Assembly Resolution 194 III, 11 December 1948: «11. ... the refugees wishing to return to their homes and live at peace with their neighbours should be permitted to do so at the earliest practical date, and that compensation should be paid for the property of those choosing not to return and for the loss of damage to property which, under principles of international law or in equity, should be made good by the Governments or authorities responsible ...»
- 3 Hofmann, Sabine, Palästinensische Volkswirtschaft, in: *Marxistische Blätter* 4-01, S. 40 ff.

Politischer Islam in Palästina

Alexander Flores

Ich möchte etwas über Islamisten in Palästina sagen. Dabei konzentriere ich mich auf Hamâs, die weitaus wichtigste islamistische Organisation in Palästina. Man kann die Islamisten in Palästina nur verstehen, wenn man sie unter zwei Aspekten sieht, nämlich erstens in ihrer Eigenschaft als *Islamisten* und zweitens in ihrer Eigenschaft als *Islamisten in Palästina*. Aus diesen beiden Momenten folgen jeweils besondere Züge, die in ihrer Überlagerung das Charakteristische der Bewegung ausmachen.

Der Islamismus als allgemeines Phänomen

Zum ersten Aspekt, Hamâs als islamistische Organisation: Der Islamismus, auch politischer Islam oder islamischer Fundamentalismus genannt, ist eine politische Konzeption und Bewegung, die es in wenigen islamischen Ländern schon seit ca. 70 Jahren gibt und die vor etwa 20 Jahren eine Intensivierung und geographische Ausbreitung erfahren hat, so daß sie heute in vielen islamischen Ländern präsent ist. Die islamistische Bewegung hat bestimmte Hintergründe, Ziele, Organisations- und Bewegungsformen sowie ideologische Züge. Sie glaubt, der Islam müsse alle Aspekte des Lebens regulieren, also auch Staat und Gesellschaft. Sie stellt fest, daß das in den meisten islamischen Ländern nicht geschieht, und daraus leitet sie die Forderung nach einer Veränderung der bestehenden Zustände in islamischer Richtung ab – eine «islamische Ordnung», deren wichtigstes Kennzeichen die Geltung der Scharia sein soll, des islamischen Religionsgesetzes. Glaubwürdigkeit und Massenwirksamkeit bezieht diese Bewegung darauf, daß viele Menschen in der islamischen Welt unter den gegenwärtigen Zuständen leiden, die Islamisten die stärkste Oppositionskraft dagegen sind und daß ihre Kritik in vertrautem Gewand einher kommt, weil sie in islamischer Sprache formuliert wird. Neben der scharfen Wendung gegen die eigenen Regierungen propagiert der Islamismus auch die Kritik am Westen, dessen Dominanz für die elenden Zustände verantwortlich gemacht wird. In jedem Land macht sich das in besonderer Form bemerkbar und kommen noch spezifische Probleme hinzu.¹

Zur Veränderung der von ihnen beklagten Situation schlagen die Islamisten zunächst die Moralpredigt vor, die den Individuen die Prinzipi-

en eines islamischen Lebenswandels vor Augen hält und nahelegt. Allerdings sind die meisten von ihnen der Meinung, daß nicht alle Menschen der Moralpredigt ausreichend zugänglich sind. Die Menschen sind nach ihrer Auffassung schwach und fehlbar und um sie zum Guten zu führen, bedarf es im Zweifelsfall institutioneller Vorkehrungen. Daher die Forderung nach einem islamischen System: Ausnahmslos alle Lebenssphären sollen vom islamischen Geist – von einem ggf. sogar neu zu gewinnenden islamischen Geist – durchdrungen werden. Auf politischem Gebiet läuft das auf die Forderung nach einem islamischen Staat hinaus.

In der Frage, wie man diesem Ziel näher kommen soll, gibt es, grob gesprochen, in der islamistischen Bewegung zwei Positionen:

- die integrationistische, die versucht, durch Predigt, Propaganda, Erziehung und verschiedene Formen von Sozialarbeit das gesellschaftliche Klima in ihrem Sinn zu beeinflussen, dabei den Staat und andere Hebel zur Beeinflussung der Öffentlichkeit (Medien!) keineswegs ausspart, aber sie gleichsam von innen, unter Respektierung des gegebenen politischen Rahmens, zu verändern sucht; und

- die revolutionäre, die einen radikalen Bruch mit der bestehenden Gesellschaft vollzieht, sich von ihr abzuschotten versucht und oft auch gewaltsam – in letzter Instanz durch Eroberung der Staatsmacht und ihren Einsatz – die Gesellschaft zu verändern unternimmt. Zwischen diesen Positionen kann es Übergänge geben; welche von ihnen eingenommen oder mehrheitlich eingenommen wird, ist nicht Ergebnis einer einmaligen, unreviewbaren Entscheidung, sondern hängt weitgehend von der jeweiligen soziopolitischen «Konjunktur» ab. Wenn im gegebenen Fall die legale Beteiligung von Islamisten am politischen Leben möglich ist, schreitet man diese Möglichkeit in der Regel aus; wenn diese Aktionsmöglichkeit eingeengt wird, gewinnt die revolutionäre Position an Glaubwürdigkeit.²

Als Bezugsrahmen und Aktionsraum gilt den Islamisten streng genommen die ganze islamische Welt. Von ihrer Ideologie her sind sie also Antinationalisten, grenzen sich gegen arabischen, aber auch beispielsweise ägyptischen, irakischen etc. Nationalismus scharf ab. Sie agieren aber in einem Rahmen, der nach wie vor nationalstaatlich formiert und geprägt ist und der infolge der nach wie vor bestehenden Abhängigkeit vom Westen Nationalismus notwendig hervortreibt. Bei allem zur Schau gestellten Antinationalismus passen sich die Islamisten in Sprache, Programmatik und Praxis in diese «nationale» Dynamik ein, allerdings in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Dabei hat man oft den Eindruck, daß gerade die radikalen Teile der Bewegung nationalis-

tisch-antiimperialistisch verstanden werden können und sich oft auch selbst so verstehen – allerdings bei Übersetzung bestimmter Termini in «islamische» Sprache. Wo etwa im antiimperialistischen Diskurs vom Imperialismus und den ausgebeuteten und unterdrückten Massen der Dritten Welt die Rede ist, reden viele Islamisten in koranischer Sprache von «mustak‘birûn» und «mustad‘afûn», also «Hochmütigen» bzw. «Unterdrückten» – und meinen damit etwas sehr Ähnliches.

Also trotz des Antinationalismus der Islamisten doch eine gewisse Notwendigkeit, sich dem nationalstaatlichen Rahmen und der nationalen Dynamik gegenwärtiger Politik anzupassen.

Der Palästinakonflikt

Zum zweiten Aspekt, Islamisten in Palästina: Alle Akteure in Palästina handeln unter den Bedingungen des Palästinakonflikts, der ein außerordentlich scharfer nationaler Konflikt mit gewissen Besonderheiten und den entsprechenden Folgen für alle Betroffenen ist. Im bisherigen Verlauf dieses Konflikts gelang es der zionistischen Bewegung 1948, ihren Nationalstaat in Palästina zu errichten, die Palästinenser aus dem größten Teil ihres Landes zu verdrängen, 1967 auch den Rest Palästinas zu besetzen, dort mit ihren Siedlungen Fakten zu schaffen und jede nennenswerte Form nationaler Selbstbestimmung der Palästinenser zu verhindern. Deren Reaktion auf diesen Gang der Dinge und das Bewußtsein, in dem sie ihre eigene Position in diesem Konflikt feststeckten, war ganz überwiegend nationalistisch: In der Mandatszeit versuchten sie, ihre Position durch Verhinderung des zionistischen Projekts zu verteidigen; nach der Gründung des Staats Israel sprachen sie ihm die Legitimität ab und riefen zu seiner Zerstörung auf; und nach der Besetzung Restpalästinas durch Israel 1967 wurden die neu besetzten Gebiete Ort und Gegenstand einer klassischen nationalen Auseinandersetzung, nämlich des Versuchs, die Besetzung loszuwerden. Das geschah in verschiedenen Stadien und kulminierte in der Intifada, einer sehr heftigen und lang andauernden Bewegung von Massenprotest, mit der die Palästinenser der genannten Gebiete die Besetzung abschütteln wollten. Trotz großer Anstrengungen erreichte die Intifada ihr eigentliches Ziel nicht, sondern mündete nach ihrer Niederschlagung bzw. Erschöpfung in den Oslo-Prozeß. Das Gros der palästinensischen Nationalisten orientierte sich im Verlauf der skizzierten Entwicklung von einer irredentistischen auf eine kompromißbereite Position um: auf die Forderung nach einem palästinensischen Staat *neben* Israel, nicht an seiner Stelle.³

Der konfliktbedingten nationalistischen Orientierung der Palästinenser entsprach die Existenz einer nationalistischen Bewegung, verschiedener Organisationen, die in der PLO zusammengeschlossen sind. Also: scharfer Konflikt, prononcierter Nationalismus und eine entsprechende Nationalbewegung. Die Islamisten, die ja nach ihrem Selbstverständnis ganz prononcierte Antinationalisten sind, waren keine besonders plausiblen Kandidaten für die Betätigung in diesem Rahmen.

Stadien der Bewegung

Islamisten gibt es in Palästina schon seit langer Zeit, nämlich seit den 40er Jahren, und zwar als Ableger der ägyptischen Muslimbrüder. Sie agierten auch hier unter diesem Namen.⁴ Nur der Vollständigkeit halber will ich zwei andere islamistische Organisationen erwähnen: die Tahrîr-Partei, die es seit den 50er Jahren, und die Gruppe «Dschihâd Islâmî», die es seit den 80er Jahren gibt. Beide Gruppen haben aber nie übermäßigen Einfluß gehabt.

Man kann grob drei verschiedene Phasen in der Entwicklung der palästinensischen Islamisten unter der Besatzung unterscheiden:

1. die Phase bis 1979. In dieser Phase traten die Islamisten wenig nach außen in Erscheinung, sie konzentrierten sich auf die Durchsetzung ihres spezifischen Programms und versuchten, durch Arbeit im sozialen Sektor in der Bevölkerung Fuß zu fassen – mit gewissem Erfolg. Da die Entwicklung auf der politischen Ebene eindeutig von der nationalen Dynamik beherrscht wurde, waren die Islamisten hier eher marginal.

2. die Phase von 1979 bis 1987. In dieser Zeit gab es auf der palästinensischen politischen Bühne weitgehende Stagnation – zum Schaden der Nationalisten und der Popularität ihrer Forderungen. Dagegen profitierten die Islamisten zu dieser Zeit in gewissem Maß von der katalytischen Wirkung der islamischen Revolution im Iran – auch hier wieder wie Islamisten in anderen Ländern: die islamistische Ideologie lag seinerzeit gleichsam «in der Luft». Es kam zu dieser Zeit zu einer verschärften Konkurrenzsituation zwischen Nationalisten und Islamisten, ja öfter auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. In diesen ersten beiden Phasen enthielten sich die Muslimbrüder bei aller Schärfe ihrer anti-israelischen, ja antijüdischen Ausfälle jeder praktischen Widerstandsaktivität – und die Besatzungsbehörden honorierten das, indem sie sie ihrerseits fast völlig in Ruhe ließen.⁵

3. die Phase seit Ende 1987. Mit dem Ausbruch der Intifāda und ihrem ersten Stadium war für die Palästinenser ein Höhepunkt nationalistischer Mobilisierung mit großem Enthusiasmus erreicht. Darauf mußten auch die Muslimbrüder reagieren. Wenn sie nicht ganz an den Rand gedrängt werden wollten, mußten sie sowohl das Image der Passivität im Widerstand loswerden als auch inhaltlich nationalistischen Vorstellungen gewisse Konzessionen machen. Teilweise wurden sie wohl auch von ihrem sozialen Umfeld, das an den Massenaktionen teilnahm, mitgerissen. Jedenfalls klinkten sie sich in den ersten Monaten des Jahres 1988 in die Ereignisse ein. Sie gaben sich nun auch einen neuen Namen – eben «Hamās». Das ist die Abkürzung für «Islamische Widerstandsbewegung», das Wort bedeutet «Eifer, Kampfgeist». Nun nahm die Organisation in der einen oder der anderen Form an Widerstandsaktivitäten teil. Nach wie vor gab es Konkurrenz – und sogar, da nun das Kampffeld dasselbe war, verschärfte Konkurrenz mit den nationalistischen Organisationen (die sich in der «Vereinigten nationalen Führung der Intifāda» zusammengeschlossen hatten); nach wie vor gab es Gegensätze in der Programmatik und Ideologie; aber nun bezog Hamās stärker nationalistische Programmpunkte in seine Äußerungen mit ein. Es wurde nun auch nicht mehr von harten Unterdrückungsmaßnahmen verschont, wie z.B. die Zwangsexilierung von 415 Hamās-Anhängern im Dezember 1992 zeigt.⁶

Der Oslo-Prozeß

Mit der Einigung von Oslo haben sich für Israel die Rollen seiner palästinensischen Feinde vertauscht: Waren vorher die Nationalisten der heftig bekämpfte Hauptfeind, die Islamisten dagegen als deren Konkurrenten oft geradezu willkommen, ist jetzt die PLO der Verhandlungspartner, Hamās dagegen die terroristische Bestie, die mit allen Mitteln bekämpft wird. Der Grund ist klar: Hamās hatte sich durch seine «nationalistische Wende» auch praktisch gegen die Besatzung gewandt und wurde entsprechend bekämpft; die PLO-Führung hatte sich in Oslo auf einen Verhandlungsprozeß mit Israel eingelassen. Solange die damit verbundenen Hoffnungen bewahrt wurden, konnten sowohl die PLO wie auch der Oslo-Prozeß selber mit der überwältigenden Zustimmung der Bevölkerung rechnen.

Die anfängliche Euphorie und zwischendurch genährte Hoffnungen bekamen immer wieder schwere Dämpfer: Der Oslo-Prozeß enttäuschte die mit ihm verbundenen Erwartungen, denn was auch immer die Absichten der israelischen Führung bei der Einigung von Oslo gewe-

sen waren – sie sorgte mit der Fortsetzung und teilweisen Verschärfung der alten Verhaltensweisen für die Verschlechterung der Situation der palästinensischen Bevölkerung. Die von der PLO getragene, von Arafat geleitete palästinensische Behörde erwies sich auch innerpalästinensisch zur Lösung der ihr gestellten Aufgaben als unfähig: Korruption, autoritärer Führungsstil, Nichtbeachtung der Menschenrechte und überhaupt der Interessen der breiten Bevölkerung sind nur einige Indizien dafür. Zwei gute Gründe für Unzufriedenheit und Kritik. Als stärkste Kraft der Opposition gegen den Prozeß und gegen die PLO-Führung hat sich Hamás profilieren können.⁷

Die Ideologie der palästinensischen Islamisten

Die Ideologie der palästinensischen Islamisten ist ebenso antinationalistisch wie die in anderen Ländern. Die Islamisten betrachten Palästina als einen integralen Bestandteil der islamischen Welt, der auch unbedingt wieder von fremder Herrschaft befreit werden muß, und zwar zur Gänze, also einschließlich des ganzen israelischen Territoriums. Das Land wird als «waqf», als unveräußerliche religiöse Stiftung, für alle Generationen der Muslime bis zum jüngsten Tag bezeichnet; es wird auch gern betont, daß es bereits von den Prophetengefährten für den Islam erobert worden ist. Der Dschihad zur Befreiung Palästinas wird zur individuellen Verpflichtung (fard 'ain) erklärt. Für Israel als eigenständiges nationales Gebilde ist in dieser Konzeption kein Raum; Juden werden als religiöse Gemeinschaft verstanden und sollen lediglich als «dimmís», als Schutzbefohlene minderen Rechts, in einem islamischen Staat geduldet werden.

Feindschaft gegen die Juden wird in der Literatur der palästinensischen Islamisten meist ganz ungehemmt ausgesprochen; Zionismus und Judentum werden umstandslos gleichgesetzt, ja man distanziert sich sogar manchmal vom Gebrauch des Begriffs Zionismus – offenbar in der Absicht, den Versuch der Differenzierung als Selbsttäuschung zu entlarven. Wo bei den arabischen Nationalisten von den Zionisten die Rede ist, die im Dienst des Imperialismus Palästina erobert haben, aber nicht mit den Juden insgesamt gleichgesetzt werden, ist hier nur noch von «den» Juden die Rede, die angeblich von Anbeginn gegen den Islam gekämpft haben. In dieser Optik erhält die Auseinandersetzung etwas Überzeitliches; Kompromisse und Verhandlungen mit Israel werden ausdrücklich ausgeschlossen, der bewaffnete Kampf als einziges Mittel der Auseinandersetzung mit Israel gesehen: «Die Initiativen und sogenannten friedlichen Lösungen und in-

ternationalen Konferenzen zur Lösung des Palästinaproblems widersprechen dem Glaubensbekenntnis der Islamischen Widerstandsbewegung. Die Aufgabe irgendeines Teils von Palästina ist die Aufgabe eines Teils der Religion. (...) Das Palästinaproblem kann nur durch den Dschihad gelöst werden.»⁸

Auch ein positiver Bezug auf die «Protokolle der Weisen von Zion» fehlt in der «Charta» von Hamás nicht – ein Hinweis darauf, daß es sich bei den Islamisten nicht nur um religiös gefaßten Antijudaismus handelt, sondern daß sie auch Elemente des modernen europäischen Antisemitismus übernehmen.

Seit die islamistischen Kräfte in den besetzten Gebieten als politische Akteure in Erscheinung treten, stehen sie in einem Konkurrenzverhältnis mit den nationalistischen Kräften, die sich der PLO zuordnen. In der Situation der Besatzung ist klar, daß beide Lager sich gegen diese wenden. Sie tun das aber mit verschiedener Optik: Die Nationalisten sehen den Konflikt als Auseinandersetzung mit einem politischen Gegner und damit bei Erfüllung gewisser Forderungen prinzipiell als lösbar. Die Islamisten stellen ihn als religiösen Gegensatz dar, der seiner Natur nach bis zum Jüngsten Tag dauern wird und keine Kompromisse kennt. Es liegt auf der Hand, daß die nationalistische Konzeption den Palästinensern dann am ehesten plausibel ist, wenn der nationale Charakter der Auseinandersetzung offensichtlich ist und Erfolge in ihr erwartet werden. Umgekehrt: Wenn sich der Konflikt fest frißt und politisch keine Bewegung zu erkennen ist, gewinnen solche Vorstellungen an Breitenwirkung, die den überzeitlichen Charakter der Auseinandersetzung behaupten und die Bedeutung der eigenen Aktivität relativieren – also die der Islamisten. Eine ihrer Parolen, die man oft auf Mauern gemalt sieht, heißt: «Das Verschwinden Israels ist eine schon im Koran festgestellte Geschichtsnotwendigkeit.» Ziel ist nicht ein Palästina-Staat, geschweige denn einer *neben* Israel, sondern ein islamischer Staat, dessen geographische Ausdehnung offen gelassen wird.

Die Praxis von Hamas

Das erklärte Ziel von Hamás ist also die Beseitigung Israels. Was es tatsächlich tut, weist auf seine kürzerfristigen Absichten hin – in erster Linie die Erweiterung seines Einflusses und womöglich die Beteiligung an der Macht in der eigenen Gesellschaft. Dem dient seine soziale und politische Arbeit zur Pflege und Erweiterung der eigenen Klientel. Dem dienen aber wohl auch in erster Linie seine Aktionen ge-

gen Israel. Es beteiligt sich an den Widerstandsaktivitäten seit Ausbruch der neuen Intifāda, es spricht bei der anti-israelischen Propaganda eine besonders mörderische Sprache, und es führt terroristische Aktionen durch. Diese dienen allem Anschein nach nicht nur zur Demoralisierung der israelischen Bevölkerung – wenn das ihr Hauptziel ist, wird es sicherlich verfehlt –, sondern auch zur Beeindruckung der palästinensischen Bevölkerung, und da scheinen sie erfolgreicher zu sein.

Hamās ist keine Kreatur Israels, wie gelegentlich behauptet wird. Die israelische Besatzungspolitik hat aber in doppelter Hinsicht die Voraussetzungen geschaffen, die Hamās zu seiner heutigen Statur haben heranwachsen lassen. Sie hat die Organisation bzw. ihre Vorläufer gewähren lassen, als ihre Konkurrenten heftig unterdrückt wurden; und sie hat durch die fortgesetzte Einzwängung und Unterdrückung der palästinensischen Gesellschaft und durch die gewaltbetont-verächtliche Behandlung der Bevölkerung einen derartigen Haß auf die Besatzung genährt, daß man um so mehr Zustimmung ernten kann, je kompromißloser und gewaltsamer man gegen Israel vorgeht.

Wir haben also eine palästinensische Führung, die ihrer Aufgabe, eine erträglichere Situation für ihre Bevölkerung sicherzustellen, nicht gewachsen ist, wir haben eine islamistische Opposition, deren Strategie auf apokalyptischen Vorstellungen beruht, die keinerlei realistische Konzeption zur Regelung des Konflikts hat und die terroristische Methoden zur Durchsetzung ihrer Ziele einsetzt. Und wir haben eine israelische Politik, die durch ihre Härte und Konzessionslosigkeit eben dieser islamistischen Opposition Glaubwürdigkeit verschafft und Anhänger zuführt. Das beste Mittel, die Zustimmung für Hamās auf den Kreis seiner festen Sympathisanten zurückzuführen und ihm den Anreiz zu terroristischen Akten zu nehmen, wäre wohl eine Zwei-Staaten-Regelung, die freilich schwer durchsetzbar ist. Der Zuruf «Weiter so!» an die gegenwärtige israelische Regierung erscheint jedenfalls auch unter dem Aspekt der Eingrenzung von Hamās als unangemessen.

- 1 Zum Islamismus allgemein vgl. Emmanuel Sivan, *Radical Islam. Medieval Theology and Modern Politics*. New Haven/London: Yale Un. Press 1985; Gilles Kepel, *The Prophet & Pharaoh. Muslim Extremism in Egypt*, London: Al Saqi 1985
- 2 Vgl. Alexander Flores, *Gemeinsames und Spezifisches in islamistischen Bewegungen. Ägypten und Palästina als Beispiele*, in: *AWS-Mitteilungen* Nr. 1, Mai 1998, 26-37
- 3 Vgl. Alexander Flores, *Intifada. Aufstand der Palästinenser*, Berlin: Rotbuch 1988; Helga Baumgarten, *Palästina: Befreiung in den Staat*, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1991

- 4 Vgl. Amnon Cohen, *Political Parties in the West Bank under the Jordanian Regime, 1949-1967*, Ithaca/London: Cornell Un. Press 1982, 144-208
- 5 Vgl. Jean-François Legrain, *Islamistes et lutte nationale palestinienne dans les territoires occupés par Israël*, in: *Revue française de science politique*, vol. 36, no. 2, avril 1986, 227-247; Ziad Abu-Amr, *Islamic Fundamentalism in the West Bank and Gaza*, Bloomington/Indianapolis: Indiana Un. Press 1994, 23-52
- 6 Vgl. Jean-François Legrain, *The Islamic Movement and the Intifada*, in: *Intifada. Palestine at the Crossroads*. Hg. von Jamal R. Nassar u. Roger Heacock, New York/Westport/London: Praeger 1990, 175-189; Abu-Amr, *Islamic Fundamentalism...*, 63-89
- 7 Vgl. Alexander Flores, *Die Organisation « Hamas »*, in: *du. Die Zeitschrift der Kultur*, Heft 7/8, Juli/August 1994, 168f.
- 8 Artikel 13 der «Charta» von Hamás vom August 1988. Der Text der «Charta» findet sich im arabischen Original und französischer Übersetzung in *Les voix du soulèvement palestinien 1987-1988*. Hg. von Jean-François Legrain, Kairo: CEDEJ 1991, 211-231 (ar. Teil), 152-166 (fr. Teil)

Die Kommunisten Israels zu Antisemitismus und Zionismus

Daniel Blank

Mein Referat wird sich nicht vorrangig mit der historisch-empirischen Analyse und Darstellung von Antisemitismus und Zionismus beschäftigen, sondern mit den logisch-systematischen Implikationen.

Erstens soll kurz auf die heutige Relevanz des Zionismus als offizielle Ideologie des israelischen Staates eingegangen werden.

Zweitens folgt eine strukturelle Einordnung der Begriffe Antisemitismus und Zionismus und die entsprechende Interpretation durch Israels Kommunistinnen und Kommunisten. Dabei beziehe ich mich besonders auf das vom 16. Kongreß der Kommunistischen Partei Israels 1969 beschlossene Grundsatzdokument «Die Jüdische Frage und der heutige Zionismus». Es muß, neben anderen aktuellen Aussagen zum Beispiel von Seiten des Israelischen Kommunistischen Forums, wegen seiner analytischen Dichte und epochalen Relevanz auch heute noch als eines der wichtigsten Fundamente antizionistischer Theorie betrachtet werden.

Drittens und abschließend möchte ich eine kurze Zusammenfassung formulieren.

Ich möchte mit einer kleinen Anekdote beginnen. Es war ziemlich genau vor einem Jahr, daß ich den Journalisten Hans Lebrecht im Kibbuz Beit Oren, in der Nähe von Haifa aufsuchte. Der 85. Geburtstag von Hans stand unmittelbar bevor und ich hatte mir vorgenommen, einen Artikel über sein langes und kämpferisches Leben als Antifaschist und Kommunist zu schreiben. Eine derjenigen Fragen, die mir besonders wichtig erschienen, war die Frage nach der heutigen Relevanz des Zionismus in der jüdischen Gesellschaft und dem israelischen Staat. Nicht, daß ich mir nicht schon bei anderen Aufenthalten in Israel und den besetzten Gebieten Gedanken dazu gemacht hätte, aber gerade aus dem Munde eines erfahrenen Kommunisten wollte ich eine Antwort erhalten. Und Hans erklärte: «Weißt Du, die Zionisten sind Juden, aber beileibe nicht alle Juden sind Zionisten. Weder die, die in Israel wohnen, und schon gar nicht diejenigen die in der sogenannten Diaspora leben. Wer heute in Israel auf der Straße vom Zionismus redet, der läuft Gefahr, verlacht zu werden. Das jüdische Volk darf nicht mit dem Zionismus verwechselt werden.»

Und ich denke, daß Hans Lebrecht etwas zum Ausdruck gebracht hat,

was wir im Folgenden etwas näher betrachten und analysieren sollten. Wenn es so ist, daß eine große Zahl jüdischer Menschen nicht der zionistischen Ideologie anhängt, so müssen wir uns die Frage stellen, welcher Teil der jüdischen Gesellschaft den Zionismus propagiert und einen direkten Nutzen von seiner Existenz hat. Um diese Frage allseitig zu beantworten, muß man darlegen, worauf der Zionismus als Ideologie selbst eine Antwort zu geben versucht. Es soll sich aber jeder darüber im Klaren sein, daß der Zionismus als Staatsdoktrin weiterhin existiert und seine praktische Anwendung findet. Das folgende Zitat zeigt meines Erachtens auf, wie wichtig es z.B. einem Herrn Sharon ist, zionistische Ideologie zu verbreiten:

«Wir müssen in den nächsten zwölf Jahren eine weitere Millionen Juden hierher bringen, damit im Jahr 2020 die Mehrzahl des jüdischen Volkes in Israel lebt. Wir müssen die Negev entwickeln, die letzte Reserve für jüdische Neubesiedlung. Wir müssen unsere Erziehung auf der Grundlage zionistischer Prinzipien neu beleben, damit das Gefühl für die Gerechtigkeit unseres Kampfes wiederhergestellt wird, daß wir ein volles Recht auf dieses Land haben [...]. Die zionistische Revolution ist die einzige Revolution des 20. Jahrhunderts, die erfolgreich gewesen ist.» (Ariel Sharon in einem Interview mit dem Ha'aretz Magazin, vom 13. April 2001.)

Wie wir sehen, haben wir es mit einer zionistischen Revitalisierungsbewegung zu tun. Bei der notwendigen Definition des Begriffes «Zionismus» möchte ich zwei Seiten hervorheben. Danach soll unter «Zionismus» folgendes verstanden werden:

Erstens: Der Zionismus ist eine Ende des 19. Jahrhunderts entstandene politisch-religiöse Bewegung zur Errichtung und Sicherung eines nationalen jüdischen Staates.

Und zweitens: Der Zionismus ist eine israelische politische Richtung, die eine Ausdehnung der nicht eindeutig festgelegten Staatsgrenzen bzw. die Eingliederung eroberten Gebiete zum Ziel hat.

Kommen wir jetzt zum Begriff des «Antisemitismus»:

Ich werde nun etwas ausholen müssen, um den Ursprung und den Charakter der antisemitischen Ideologie darzulegen:

Wir wissen, daß der Inhalt der menschlichen Geschichte die Selbsterzeugung des Menschen durch seine Arbeit ist. Der Fortschritt ist besonders auch ein Fortschritt «im Bewußtsein der Freiheit», wie Hegel es ausdrücken würde. Doch vollzieht sich dieser Fortschritt nicht in einem luftleeren Raum, sondern unter ganz bestimmten Verhältnis-

sen, den Produktions- aber auch anderen Verhältnissen. Einen besonderen Platz unter den genannten Verhältnissen nehmen die uns bekannten Eigentumsverhältnisse in dialektischer Abhängigkeit zu der jeweiligen Stufe der Produktivkraftentwicklung, ein. Und so ist es einer der wichtigsten Bestandteile marxistisch-leninistischer Gesellschaftswissenschaften, eine Analyse der Gesellschaft aufgrund dieser objektiven Verhältnisse vorzunehmen, Entwicklungsgesetzmäßigkeiten aufzuzeigen und den Charakter einer Gesellschaftsformation zu bestimmen. Ich will hier an die leninsche Klassendefinition erinnern:

«Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit einer anderen aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft.» (LW 29, 410).

Dieser Platz innerhalb der gesellschaftlichen Wirtschaft wird durch das Eigentum bzw. Nichteigentum an den Produktionsmitteln bestimmt. Wie wir wissen, zeichnet sich die kapitalistische Gesellschaftsordnung durch einen fundamentalen Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital aus. Und dieser fundamentale Widerspruch findet, so eine der Grundthesen des historischen und dialektischen Materialismus, sein Pendant in der Geisteswelt oder den Weltanschauungen der Hauptklassen und Nebenklassen. Jede Weltanschauung und jede Ideologie muß also letztendlich auf ihre materielle Basis, der sie entstammt, zurückführbar sein. Und so will ich mich erst einmal dem Antisemitismus, dieser besonderen Art des Rassismus, zuwenden.

Lenin wies schon 1919 bei seiner bekannten Grammophonrede «Über die Pogromhetze gegen die Juden» (LW 29, 239) darauf hin, daß der Antisemitismus besonders im vorrevolutionären Rußland verbreitet wurde, in dem das baldige Ende der Zarenherrschaft schon zum Greifen nahe war. So ist es ein besonderes Merkmal aller untergehenden Klassen, hier der Feudalaristokratie, die revoltierenden Massen zu täuschen und ihnen einen alternativen Feind, einen Sündenbock darzubieten. Die Großgrundbesitzer und Kapitalisten jener Tage versuchten somit von ihrer eigenen Unfähigkeit, das Land länger zu regieren, abzulenken und die Schuld bei den Juden zu suchen.

Und ich möchte hier eines ganz deutlich machen und unterstreichen: Es ist und bleibt ein besonderes Merkmal jedweder reaktionären Ideologie, daß die Interessen der herrschenden Klasse durch biologistische «Theorien» gerechtfertigt werden. Wir haben es hierbei mit einem Ablenkungsversuch von den spezifisch soziologischen Verhältnissen – den Produktionsverhältnissen – zu tun. Wer z.B. rassische Merkmale heranzieht, um soziale Unzulänglichkeiten zu erklären, der wird immer

zu denjenigen Kräften zu zählen sein, die auf Ausgrenzung statt Integration, auf Krieg statt auf Frieden, auf Ausbeutung und Barbarei anstatt auf Demokratie und Sozialismus setzen. Solche Versuche gilt es zu entlarven, und die Verbindung zwischen proletarischen Klassenstandpunkt und materialistischer Philosophie hat auf diesem Gebiet großes geleistet.

So fiel es der organisierten Arbeiterbewegung zu, und hierzu zähle ich besonders auch die Kommunisten Israels, diesen Kampf, diese Konfrontation mit dem Rassismus und dem Antisemitismus aufzunehmen. Gerade in unserer Epoche, die, trotz aller Rückschläge und Irrläufe, eine Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ist, konnte der Antisemitismus durch die großbürgerlichen Kreise besonders entwickelt und verbreitet werden. Der Kapitalismus trat Anfang des 20. Jahrhunderts in sein letztes oder höchstes Stadium, den monopolistischen bzw. imperialistischen Kapitalismus, über. Die Aufteilung der Welt in Einflußsphären war abgeschlossen, die Neuaufteilung aufgrund ungleichmäßiger Entwicklungen der kapitalistischen Zentren fand ihre Entwicklungsform in den zwei Weltkriegen. Die Wirtschafts- und humanitären Krisen wurden zum Sinnbild der Überlebtheit des kapitalistischen Systems, zum Sinnbild der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und zum Sinnbild der kriegesischen Auseinandersetzung.

Von besonderer Bedeutung ist dabei die Unterscheidung zwischen der Klassenbasis und der Massenbasis einer Ideologie. Die Klassenbasis des Antisemitismus liegt eindeutig bei der Großbourgeoisie, weil der Antisemitismus den Verwertungsinteressen der Privateigentümer nutzt, die Verhältnisse verschleiert und die soziale Revolution vertagt. Aus dem Klassenkampf wird ein Rassenkampf. Dagegen findet der Antisemitismus als Ideologie seine Massenbasis unter dem Kleinbürgertum, dem Mitläufertum und Teilen der korruptierten Arbeiterschaft. Was «den Juden» im Einzelnen inhaltlich vorgeworfen wurde und wird, ist an dieser Stelle des Wiederholens nicht wert, war doch die Rhetorik z.B. des deutschen Faschismus eine Ansammlung sich zum Teil widersprechender Hetzparolen. Mal ging es gegen das «internationale Finanzjudentum», mal gegen den «jüdischen Bolschewismus». Wichtiger erscheint mir das Ziel dieser menschenverachtenden Demagogie zu sein. Schon 1890 wies Friedrich Engels in seinem Artikel «Über den Antisemitismus» (MEW 22, 49) darauf hin, welche Gefahr für die organisierte Arbeiterbewegung vom Antisemitismus als einer rassistischen Spaltungsideologie ausgeht. Die Kommunistinnen und Kommunisten Israels sowie alle Kommunisten weltweit haben der bürgerlichen Ideo-

logie, dem kolonialen Rassismus, und somit auch dem Antisemitismus den unnachgiebigsten und unerbittlichsten Kampf angesagt. Ihre Solidarität mit den unterdrückten Völkern dieser Erde entwickelte sich konsequent aus dem proletarischen Internationalismus und aus der bekannten Forderung: «Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!»

Die Zionisten wählten und wählen einen anderen Weg! Sie fühlen sich durch die rassistische Tatsache, das in unserer «aufgeklärten» Welt Jüdinnen und Juden wegen ihrer Jüdischkeit verfolgt werden, in ihrer Annahme, daß Juden generell unter Gojim, also unter Nicht-Juden ausgeschlossen und verfolgt werden, bestätigt. Dies ist ein metaphysischer Ansatz, der auf ein Weltbild zurückgeht, das von vornherein ausschließt, daß Menschen aller Couleur, jedweder Herkunft und Religionszugehörigkeit gemeinsam und friedlich in einer Gesellschaft bei- und miteinander leben können. So schrieb Theodor Herzl in seinem Buch «Der Judenstaat», daß die Völker, unter denen die Juden leben, alle die gleichen seien, öffentlich oder versteckt anti-semitisch. («The Jewish State», Ed. Mizrah, P. 21, Hebrew)

Es ist der Anspruch des Zionismus, alle Jüdinnen und Juden weltweit auf ihre biologische und religiöse Herkunft zu orientieren, sie zu einer «Weltnation» zusammenzufassen, um dann dieses «Volk ohne Land» in ein «Land ohne Volk» zu führen. Doch der überwiegende Teil der Juden wohnt außerhalb des «Gelobten Landes» und zeigt an der hebräischen Sprache, der jüdischen Religion und der jüdischen Kultur nur geringfügiges Interesse. Die australischen, die europäischen, die russisch-asiatischen, die südafrikanischen, die lateinamerikanischen und letztendlich auch die US-amerikanischen und kanadischen Juden sind tief in den Kulturen und Anschauungen nicht nur ihrer Länder, sondern auch ihrer spezifischen Klassen verwurzelt. Die Masse der Jüdinnen und Juden bemüht sich in ihren Ländern um ein gleichberechtigtes Nebeneinander der Kulturen. Der Zionismus hingegen propagiert die Desintegration und Absonderung. Neben den fortschrittlichen Organisationen der Arbeiterbewegung und den bürgerlichen Demokratiebewegungen warb und wirbt der Zionismus für eigene Organisationsformen.

Der Zionismus orientiert nicht auf den offenen Kampf gegen den Antisemitismus, wie es z.B. die Kommunisten tun, sondern baut auf der Erscheinung des Antisemitismus und des bürgerlichen Nationalismus auf, akzeptiert ihn halb und leitet daraus die Notwendigkeit ab, einen eigenen «rein jüdischen» Nationalstaat («die jüdische Heimstätte – Eretz Israel») zu gründen. Dazu war der zionistischen Führung jede Zusam-

menarbeit mit den ehemaligen Peinigern recht. Sie suchten, wie wir alle wissen, Zustimmung nicht nur beim deutschen Kaiser, sondern auch beim zaristischen Minister Plehve, der im vorrevolutionären Rußland die anti-jüdischen Pogrome organisiert hatte. Auch unter der britischen Mandats Herrschaft über Palästina arbeiteten die Zionisten mit dem englischen Kolonialregime zusammen und ließen sich in die *divide-and-rule*-Politik integrieren. Das vom Zionismus organisierte Projekt der Abwanderung und Kolonisation ist und bleibt ein bürgerlich-chauvinistisches Projekt, was man nur aus der damaligen Zeit um 1900 heraus verstehen kann, einer Zeit, in der auch die II. Internationale so kläglich scheiterte, es Antisemitismus auch innerhalb der Linken gab. Ich will hier nicht auf die uns ja bekannten und an anderer Stelle nachzulesenden Folgen dieser zionistischen Bewegung, besonders für das arabisch-palästinensische Volk, eingehen. Tatsache ist, wie ich es auch schon in meinen 6 Thesen zur Konferenz geschrieben habe, daß sich das Gros der Jüdinnen und Juden gegen eine Immigration oder *aliya* nach Palästina bzw. heute Israel entschieden hat. Sie fuhrten fort in ihren Heimatländern zu leben oder suchten in anderen Ländern Zuflucht. Für den progressiv denkenden Teil unter ihnen war die zionistische Vision keine Lösung, sondern Teil des Problems. Emanzipation des Judentums und Hegemonie über die Palästinenser schließen einander aus.

Die einzige Klasse, die an dieser Fortsetzung kolonialer Aktivitäten im Zeitalter der erfolgreichen nationalen Befreiungsbewegungen ein vitales Interesse haben kann, ist die Klasse des Kapitals, das Bürgertum. Ihre Vormachtstellung im Nahen Osten hängt von der Loyalität, d.h. der Fremdbestimmung des jüdischen Volkes ab. Die zionistische Führung in Israel ist sich über eines im klaren: Gerade weil ihre jüdischen Brüder und Schwestern in den USA, und das sind immerhin mehr, als in Israel leben, zu ihrer US-amerikanischen Identität stehen, muß sich Israel der amerikanischen Außenpolitik unterordnen. Keiner geht im Ernst davon aus, daß die Spenden der amerikanischen Juden und die monetären Transfers des amerikanischen Staates so großzügig fließen würden, wenn Israel nicht auf der gleichen globalstrategischen Linie mit den USA stünde. Und so wundert es auch nicht, daß Israel als eines der wenigen Länder dieser Erde die unmenschliche Embargopolitik gegen das sozialistische Kuba unterstützt.

Auch der Zionismus ist eine Ablenkungsideologie, die letztendlich darauf abzielt, die jüdischen Lohnarbeiter zu einer Klassenzusammenarbeit oder Sozialpartnerschaft mit «ihrer» Bourgeoisie zu bewegen. Die früh-zionistischen Kampagnen zur «Eroberung der Arbeit» oder

zur «Eroberung des Bodens» müssen genauso in diesem Lichte betrachtet werden, wie die Errichtung eines *Government of National Unity*. Gleichwohl ist der Zionismus eine Spaltungsideologie, die die jüdische Arbeiterschaft in Israel davon abhalten soll, gemeinsam mit ihren palästinensischen und anderen Klassenbrüdern gegen die soziale Ausgrenzung vorzugehen. Auch Israel ist eine Klassengesellschaft und besonders die sephardisch-jüdische und die arabisch-palästinensische Arbeiterschaft leidet unter den horrenden Rüstungsausgaben, der wirtschaftlichen Desintegration Israels in den Nahen Osten, der Vormachtstellung US-amerikanischer transnationaler Konzerne in Israel und den Folgen eines seit 120 Jahren andauernden Konflikts. Wie wir gesehen haben, kann man also die sogenannte zionistische Revolution nicht mit einer nationalen Befreiungsbewegung gleichsetzen.

Und so will ich abschließend noch auf einige Kernaussagen des Eingangss schon erwähnten Grundsatzdokuments «Die Jüdische Frage und der heutige Zionismus» zu sprechen kommen.

Von besonderer Bedeutung bleibt, daß der gutgemeinte Antizionismus der Linken niemals mit dem Antisemitismus verwechselt werden darf. Die Kommunisten Israels geben zu bedenken, daß die aggressive und expansionistische Politik der zionistischen Führung wieder und wieder den Fortbestand des Staates Israels gefährdet, Gewalt und Terror in der Region provoziert.

Die Kommunisten Israels geben zu bedenken, daß die Existenz des jüdischen Staates den verfolgten Juden in aller Welt nicht bei der Beseitigung des Antisemitismus in ihren Ländern geholfen hat.

Trotzdem sehen sich die israelischen Kommunistinnen und Kommunisten als Patrioten, die für ihren Staat, den Staat Israel, eintreten. Der israelische Staat galt stets als die sichere Fluchtstätte für alle diejenigen Jüdinnen und Juden, die (z.B. mit der fünften *aliya*) einer Welt des Antisemitismus entfliehen mußten. Und auch die fortschrittlich gesinnten Menschen dieser Welt unterstützten einen israelischen Staat, der friedlich Seite an Seite mit den anderen Ländern und Völkern dieser Region zusammenlebt, der sich für einen palästinensischen Staat einsetzt und die Wasser-, Jerusalem- und Flüchtlingsfrage einvernehmlich mit dem palästinensischen Volk löst. Die spezifischen Sicherheitsinteressen Israels sowie Palästinas müssen dabei selbstverständlich berücksichtigt werden.

Anmerkungen zum Zionismus

Robert Steigerwald

Sechs kleine und vier größere Anmerkungen zum Zionismus:

- Zur Frage, ob Zionismus Rassismus ist. Daß Juden, die dem nazistischen Massenmord entkommen konnten, nach Israel gehen, um dort unter dem Schutz einer eigenen Staatsmacht zu leben, entspricht Lösungen des Zionismus, hat aber noch nicht unbedingt etwas mit Zionismus oder gar Rassismus zu tun. Daß zionistisches Gedankengut völkischen Charakters ist, trifft zu und ist für Marxisten als Version bürgerlicher Ideologie kritikwürdig, aber noch kein Rassismus. Dazu wird Zionismus aber, wenn er mit der These vom auserwählten Volk verbunden, diese nicht mehr theologisch, sondern biologistisch verstanden wird, dessen Reinheit und Abgeschlossenheit gegenüber anderen Völkern zu sichern sei, wozu auch Ehegesetze beitragen sollen. Aber das ist nicht im ganzen Zionismus so. Außerdem ist Rassismus nicht gleich Rassismus. Der auf physische Vernichtung eines ganzen Volkes zielende Rassismus der Nazis ist qualitativ etwas anderes als jener bei Teilen der Israels auch anzutreffende Rassismus.

- Ich gehe nicht ausführlich darauf ein, daß sowohl gewisse arabische als auch zionistische Kreise in der Verfolgung eigener Ziele die zeitweilige Zusammenarbeit mit den Nazis nicht scheuten. So etwas bei der Verfolgung eigener Ziele findet man bei allen Kräften. Oder gab es nicht Abmachungen zwischen Nazi-Deutschland und der Sowjetunion oder zwischen Churchill und Stalin? So etwas ist noch kein Argument für die Berechtigung oder Nicht-Berechtigung einer Sache und eines Zieles. Auch hier wäre wieder auf Differenzierung zu achten. Die jeweiligen eigenen Ziele in der Beziehung zwischen der Sowjetunion und Nazi-Deutschland waren qualitativ verschieden: Die Nazis brauchten Rückendeckung für ihren Eroberungskrieg, die Sowjetunion weitere Zeit für ihre sozialistische Aufbauarbeit.

- Ich verweise darauf, daß Juden und Araber fast zweitausend Jahre friedlich miteinander lebten, unter muslimischer Oberhoheit weitaus toleranter behandelt wurden als unter christlicher, so daß die Feindschaft, ja der Haß zwischen beiden Völkern sich erst aus dem Zugriff des Zionismus auf das arabische Palästina ergab (genau das hatten die sozialistischen Kritiker des Zionismus, teils selbst jüdischer Herkunft wie Karl Kautsky stets vorausgesagt).

- Nur kurz möchte ich die kolonialistische Mentalität der Zionisten erwähnen, die sich im Nahen Osten, auch stets verbündet mit imperi-

alistischen Staaten, als «Kultur- und Zivilisationsbringer» verstanden, sich arrogant gegenüber der einheimischen Bevölkerung verhielten, sie ihres Bodens beraubten.

- Zu bedenken ist, daß der Zionismus diesen Haß durchaus gebrauchen kann und ihn notfalls auch provoziert, weil dieser dem Zusammenschweißen der israelischen Bevölkerung wegen «arabischer Bedrohung» dient und auch die zionistische Linke namens des zionistischen Nationalismus zum Gefangenen der zionistischen Rechten und Ultrarechten macht (so daß sie jetzt als Mädchen für alles in der Sharon-Regierung dient)

- Und ich gehe zwar nicht darauf ein, erwähne es aber wenigstens, daß die USA und England in ihrem Antisowjetismus und Antikommunismus der Sowjetunion in der Judenfrage Verletzung der Menschenrechte vorwarfen, obwohl gerade die Sowjetunion unter den schwierigsten Kriegsbedingungen zwei Millionen russischer und polnischer Juden dem Zugriff der Nazis entzogen, während die USA und England auf jede nur mögliche Weise versuchten, der Flucht von Juden aus Nazi-Deutschland in ihre Länder und sogar nach Palästina alle Hindernisse in den Weg zu stellen.

Nun also zu meinen vier größeren Anmerkungen.

1. Zum historisch-sozialen Hintergrund des Zionismus

Im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts kam es zu einer Wendung im Judenbild, entstand ein neuartiger Antisemitismus und als eine der Antworten darauf der Zionismus.

Nationen bilden sich mit dem Kapitalismus heraus und als ihr historisches Subjekt wirkt die Bourgeoisie. Auf dem Territorium einzelner Staaten, in denen sich der Kapitalismus entwickelte, lebten mehrere auch recht verschiedene Ethnien zusammen. Das galt etwa für Rußland, für Österreich-Ungarn, aber infolge der Teilungen Polens gab es auch in Preußen-Deutschland eine starke polnische Minderheit. Die Angehörigen solcher Minderheiten wurden durch die nationbildenden Kräfte unterdrückt, ausgegrenzt. Als sich jedoch, mit der Ausdehnung des Kapitalismus im 19. Jahrhundert das Streben auch solcher Minderheiten nach nationalen Rechten, teils auch nach einem eigenen Staat erhob, kam es zu ernststen Konflikten, die teilweise zu Aufständen führten, die wiederum blutig niedergeworfen wurden.

Dies spielt im Zusammenhang mit unserem Thema darum eine Rolle, weil wenigstens zwei der Bedingungen, die zur Nationbildung nötig sind, auf die Juden zutreffen: Sie sprachen die gleiche Sprache: Jid-

disch. «Dank» den Nazis wurde dieser deutsche Dialekt, der eine reiche Kultur, Literatur etwa hervorgebracht hatte, fast vollständig ausgerottet! Sie hatten in einer Tradition, die weit länger währt als die eines jeden europäischen Volkes, eine eigene Kultur hervorgebracht. Sie wurde doch teilweise über das christliche Erbe Bestandteil der europäischen Kultur!

Gleichzeitig mit diesen Prozessen entstand eine stets zahlreicher werdende Arbeiterklasse, wie die angesprochenen Minderheiten unterdrückt, ausgegrenzt, auch ausgebeutet.

Beide Prozesse führten dazu, daß die Bourgeoisie der herrschenden Nation nicht nur auf bewaffnete Niederhaltung drängte, sondern auch nach geeigneten anderen Abwehrstrategien suchte. Eine solche bestand und besteht darin, von den wahren Gründen dieser Prozesse abzulenken, andere Ursachen anzugeben, also den Widerstand fehl zu leiten. Als ein solches seit eh und je gut geeignetes Mittel bot und bietet sich die Entwicklung von Fremdenfeindlichkeit an. Sie ist mehrfach nützlich. Sie kann beispielsweise die Arbeiterklasse der «eigenen» Nation gegen Fremde lenken, auf «nationale», auf «Volksgemeinschaft» der Kapitalisten und Arbeiter orientieren.

Hier kommt eine Besonderheit hinzu. Der Zarismus benutzte als Objekt dieser Fremdenfeindlichkeit innerhalb des europäischen Rußlands die Juden, die sich in stärkerem Maße in gewissen Gebieten konzentrierten. Dabei spielte die orthodoxe Kirche eine wesentliche Rolle, indem sie die nicht-christlichen Religionen bekämpfte und nicht selten hinter den von der Zarenarmee und vom aufgehetztem Mob begangenen Pogromen als Drahtzieherin wirkte. Die Folge war eine wachsende Fluchtbewegung von Juden, deren Ziel schon darum vorrangig Deutschland war, weil das Jiddische, die von den Juden gesprochene Sprache, ein deutscher Dialekt (genau genommen: damals der am meisten gesprochene deutsche Dialekt) war.

Hierin steckte nun wiederum ein Bündel weiterer Probleme. Die aus Rußland kommenden Einwanderer waren zum weitaus größten Teil entwurzelte Bauern, kleine Handwerker, die in Deutschland auf dem Arbeitsmarkt und im Gewerbe als Konkurrenten auftraten – ein die Fremdenfeindlichkeit, den Antisemitismus begünstigendes Element. Und die in Deutschland schon lange ansässigen Juden, vor allem ihr der Bourgeoisie angehörender Teil, auf Assimilation an das Deutsche bedacht, sahen in den Neuankömmlingen einerseits sozialen Sprengstoff und andererseits (wegen der von den Einwanderern mitgebrachten Sitten, Gebräuche, ihrer Kleidung, auch der von ihnen angenommenen spezifischen Form des jüdischen Glaubens) einen unwillkom-

menen «Gast». Weizenbaum schildert das am Berliner Beispiel sehr deutlich (in seinen Memoiren).

Mit der Entwicklung des Kapitalismus war also eine Reihe von Bedingungen entstanden, die zu einer Veränderung in der Einstellung gegenüber den Juden benutzt werden konnten. War Antisemitismus bis dahin wesentlich eine Ablehnung der jüdischen Religion, so wurde die jetzt auf die jüdische Existenzweise selbst ausgedehnt. Hierfür spielten auch ideologische Motivierungen eine Rolle. Es wurden Elemente der Darwinschen Theorie mißbräuchlich benutzt, um eine rassistische Abstammungslehre zu suggerieren. Des weiteren wurde die sog. Kulturwissenschaft herangezogen, die «nachwies», daß alle nicht-christlichen Kulturen und Religionen minderwertig seien.

Und dies alles spitzte sich mit den krisenhaften Prozessen zu, wie sie sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts in den imperialistischen Ländern und in Rußland herausgebildet hatten.

Hier knüpften Juden bürgerlicher Klassenzugehörigkeit an, um ihrer Propagierung eines jüdischen Nationalstaates Argumente zu verschaffen: Die Probleme der Juden und damit die Abwehr des Antisemitismus seien innerhalb der Gemeinschaft mit nicht-jüdischer Bevölkerung nicht lösbar. Nötig sei ein eigenes nationales Territorium, in dem sich die Juden niederlassen sollten. Dieses Territorium sei ihnen doch schon bereits durch ihre heiligen Schriften, durch Gott, zugewiesen: Palästina. Dort, am Berge Zion, in der Nachbarschaft Jerusalems, habe man mit der Bildung der nationalen Existenz der Juden zu beginnen. In bürgerlichen Kreisen war diese Propaganda gar nicht unwillkommen. Wer nach Palästina ging, wich dem Kampf gegen den Antisemitismus aus. Dieser wiederum war der Bourgeoisie wichtig zur Spaltung von nicht-jüdischen und jüdischen Angehörigen des arbeitenden Volkes.

2. Kurz zur Geschichte des Zionismus

Der Zionismus ist eine politische und ideologische Bewegung. Der Name geht zurück auf den ersten Zionistenkongreß, der 1897 in Basel stattfand. Die Bewegung wurde vor allem durch die Wirkung von Theodor Herzl und Max Nordau ins Leben gerufen und sollte dem Zweck dienen, die Juden zur Wiederansiedlung in der Umgebung von Zion, d. h. des Tempelberges und der anderen Hügel von Jerusalem zu bewegen. Damit wurde auf den sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts verstärkenden und in seinem Charakter verändernden Antisemitismus zu reagieren versucht. Mit seiner Zielsetzung war er zugleich

der Versuch, das Problem der jüdischen Minderheiten in Europa auf Kosten schwächerer und zurückgebliebener Völker, der Araber, zu lösen. Ursprünglich nur für die in den europäischen Gebieten des zaristischen Rußlands bedrückten Juden erstrebt, bezweckte die Bewegung des Zionismus bald die Rückführung aller in der Welt lebenden Juden nach Vorderasien und die Schaffung einer *«öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina»*, also die Errichtung eines jüdischen Nationalstaates.

In der Zeit der türkischen Herrschaft bis zum Ende des ersten Weltkrieges machten jüdische Ansiedlungen Fortschritte, wobei die zionistische Bewegung das Interesse des deutschen und des österreichisch-ungarischen Finanzkapitals an der wirtschaftlichen Erschließung und politischen Durchdringung des Nahen Ostens ausnutzen konnte. Im Hintergrund standen dabei die Absichten Pates, eine von Berlin ausgehende und bis Bagdad reichende Bahnstrecke (Bagdad-Bahn) zu bauen. Dies war eingefügt in die Expansionsziele des deutschen Imperialismus und führte zu Spannungen mit dem in dieser Region wirkenden englischen Imperialismus. Es war folglich nur konsequent, daß das wilhelminische Deutschland mit den Plänen Herzls sympathisierte und der Kaiser als Zeichen dessen sogar eine Reise nach Jerusalem unternahm.

Für den türkischen Staat, der damals noch die Herrschaft über weite Teile des Nahen Ostens, darunter auch Palästinas, besaß, war die Ansiedlung von Juden ein Gewinn, weil diese zur Entwicklung der Landwirtschaft und des Gewerbes beitrugen.

1914 lebten neben etwa 600.000 Arabern etwa 120.000 Juden in Palästina. Schon damals wurde offensichtlich, daß weitere Ansiedlungen der insgesamt in der Welt lebenden 12 Millionen Juden zur Vertreibung der einheimischen Araber und damit zu politischen Verwicklungen führen mußten.

Im Verlaufe des ersten Weltkrieges erkannten die Juden, daß die Türkei, mit Deutschland und Österreich-Ungarn verbunden, zu den Kriegsverlierern gehören würde. Nun wandte sich der Zionismus an die Entente-Mächte in der Erwartung, von ihnen Schutz und Unterstützung gegen die arabische Bauernmassen, die von der jüdischen Einwanderung verdrängt wurden und sich dagegen wehrten, zu erhalten.

Gleichzeitig versuchte die arabische Bevölkerung, sich vom türkischen Joch zu befreien. England befand sich in der Lage, daß sowohl Juden als auch Araber sich gegen das türkische Joch wandten, sich aber zugleich Juden und Araber feindlich gegenüberstanden. Um diese Lage auszunutzen, versprach der englische Imperialismus sowohl den Ju-

den in der sog. Balfour-Deklaration von 1917 als auch den Arabern die Errichtung eines palästinensischen Staates. Nach dem Sieg über die Mittelmächte richtete der britische Imperialismus in Palästina jedoch sein eigenes Kolonialregime ein. Dazu nutzte er die Tatsache aus, daß der Völkerbund 1922 das Mandatsrecht über dieses Gebiet an England übergab.

Von nun an bediente sich der britische Imperialismus des Zionismus gegen das Aufbegehren der arabischen Massen, der nationalen Befreiungsbewegungen der Region. Zu diesem Zweck förderte England die Einwanderung von Juden nach Palästina.

Gegen diese Politik erhoben sich arabische Massen einige Male, sie wurden jeweils blutig niedergeschlagen.

Vor Beginn des zweiten Weltkrieges kam es zu Auseinandersetzungen zwischen dem britischen Imperialismus und dem Zionismus, weil die Juden forderten, das Versprechen endlich einzulösen, einen jüdischen Staat zu erlauben und die noch vorhandenen Beschränkungen der Einwanderung nach Palästina aufzuheben. Das hing in hohem Maße mit der deutsch-faschistischen Verfolgungs-, später Ausrottungspolitik gegenüber den Juden zusammen, insofern gibt es also eine indirekte Schuld deutscher (faschistischer) Politik an den nah-östlichen Problemen: Araber bezahlen die Rechnung der deutsch-faschistischen Politik. Andererseits hatte der britische Imperialismus 1939 den Arabern zugesagt, innerhalb von zehn Jahren einen eigenen Staat zu gründen. Dies mußte zu Konflikten des Zionismus mit dem britischen Imperialismus führen.

Als der Zweite Weltkrieg beendet war, ergab sich abermals eine neue Situation: Aus dem Krieg kam England geschwächt, die USA als beherrschende imperialistische Macht heraus, die sich nun anschickten, die Rolle Großbritanniens im Nahen Osten zu übernehmen. Schon 1944 wurde vom amerikanischen Kongreß den Zionisten signalisiert, man unterstütze ihre Forderungen nach Errichtung eines jüdischen Nationalstaates in Palästina. Darum förderten die USA nun die jüdische Einwanderung, auch mit dem Hintergedanken, damit die britische Position zu schwächen. Ein unter USA-Führung stehender jüdischer Staat wiederum lag nicht in Englands Interesse. Es änderte seine Politik, indem es sich nunmehr den reaktionären arabischen Notabeln, den Großgrundbesitzern und Fürsten zuwandte, die ihrerseits schon früher, bei arabischen Volksaufständen, aus Angst um ihre Privilegien mit der Besatzungsmacht gegen das eigene Volk paktiert hatten. Andererseits wurden die Auseinandersetzungen zwischen Zionisten und Arabern so heftig, daß England sich schließlich aus der Affäre

zu ziehen versuchte. Es gab seine vom Völkerbund verliehenen Mandatsrechte an die Nachfolge-Organisation des Völkerbundes, an die Vereinten Nationen zurück. Das geschah 1947. Da auch die UNO mit den Problemen nicht ins Reine kam, beschloß sie am 29. November 1947 die Bildung eines arabischen und eines jüdischen Staates auf dem Territorium Palästinas mit Jerusalem als internationalem Gebiet.

Als die britischen Truppen das Land verließen, proklamierte der Zionismus am 14. Mai 1948 in Tel Aviv den Staat Israel. Das reaktionäre Feudalsystem Jordaniens antwortete darauf mit dem Einmarsch seiner Truppen in das für den arabischen Staat vorgesehene Gebiet. Damit begann der sog. Palästina-Krieg, der Israel den Vorwand dazu lieferte, die arabische Bevölkerung zu terrorisieren und zu vertreiben. Es annektierte das dem arabischen Staat zugewiesene Gebiet Westgaliläa, Mittelpalästina und die Neustadt von Jerusalem.

In dieser Periode unterstützten die sozialistischen Staaten Israel. Sie gehörten zu den ersten Staaten, welche Israel anerkannten. Die neue israelische Armee erhielt Waffen aus sozialistischen Ländern. Außerdem war ein beträchtlicher Teil der bewaffneten Kräfte Israels, zuvor aus der Sowjetunion eingewandert, militärisch sehr erfahren – sie kamen ja aus den Kämpfen des zweiten Weltkriegs. Israel sah sich damals durchaus auch der Bedrohung reaktionärer feudalistischer Monarchien ausgesetzt. Diese nützten zwar die berechtigten Interessen der arabischen Bauernmassen, ihren Widerstand gegen israelische Unterdrückung und Vertreibung aus. Aber es ging ihnen gemäß ihrem Klasseninteresse nicht darum, die Interessen der Volksmassen zu verteidigen.

3. Zur Bewertung des Zionismus durch die marxistische Arbeiterbewegung

Der Marxismus geht von der *«Gleichheit all dessen aus, das Menschenantlitz trägt»* – wie es sogar uralte christliche Auffassung ist und auch dem Menschenbild der Aufklärung zugrunde liegt, an das der Marxismus anschließt. Alle Menschen sind, unabhängig von Sprache, Kultur, Hautfarbe, Religion und dergleichen von jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien, sollten auf dieser Grundlage friedlich zusammenleben können. Das bedeutet nach marxistischer Auffassung, daß die Juden in das Ziel dieses Wirkens ebenso wie in den Kampf für dieses Ziel einzubeziehen sind. Der Marxismus ist davon überzeugt, daß der Sozialismus die Überwindung all der benannten teils historisch entstandenen, teils künstlich geschaffenen *«Moden»* (man denke an Schillers/Beethovens Ablehnung des *«was die Mode streng geteilt»*)

bewirken werde. Kampf um den Sozialismus bedeute also auch Kampf um die Befreiung der Juden. Zugleich wurde – zu dieser Zeit – die Revolution als nahe bevorstehend eingeschätzt, also die Realisierung dieses Zieles als der nahen Zukunft angehörend angenommen.

Diese Orientierung bedeutete, sowohl gegen den Antisemitismus zu kämpfen als auch die Flucht vor ihm, das Ausweichen vor dem Kampf gegen den Antisemitismus zu kritisieren. Juden sollten im Land bleiben, sich am Kampf für den Sozialismus beteiligen (was ja auch viele Juden taten!).

Der Zionismus wurde als eine bürgerliche Bewegung beurteilt, die aber eine Massenbasis in den bereits genannten entwurzelten Schichten vor allem Rußlands habe. Statt sich zu wehren, orientiere er auf Flucht, leugne folglich die Möglichkeit, die Probleme mittels des Sozialismus zu lösen und nehme dabei in Kauf, daß Juden im Einwanderungsland soziale Konflikte mit der ansässigen (zumeist bäuerlichen) Bevölkerung provozierten und schließlich dort selbst zu einer Unterdrückernation werden würden.

Da auch der Zionismus keine homogene Klassenbewegung war, kam es immer wieder zu zionistischen Versuchen, unter Anlehnung oder Benutzung marxistischer Formulierungen, auch direkt sozialistischer Zielsetzungen, einen linken Zionismus zu begründen, sich sogar den jeweiligen (zweiten bzw. dritten) Internationalen anzuschließen. Doch da der Zionismus, auch in seinen linken Varianten, stets daran festhielt, die Juden auf nationaler Grundlage abzusondern, also sich *de facto* völkisch, anti-internationalistisch verhielt, mußten stets alle seine Varianten als bürgerliche Bewegung beurteilt werden. Das führte bisweilen allerdings auch zu ernststen politischen Fehlern in der kommunistischen Bewegung. Wo in ultralinker Weise die dennoch vorhandenen Differenzierungen im Zionismus mißachtet, alle seine Varianten über einen Kamm geschoren wurden (als Analogie denke man an die Mißachtung der Differenzierungen zwischen verschiedenen bürgerlichen und sozialdemokratischen Kräften am Vorabend der faschistischen Machteroberung – Stichwort. Sozialfaschismus), traten solche Fehler auf. Immerhin gab es, besonders im Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund Rußlands, Polens und Litauens Widerstand gegen die zionistischen Orientierungen auf Auswanderung, wies man auf den sich daraus ergebenden jüdisch-arabischen Konflikt hin. Außerdem, und das wurde in den Darstellungen zur Geschichte der KPdSU in der Stalin-Zeit verschwiegen (!), waren gerade diese Kräfte führend an der Gründung der SDAPR beteiligt.

Als sich in der Arbeiterbewegung der Revisionismus herauszubilden

begann, der ja nicht einfach marxistische Prinzipien preisgab, sondern sie durch bürgerliche ersetzte und das bedeutete zu dieser Zeit bereits die Übernahme imperialistischer Prinzipien, da meldeten sich innerhalb des Revisionismus Stimmen zu Wort, welche die zionistischen Bestrebungen als kulturelle Missionen in den kolonialen Gebieten zu rechtfertigen versuchten. So auch wurden von diesen Kräften die zionistischen Einwanderungen in Palästina als Leistungen zivilisatorischer und kulturbringender Art gedeutet!

4. Zum jüdisch-arabischen Verhältnis

Es kam, wie von marxistischen Kräften vorausgesagt, zum scharfen Konflikt zwischen der vornehmlich aus Bauern bestehenden arabisch-palästinensischen Bevölkerung und der jüdischen Einwanderung, die notwendiger Weise dazu führte, den Bauern Land zu nehmen. Doch dürfen gerade Deutsche darüber nicht vergessen, daß diese Probleme durch die Politik des Hitler-Faschismus ihre extreme Zuspitzung erfuhren. Ohne Auschwitz wäre manches, das heute nicht mehr möglich ist, durchsetzbar gewesen. Man kann den Juden, die dem Tod knapp entkommen sind, die sich in Israel niedergelassen haben und sich im Schutz des Staates sicher fühlen, nicht verdenken, daß sie diesen Staat verteidigen, und das auch gerade angesichts mancher wirklich unverantwortlicher Töne aus arabischen Kreisen. Die ursprüngliche Fatah-Lösung für einen Staat, in dem Juden, Christen und Muslime gemeinsam und friedlich leben, haben wir, in der DKP, nicht akzeptiert: Man könne es den Juden, die dem Tod entronnen sind und ihren Schutz in ihrem eigenen Staat suchten, nicht verdenken, wenn sie diesen für ein bloßes Versprechen nicht preiszugeben bereit seien.

Sozialisten müssen beachten, daß die Existenz des Staates Israel zu akzeptieren ist. Aber sie haben auch die internationalistische Pflicht, das Recht und die Interessen der arabischen Massen auf einen eigenen palästinensischen Staat zu unterstützen. Und es gilt zu begreifen, daß sich der arabische Widerstand gegen ein national unterdrückendes, landräuberisches und ausbeutendes Besatzerregime richtet. Hierfür – vor allem auch angesichts der extremen Einstellung bestimmter Kräfte auf beiden Seiten, die sich jeglichem möglichen Kompromiß entgegenstemmen – einzutreten, sollten wir als Aufgabe erkennen, wobei es keinesfalls unsere Sache sein kann, sich auch nur Gedanken über mögliche Lösungsvorschläge zu machen.

Nicht vergessen werden darf, daß es eine Reihe von Problemen gibt, die mit dem Wirken arabischer Feudaler, Notabeln, ihrer Kollaborati-

on mit der britischen Mandatsmacht, ihrer Bereitschaft, die Geschäfte des US-Imperialismus in dieser nach Öl stinkenden Region zu betreiben, zusammenhängen. Nicht nur Israel spielt die Rolle eines USA-Brückenkopfs in die Region hinein!

Ein weiteres Problem ergibt sich daraus, daß es jüdische Minderheiten überall in der Welt gibt, ja, daß in den USA mehr Juden als in Israel leben. Von dort ist Sympathie und Solidarität mit Israel eine einsehbare Position, worauf sich der Zionismus stützen kann. Dies wurde vom US-Imperialismus geschickt als Waffe in seinem Kampf gegen die Sowjetunion, die sozialistischen Staaten genutzt. Und dies durchaus nicht nur als Thema der Propaganda. Es war auch aber nicht nur *Agentenhysterie*. Es war keine bloße Propaganda: Es gab in den sozialistischen Staaten zionistische Agenturen. Das wiederum hat – unter der Flagge des Kampfes gegen den Kosmopolitismus – zu Gegenmaßnahmen in den sozialistischen Staaten geführt, wobei in undifferenzierter Weise erstens alle Richtungen innerhalb des Zionismus mit dessen aggressiver antisozialistischer Variante gleich gesetzt wurden, zweitens Juden generell in den Verdacht gerieten, Zionisten oder dessen Handlanger zu sein. Es war dies nicht nur eine sich stimmungs-mäßig niederschlagende Erscheinung, sondern sie führte auch zu schändlichen Aktionen, wie sie etwa in den kaum verhüllten antisemitischen Tönen des Prager Slansky-Prozesses oder in der angeblichen Moskauer Ärzte-Verschwörung von 1952 zum Ausdruck kamen.

Dies darf aber nicht zu dem Schluß führen, den manche linke Kommunismus-Gegner suggerieren, es gebe im Kommunismus einen verdeckten Antisemitismus. Immerhin verweist Mario Kessler in seinem Buch "Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus" (Mainz 1994) auch darauf, daß die Sowjetunion rechtzeitig zwei Millionen sowjetischer Juden vor den vordringenden Nazis in Sicherheit bringen ließ (S. 136). Und es wird für immer ein Ruhmesblatt in der Geschichte der KPD bleiben, daß die von ihr geleitete illegale Häftlings-Führung in Buchenwald folgendes organisierte:

Im April 1945 sollten die noch im Lager Buchenwald verbliebenen Juden zum Transport zum Marsch in das Vernichtungslager antreten. Da gab die Leitung die Anordnung heraus: Juden treten nicht auf dem Appellplatz an. Der Befehl der SS wurde wiederholt. Da gab die Partei die Anordnung heraus: Die Judensterne werden abgerissen, die Juden werden unter den nicht-jüdischen Häftlingen verteilt. Wollen wir sehen, ob die SS die Juden herausfindet. Das gelang ihr nicht, die jüdischen Häftlinge wurden gerettet.

«Ein skandalöser Text»

Hermann L. Gremliza

Es gibt Texte, von denen jeder sagt, daß er sie kennt, und keiner hat sie gelesen. Das meiste von dem, was Marx geschrieben hat, gehört dazu. Auch Jean Améry's Essay «Der ehrbare Antisemitismus», geschrieben 1969.

Dieser Text findet in den *Marxistischen Blättern* mit keinem Wort Erwähnung, obwohl er das beste ist, was zwischen 1945 und heute in Deutschland von einem radikalen Linken zum Thema gesagt worden ist. Bevor ich einige eigene Anmerkungen vortrage, mache ich Sie mit ein paar Passagen dieses ungelesenen Textes bekannt:

Fest steht: Der Antisemitismus, enthalten im Anti-Israelismus oder Anti-Zionismus wie das Gewitter in der Wolke, ist wiederum ehrbar. Er kann ordinär reden, dann heißt das «Verbrecherstaat Israel». Er kann es auf manierlichere Art machen und vom «Brückenkopf des Imperialismus» sprechen.

Ich weiß so gut wie irgendwer und jedermann, daß Israel objektiv die unerfreuliche Rolle der Besatzungsmacht trägt. Alles zu justifizieren, was die diversen Regierungen Israels unternehmen, fällt mir nicht ein. Meine persönlichen Beziehungen zu diesem Land ... sind quasi null: Ich habe es niemals besucht, spreche seine Sprache nicht, seine Kultur ist mir auf geradezu schmäbliche Weise fremd, seine Religion ist nicht die meine. Dennoch ist das Bestehen dieses Staatswesens mir wichtiger als das irgendeines anderen.

Und hiermit gelangen wir an den Punkt, wo es ein Ende hat mit jeder berichtenden oder analysierenden Objektivität und wo das Engagement keine freiwillig eingegangene Verbindlichkeit ist, sondern eine Sache der Existenz, das Wort in mancherlei Bedeutung verstanden.

Über Israel, den modischen Anti-Israelismus, den altmodischen, aber stets in jegliche Mode sich wieder einschleichenden Antisemitismus spricht existentiell subjektiv, wer irgendwie «dazugehört» (Juden, Personen, die im Sinne des Reichsbürgergesetzes vom 15. September 1935 als Juden gelten) – und erreicht am Ende vielleicht gerade darum eine Objektivität annähernd naturrechtlichen Charakters. Denn schließlich mündet noch die geistesschlichteste – genauso wie die gründlichste und gescheiteste – Überlegung in die Erkenntnis, daß dieses Pionierland, und mag es hundertmal nach einer sich pervertierenden pseudomarxistischen Theologie im Sündenstande technischer Hoch-

entwicklung sich befinden, unter allen Staaten dieses geopolitischen Raumes das gefährdetste ist.

Die arabischen Staaten, denen ich Glück und Frieden wünsche, werden den israelischen Entwicklungsvorsprung einholen, irgendeinmal. Ihr demographischer Überdruck wird das übrige tun. Es geht unter allen Umständen darum, den Staat Israel zu erhalten, so lange, bis Frieden, wirtschaftlicher und technischer Vorauszug die Araber in einen allgemeinen Gemütszustand versetzen, der ihnen die Anerkennung Israels innerhalb gesicherter Grenzen gestattet.

Es geht darum. Wem? Die subjektive Verfassung, die zur geschichtlichen Objektivität werden will, hat hier ihre Dreinrede. Israels Bestand ist unerlässlich für alle Juden ..., wo immer sie wohnen mögen.

Wer garantiert, daß nicht einmal eine Regierung in den Vereinigten Staaten zum großen Versöhnungsfest den Juden dem Neger zum Fraß hinwirft? Wer verbürgt den einflußreichen und zum Teil reichen Juden Frankreichs, daß nicht eines Tages das Erbe der Drumont, Maurras, Xavier Vallat zu neuer Virulenz gelangt? ... Niemand garantiert nichts. Das ist keine paranoide Phantasie und ist mehr als die menschliche Grundverfassung der Gefahr. Die Vergangenheit, die allerjüngste, brennt.

Und nun wird jeder Freund von der Linken mir sagen, auch ich reihte mich ein in die große Armee derer, die mit sechs Millionen (oder meinetwegen fünf oder vier) Ermordeter Meinungserschreckung treiben. Das Risiko ist einzugehen: Es ist geringer als das andere, welches die Freunde mir proponieren, wenn sie für die Selbstaufgabe des «zionistischen» Israel plädieren.

Die Forderung der praktisch-politischen Vernunft geht dahin, daß die Solidarität einer Linken, die sich nicht preisgeben will (ohne daß sie dabei das unerträgliche Schicksal der arabischen Flüchtlinge ignorieren muß), sich auf Israel zu erstrecken, ja, sich um Israel zu konzentrieren hat ... Freilich hat die Linke ihre ungeschriebenen moralischen Gesetze, die sie nicht beugen darf. «Wo es Stärkere gibt, immer auf der Seite der Schwächeren», welche unüberschreitbar wahre Trivialität! Und stärker – wer wagte Widerrede? – das sind die Araber; stärker an Zahl, stärker an Öl, stärker an Dollars, man frage doch bei der Aramco und in Kuwait nach, stärker, ganz gewiß, an Zukunftspotential. Die Linke aber ganz offensichtlich schaut wie gebannt auf die tapferen palästinensischen Partisanen, die freilich ärmer sind als die Männer Moshe Dayans. Sie sieht nicht, daß trotz Rothschild und einem wohlhabenden amerikanisch-jüdischen Mittelstand der Jude immer noch schlechter dran ist als Frantz Fanons Kolonisierter, sieht das so wenig

wie das Phänomen des anti-imperialistischen jüdischen Freiheitskampfes, der gegen England ausgefochten wurde. Am Ende ist es auch nicht die Schuld der Israelis, wenn die Sowjetunion vergaß, was 1948 vor der UNO Gromyko mit schönem Vibrato vorgetragen hat: «Was den jüdischen Staat betrifft, so ist seine Existenz bereits ein Faktum, das gefalle oder nicht (...) Die Delegation der UdSSR kann sich nicht enthalten, ihr Erstaunen über die Einstellung der arabischen Staaten in der palästinensischen Frage auszudrücken. Ganz besonders sind wir überrascht zu sehen, daß diese Staaten oder zumindest einige von ihnen sich entschlossen haben, militärische Maßnahmen zu ergreifen mit dem Ziele, die nationale Befreiungsbewegung der Juden zu vernichten. Wir können die vitalen Interessen der Völker des Nahen Ostens nicht identifizieren mit den Erklärungen gewisser arabischer Politiker und arabischer Regierungen, deren Zeugen wir jetzt sind.»

So sprach, wie schon gesagt, die Sowjetunion, eine Großmacht, die Großmachtspolitik treibt und die wohl à la longue nicht absehen konnte von dem offenbaren Faktum, daß es mehr Araber gibt als Juden, mehr arabisches Öl als jüdisches, daß militärische Stützpunkte in den arabischen Staaten einen höheren strategischen Wert haben als in Israel. Die Linke im weiteren und weitesten Sinn aber, und ganz besonders die protestierende äußerste Linke, der ich mich auf weiten Strecken verbunden weiß, hat diese Großmacht-Ausflucht nicht. Sie ist, nach dem Gesetz, nach dem sie angetreten, zur Einsicht verpflichtet; zur Einsicht in die tragische Schwäche des jüdischen Staates und jedes einzelnen Juden in der Diaspora, zur Einsicht in das, was hinter den Kulissen eines jüdischen bürgerlichen Mittelstandes, hinter dem Mythos des Geld- und Gold-Juden (von Jud Süß bis zu den kontemporären Rothschilds und ein paar jüdischen Hollywood-Größen) sich verbirgt. Die Juden manipulieren zeitweilig Kapitalien: Sie beherrschten sie niemals. Sie haben heute in Wall Street so wenig zu sagen wie einst im wilhelminischen Deutschland in der Schwerindustrie.

Der Augenblick einer Revision und neuen geistigen Selbstbestreitung der Linken ist gekommen; denn sie ist es, die dem Antisemitismus eine ehrlose dialektische Ehrbarkeit zurückgibt. Die Allianz des antisemitischen Spießier-Stammisches mit den Barrikaden ist wider die Natur, Sünde wider den Geist, um in der vom Thema erzwungenen Terminologie zu bleiben ... Es gibt keinen ehrbaren Antisemitismus. Wie sagte Sartre vor Jahr und Tag in seinen «Überlegungen zur Judenfrage»? «Was der Antisemit wünscht und vorbereitet, ist der Tod des Juden.»

Soweit Jean Améry. Und nun zu Ihnen:

Um den Leserinnen und Lesern die Möglichkeit zu geben, Hermann L. Gremlizas Interpretation des Vorworts zum Israel/Palästina-Heft der *Marxistischen Blätter* mit dessen Text zu vergleichen, haben wir diesen im folgenden vollständig abgedruckt.

Mit dem Beginn der zweiten Intifada Ende September 2000 ist der israelisch-palästinensische Konflikt wieder zu einem zentralen weltpolitischen Thema geworden. Und zugleich zu einem, an dem sich die linken Geister unseres Landes derzeit scheiden wie an keinem zweiten. Letzteres hat gute Gründe: Mit Israel hat sich jenes Volk – genauer gesagt: hat sich jener Teil der Judenheit, der sich selbst als „Volk“ verstand – einen Staat geschaffen, das der deutsche Faschismus „mit Stumpf und Stiel“ ausrotten wollte. Sechs Millionen Juden wurden von deutschen Völkermördern als Juden umgebracht. Und es war diese Erfahrung, was den Zionismus, den jüdischen Nationalismus, auch für zahllose Juden plausibel

Der Sammelband «Israel, die Palästinenser und wir», ein «Special» der Zeitschrift *Marxistische Blätter*, hat ein Vorwort, das die Tendenz der ihm folgenden Beiträge zusammenfaßt. Ich habe nicht gehört, daß Herausgeber, Autoren oder Freunde der *Marxistischen Blätter* gegen das Vorwort Protest erhoben oder die Redaktion den Text mit Bedauern zurückgezogen hätte. Bevor ich zu diesem Stück politischer Prosa sage, was zu ihm zu sagen ist, will ich die hier anwesenden Redakteure und Autoren aber doch fragen, ob mir ihr Protest, ihre Entschuldigung, ihr Widerruf etwa entgangen sind. – Es ist dies nicht der Fall.

Ich werde Sie also beim Wort nehmen, bei diesem Vorwort. Sein Text ist skandalös, und den Skandal perfekt macht, daß er von einer Versammlung von Leuten, die sich auf Marx berufen, nicht als Skandal empfunden wird, sondern ihnen erklärt werden muß:

In diesem Text sind die Juden ein «Volk» in Anführungszeichen, ein sogenanntes Volk. Ich bin gewiß der Letzte, der darauf bestünde, bestimmte Kollektive als Völker zu bezeichnen – in einer Zeitschrift aber, in der Völker, unterdrückte Völker, Völkerfreundschaft und sogar eine «Zärtlichkeit der Völker» eine so wichtige Rolle spielen wie in der Ihren, bedeuten die Anführungszeichen um das eine, das jüdische «Volk», eine negative Selektion. Angehörige des Kollektivs «die Deutschen» sollten, auch wenn sie, anders als Sie, die Rede vom Volk meiden, weil sie völkisch kontaminiert ist, nicht mit Juden darüber rechten, wie sich die der Mordlust unserer Väter nach Israel Entkommenen nennen wollen. Wer Jude ist und ob sie sich ein Volk nennen sollen, möge bestimmen wer will, nur für die

nächsten tausend Jahre eine Menschensorte nicht: Deutsche.

Obwohl die Juden kein richtiges Volk sind, sondern nur eins in Anführungszeichen, sind sie gleichwohl «von deutschen Völkermördern» umgebracht worden, und zwar weil «der deutsche Faschismus» sie ausrotten wollte. Das ist eine Lüge. Es war nicht das allgemein Faschistische am Nationalsozialismus, das zum Holocaust drängte, sondern das spezifisch Nationale, also das Deutsche, weshalb die Täter eben auch nicht unbestimmte «deutsche Völkermörder» waren, sondern *die Deutschen* als Völkermörder. Das Märchen vom armen deutschen Volk, das selber das erste Opfer der Faschisten gewesen sei, ist nach allem, was man inzwischen gelernt haben müßte, nicht mehr nur naiv oder dumm. Es ist böseartig. Wer sich die Ausstellung der Akten ansieht, die das Finanzamt Köln über die Versteigerung der Habe abgeholter Juden an ihre Nachbarn gesammelt hat, dem bleibt die Rede vom Faschismus und irgendwelchen anonymen Völkermördern im Hals stecken. Nicht alle Deutschen waren am Holocaust direkt oder indirekt beteiligt, das ist wahr, aber es waren genug, um von «den Deutschen» als den Tätern zu sprechen. Ihr Vorwort tut das Gegenteil. Mit bewußtem Vorsatz oder mit sicherem Instinkt? Wir werden sehen.

Es folgt der Zionismus, der den meisten Juden als eine «abseitige Ideologie» erschienen war, und wenn es die Juden, bevor sie aus Angst um ihr Leben den Kopf verloren haben, selbst so gesehen haben, wird der Zionismus schon eine abseitige Ideologie sein. «Plausibel» gemacht haben diese abseitige Ideologie, dem Subtext Ihres Vorworts zufolge, die deutschen Faschisten.

und attraktiv machte, denen dieser zuvor als eine abseitige Ideologie erschienen und ihr Jüdischsein recht gleichgültig gewesen war. Deutschen, die sich ihrer Geschichte bewusst sind, werden diese Tatsachen bei jedem Blick auf Israel vor Augen treten. Hinzu kommt, dass sich der Antisemitismus – der Begriff im landläufigen Sinne verstanden, bekanntlich sind auch die Araber „Semiten“ – mit der militärischen Zerschlagung des Nazifaschismus ja nicht erledigt hat. Er lebt im vereinigten Deutschland, Hand in Hand mit anderen (auch antiarabischen, antiislamischen!) Formen des Rassismus, heftig wieder auf und liebt es neuerdings sogar, Palästinafahnen und Arafatposter zu schwenken und sich mit Palästinenser-tüchern zu drapieren. Dies ist das eine. Das andere freilich ist, dass wir uns von diesen Tatsachen der deutschen Geschichte und Gegenwart den Blick auf die Wirklichkeit des nahöstlichen Geschehens und seine historischen Wur-

zeln, die sich keineswegs auf den Holocaust reduzieren lassen, nicht verstellen lassen dürfen. Der Zionismus – bis heute quasi offizielle Staatsdoktrin Israels – ist älter als der deutsche Faschismus; er begegnete, in seiner dominierenden Variante – Antwort auf die anti-jüdischen europäischen Nationalismen, doch zugleich deren Denkmustern folgend –, der arabischen Bevölkerung Palästinas von Anfang an als feindliche Verdrängungsideologie und -praxis („Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“ war die von eurozentristischem Hochmut geprägte Parole, unter der die „jüdische Land[weg]nahme“ erfolgte); und das Staatshandeln Israels folgt, von der Massakrierung ganzer Dörfer und systematischen Massenvertreibung der arabischen Palästinenser im Zuge und im Gefolge des Unabhängigkeitskriegs 1948 bis zu den heutigen Okkupations-, Repressions- und „Siedlungs“praktiken im

Die gibt es nicht mehr. Und deshalb ist der Zionismus auch nicht mehr plausibel, sondern abseitig. (Warum, übrigens, keine «abartige»? Es wird sich vor 1933 bestimmt bei irgend-einem jüdischen Autor auch dieses Wort finden.)

Das Vorwort wendet sich, nachdem es das jüdische Volk in Anführungszeichen gesetzt und den jüdischen Nationalismus abseitig genannt hat, dem Motiv zu, das seine Autoren treibt: dem Antisemitismus. Und hier wird der Skandal kriminell. «Bekanntlich», heißt es da im Stammtisch-Ton, «sind auch die Araber Semiten.» Ich bin kein Rassenkundler, ich weiß nicht, zu welcher Rasse dieses Fach die Araber schlägt. Ich weiß nur, daß der Antisemitismus noch keinen Araber in eine deutsche Gaskammer geführt hat und es nicht Moscheen sind, die angezündet wurden und werden, sondern Synagogen. Das Vorwort aber verbreitet die Erkenntnis, der Antisemitismus lebe «im vereinten Deutschland Hand in Hand mit anderen (auch antiarabischen, antiislamischen!) Formen des Rassismus» wieder auf. Wer Antisemitismus mit Antiarabismus oder Antiislamismus gleichsetzt, der lügt. Er macht den Holocaust zu irgendeiner Variante der allgemeinen Xenophobie. Er verharmlost den Antisemitismus nicht, er beschönigt und leugnet ihn. «Der Antisemitismus», sagt Sartre, «will den Tod des Juden.» Will der Antiislamismus die Endlösung der Moslemfrage? Was für ein horribler Quatsch. (Seit wann, übrigens, darf ein Marxist kein Gegner von Aberglaubensgemeinschaften aller Arten sein? Ich, beispielsweise, bin Gegner des Christentums und natürlich auch des Islams, dieser zwei grusligen Mordsreligionen.)

«Zwar» lebe, sagt das Vorwort, der Antisemitismus in Deutschland «heftig wieder auf», aber wenn das wirklich stimmt, ist es ein Dik-

tum, das nur ein Antisemit mit «zwar» beginnen und mit «aber» fortsetzen kann. Und der tut es: «... aber die deutsche Geschichte darf uns nicht den Blick auf die Wirklichkeit verstellen». Was das heißt? Das heißt, daß man zwar, so viel hat man gelernt, um die pflichtschuldige Erwähnung dieser Geschichte nicht herumkommt, es aber damit auch wieder gut ist. Zumal, wie wir erfahren, der Zionismus, also das jüdische Übel, älter ist als der deutsche Faschismus und mit dessen Verbrechen, marxistisch genau betrachtet, nichts zu tun hat.

Und es geht immer noch ein bißchen schlimmer: «Der Zionismus», heißt es, sei «Antwort auf die antijüdischen europäischen Nationalismen» und folge «doch zugleich deren Denkmustern». Zionismus – jetzt überspitze ich ein wenig, aber der Gedanke schwingt mit in diesem Satz und soll mitschwingen: – Zionismus folgt den Denkmustern der Nazis. Und deshalb, kein Wunder, begehen die Juden alle möglichen jener Verbrechen, die bei uns seit den Nürnberger Prozessen Verbrechen gegen die Menschlichkeit genannt werden: «Massakrierung ganzer Dörfer», «systematische Massenvertreibung». («Systematische Vertreibung» oder «Massenvertreibung» allein hätte der Beschreibung der Vorgangs genügt, nicht aber dem Gemütshaushalt des Autors.)

Wer dieser Sicht widerspricht, wer hier am Werk sieht, was am Werk ist: ein sich selbst nur schlecht verleugnender Antisemitismus, gehört zu den Feinden des Volkes ohne Anführungszeichen, zu jenen «antideutschen» Elementen, die auch noch «gnadenlos philosemitisch» sind. Philosemitismus ist – ich übersetze – die Neigung, den Überlebenden des Holocaust freundlich zu begegnen. Wäre das nicht das Mindeste, was die Söhne und Töchter der Täter zu tun hätten?

Westjordanland und dem Gazastreifen, „klassischen“ kolonialistischen Traditionen. Ist dies festzustellen antisemitisch? Wer das behauptet, wie Teile der (sich selbst so nennenden) „antideutschen“ oder „antinationalen“ – und gnadenlos „philosemitischen“ – Linken, beweist nur, dass er sich von den Schemata des bekämpften völkischen Denkens nicht frei zu machen vermag; und so kann nicht verwundern, wenn dann in den Spalten einschlägiger Presseerzeugnisse ein Bild der Araber oder der Muslime entworfen wird, das der antisemitischen Dämonisierung „des“ Juden kaum nachsteht.

Wir sind überzeugt, dass unser Heft, in dem übrigens viele gleichgesinnte jüdisch-israelische Wissenschaftler und Friedensaktivisten zu Wort kommen, allen Dämonisierungen entgegenwirkt; und wir hoffen, dass es mit seiner Fülle an Informationen

zur Solidarität mit dem um seine Würde und sein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben kämpfenden palästinensischen Volk beiträgt.

Das MB-Sonderheft „Israel, die Palästinenser und wir“ ist zum Preis von 6.90 EUR (plus Porto) weiterhin lieferbar.

Bezug:

Neue Impulse Verlag,
Hoffnungstr. 18,
45127 Essen
Tel. 0201-2486482
Fax 0201-2486484
NeueImpulse@aol.com

Den «einschlägigen Presseerzeugnissen», die das tun, gemeint ist *konkret*, wird unterstellt, ein Bild der Araber und Muslime zu entwerfen, «das der antisemitischen Dämonisierung des Juden kaum nachsteht». *Konkret*, heißt das, betreibt die Endlösung der Araberfrage. Eine Partei, ein Milieu, im Bewegungsdeutsch: ein politischer Zusammenhang, der einem seiner Mitglieder einen solchen Lügendreck ungestraft durchgehen läßt, hat sich aufgegeben. Ein schöner Abgang krönt die Übung: Zum Schluß verlangt das Vorwort «Solidarität mit dem um seine Würde und sein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben kämpfenden palästinensischen Volk». Kann mir einer erklären, was diese Forderung der *Marxistischen Blätter* mit Marx, mit Engels, mit Kommunismus zu tun hat? Wenn Sie mit um ihre Würde kämpfenden Opfern von Massakern und systematischer Massenvertreibung solidarisch sein wollen, warum gehen dann nicht zur Sudeten-deutschen Landsmannschaft? Die ist weder antideutsch noch philosemitisch.

Linker Antisemitismus, als Antizionismus drapiert

Thomas von der Osten-Sacken

Vor über dreißig Jahren schon beklagte Jean Améry die Tatsache, daß der sozialistisch verbrämte Antizionismus der 68er Generation die Funktion habe, den eigenen Eltern zu gefallen: *«Die Bourgeoisie, ob deutsch, französisch oder belgisch, atmet auf, daß sie hierfür einmal im Gleichschritt marschieren kann mit der ansonsten von ihr als Ärgernis angesehen jüngeren Generation (...) Sie selbst, die Bourgeoisie, hat, ganz abgesehen von dem in ihr schlummernden traditionellen Antisemitismus, noch ihre Sonderinteressen, die höchst stimmig und auf erleichternde Weise nun zusammenfallen mit dem unreflektierten Antisemitismus der Jungen, welche oftmals noch keinen Juden von Angesicht zu Angesicht sahen. Öl und Sonstiges. (...) Solcherart wird der Antisemitismus, was er seit der Aufdeckung der Nazi-Schrecken nicht mehr war, nicht hat sein können: ehrbar.»*

Nun ist längst in Deutschland Antisemitismus wieder ehrbar geworden, ein Antisemitismus, der sich zugleich bestens verträgt mit der neuen Rolle, die Euro-Deutschland künftig im Nahen Osten zu spielen gedenkt. Über diesen Zusammenhang – auch und gerade vor dem Hintergrund der Anschläge vom 11. September –, wollte ich heute eigentlich sprechen und dabei zweierlei in den Blick nehmen: jenen «linken» Antisemitismus, der, als Antizionismus drapiert, seit Jahrzehnten hierzulande grassiert, und die Wechselwirkung zwischen diesem Antisemitismus und dem humanitären Interventionismus des «neuen» Deutschlands im Nahen Osten. Wobei diesmal weniger, wie im Kosovo-Krieg, die Grünen oder Rupert Neudeck als Scharfmacher der Regierung auftreten, als die Friedensbewegung, Antiimps und Zirkulare wie die *junge Welt*, wobei damals wie heute die bürgerlichen Medien und Politiker ihnen eifrig beistehen. Seit Ausbruch der sogenannten Al-Aqsa-Intifada also entstand eine weitere unheilige Allianz, eine Allianz, die zudem einmal mehr begonnen hat, Auschwitz – das bundesdeutsche Gründungsverbrechen – als moralische außenpolitische Handlungsanleitung zu nehmen. Die Konsequenz dieser Intervention war im November schon offensichtlich, als getrennt vereint *taz* und *FAZ* deutsche Friedenstruppen für Golan und Westbank einforderten in einer von *Bild* zu «unserem Hinterhof» geadelten Region.

Bevor ich aber diese Rede konzipierte, las ich Ihre «Special»-Ausgabe der *Marxistischen Blätter* und diese Lektüre veranlaßte mich, das Konzept meines Beitrages zu ändern. Angekündigt nämlich war diese Ausgabe als «marxistische Antwort» auf *konkret*. Und als jemand, der

sich als Marxist versteht, wollte ich zu Ihnen sprechen, als jemand, der, um noch einmal Améry zu zitieren, sich dessen Diktum seit Jahren verpflichtet fühlt, daß es nicht sein könne, ja nicht sein dürfe, *«daß die Nachfahren der Heine und Börne, der Marx und Rosa Luxemburg, Erich Mühsam, Gustav Landauer es sind, die den ehrbaren Antisemitismus verbreiten, denn in den Antisemitismus mündet notwendigerweise der rabiate Anti-Zionismus ein, der für jeden Juden, wo immer er wohne, welch politischer Meinung er anhänge, eine tödliche Drohung ist.»*

Editorial und Inhaltsverzeichnis Ihrer *Blätter* aber belehrten mich eines besseren. Denn alles, was die marxistische Kritik und Analyse der sogenannten Judenfrage, dem Antisemitismus ebenso wie der zionistischen Bewegung in den letzten hundert Jahren ausgemacht hat, findet in Ihren *Blättern* keinerlei Erwähnung. Ebenso wie die marxistische Auseinandersetzung mit der palästinensischen Nationalbewegung oder, weiter gefaßt, dem arabischen Befreiungsnationalismus, fehlt. Alles also, was in den vergangenen 100 Jahren die marxistische Analyse ausmachte, an Stärken, an Schwächen und auch an Irrtümern, wird nicht einmal erwähnt: Weder Marx selbst, noch Trotzki, Lenin, Rosa Luxemburg, Otto Heller, Bochorow, Isaac Deutscher, Walter Benjamin, Adorno, Jean Amery, Moïse Postone oder Ulrike Meinhof finden Erwähnung, nicht einmal mit einem Geleitwort von Mohammed Baraki oder einem anderen Knessetabgeordneten der KPI wird Ihr Heft eröffnet, geschweige denn, daß dort Beiträge profunder Marxisten aus Israel wie etwa Moshe Zuckermann abgedruckt wären. Statt dessen dürfen einmal mehr kleinbürgerliche Moralisten ihre immer gleichen Vorwürfe gegen die israelische Okkupationspolitik loswerden – etwa Uri Avnery und Felicia Langer –, wie sie es zuvor schon in *SZ, taz, Süddeutscher* und auf den Internetseiten von Möllemanns Deutsch-Arabischer Gesellschaft ausgiebig getan haben.

Nichts, kein Artikel und kein Beitrag dieser Ausgabe der *MB* hätte nicht ebensogut in einer der genannten bürgerlichen Zeitungen erscheinen können und ist dort sogar erschienen. (Gestatten Sie mir, das *ND* und seinen Autor H. Lebrecht hier nicht eigens zu erwähnen.) Zudem finden sich in Ihrem Heft Positionen, die ich ansonsten lediglich aus Strategiepapieren von außenpolitischen *think tanks* kenne oder aus flüchtlingspolitischen Papieren des deutschen Innenministeriums. Herr Kinan Jaeger etwa wirbt offen für mehr Einfluß Deutsch-Europas in Nahost, da «Frieden dort» dazu beitrüge, *«die Südostflanke der Europäischen Union zu stabilisieren ... (und) «zunehmende Migrationsbewegungen und Flüchtlingsströme nach Europa zu unterbinden.»*

Bislang dachte bzw. hoffte ich immer, die EU sei bevorzugtes Objekt

radikaler Kritik von Marxisten, ihre Destabilisierung ein vornehmliches Ziel radikaler linker Opposition und Flüchtlinge in Deutschland könnten zumindest sich der Solidarität eines jeden Kommunisten sicher sein, weil Kommunisten sich wenig Gedanken über die Verbesserung der «Eindämmung von Flüchtlingsströmen» machen, sondern statt dessen schlicht «Grenzen auf für alle» fordern.

Nun stellt aber Jaegers Beitrag im *MB* nicht die unangenehme Ausnahme dar, die die Regel bestätigen würde, nämlich die kritische Analyse des Konfliktes und seiner verschiedenen Bedeutungsebenen, sondern er ist gewissermaßen diese Regel selbst. Ob von Ihnen, der *jW*, dem Bundesratschlag Friedenskoordination, der *taz* oder wem auch immer, überall nämlich pflegen vermeintliche Linke neuerdings um mehr Einfluß Europas und Deutschlands in Nahost gegen die «Yankee-Lobbyisten» – oder wie Herr Kopp, Organisator dieser Konferenz sie nennt, der «ganzen Bagage des jüdisch-amerikanischen Israel-Establishments» (zit. nach *Bahamas* 36/2001 - dieses angebliche Zitat wurde von H. Kopp noch während des Vortrags des Referenten ausdrücklich dementiert, d. Red.) – zu werben, ohne auch nur zu bemerken, daß sie da fordern, was die Regierung eh will: ihre Einflußsphäre ausdehnen. Die *Bild*-Zeitung formulierte dieses Anliegen treffend mit den Worten: «*Wir haben ja hervorragende Beziehungen zu den Arabern und Palästinensern – der Nahe Osten ist der Vorhof Europas. Deutschland sollte seine Zurückhaltung aufgeben und als ehrlicher Makler zum Frieden beitragen.*» Eine ähnliche Formulierung könnte auch im Editorial Ihres Hefes stehen, einem Editorial – Hermann L. Gremliza hat das ja zur Genüge ausgeführt – das Satz für Satz eine Unverschämtheit ist und in dem zusätzlich jeder Satz inhaltlich falsch und unwahr ist.

Sie fordern dort etwa Solidarität «*mit dem um seine Würde und sein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben kämpfenden palästinensischen Volk*». Das ist keine marxistische Forderung und Sie wissen das. Früher, als internationale Solidarität noch eine Domäne der Linken war, hat man nicht ein «um seine Würde kämpfendes Volk» (das ist eh ein völkischer Begriff) unterstützt, sondern unterdrückte Menschen, die um Befreiung und Emanzipation kämpften und das ist ein Unterschied aufs Ganze. «Würde» und «Volk» waren schon immer regressive Konzepte, seit aber alle Nationalisten von den Grünen über die *FAZ* bis zu Horst Mahler das Copyright auf diese Begriffe für sich beanspruchen, sind sie endgültig als das Gegenteil jener sozialrevolutionären Nationalbewegungen zu denunzieren, deren Programmatik einst Frantz Fanon oder Che Guevara entwickelt haben. Den Palästinensern ist von tiefstem Herzen Befreiung und Emanzipation zu wünschen, sollten sie aber

wirklich – was ich nicht hoffe – um die völkische Würde kämpfen, so wäre ihnen jede linke Solidarität umgehend zu entziehen. Denn mit ihrer «Würde» haben sich längst die Antisemiten aller Länder solidarisch erklärt. Nazis demonstrieren hierzulande dafür und weltweit ist die vermeintliche Würde der Palästinenser zu einer antisemitisch codierten Chiffre geworden, die sich von der konkreten Situation der Menschen im Lande längst getrennt hat.

Von der Hamas über Jürgen W. Möllemann und den Antiimps bis zu deutschen Neonazis also reicht inzwischen der Hinweis aufs unterdrückte palästinensische Volk und man versteht sich. Die Form ist dabei gleich geblieben – jener antiamerikanische Duktus, der früher sich als Antiimperialismus verstand – nur die Inhalte haben sich verändert. Ging es damals, als man etwa in der PFLP noch die Genossen begrüßte, um eine weltweite Befreiungsbewegung, bei der die Palästinenser – der wohl problematischste – Teil waren, so geht es heute vornehmlich darum, antisemitische Reflexe zu rationalisieren. Wie kommt es, daß die Nationalen Anarchisten Berlin, ein ausgewiesener propalästinensischer Nazihauften – auf ihren Webseiten die dezidiert antiamerikanische linksintellektuelle *Le Monde Diplomatique* für ihre gute Berichterstattung zum Nahostkonflikt loben und daß die Deutsch-Arabische Gesellschaft, Vertretung des im Nahen Osten aktiven deutschen Kapitals, jenen Uri Avnery feiert «und sich seiner Meinung voll anschließt», den Sie in Ihren *Blättern* schreiben lassen?

Diese Koalitionen sind kein Zufall – die europaweite Unterstützung der Palästinenser durch Faschisten aller Couleur kann auch nicht, wie in Ihrem Editorial, in einem Nebensatz abgetan werden – sondern reflektieren die gewandelte weltpolitische Lage. Längst auch prognostiziert Horst Mahler, einst angetreten als RAFler in Amman, um dort «internationale Brigaden gegen Israel» aufzustellen, den verdienten Untergang der «judäo-amerikanischen Weltherrschaft». Schließlich hätten seit «1916 die Stämme Judas und Israels zielstrebig die politischen und militärischen Potentiale der USA usurpiert, um unter deren Schutz – gestützt auf die erkaufte Balfour-Erklärung – zum zweiten Male zu versuchen, das ihnen von Jahwe verheißene Land an sich zu bringen und ethnisch zu säubern.»

Wer also zur unbedingten Solidarität mit dem «kämpfenden palästinensischen Volk» aufruft, hat vom emanzipatorischen Internationalismus sich ebenso verabschiedet wie von der Kritik des Antisemitismus. Eine Kritik, von der in Ihren *Blättern* nicht einmal in Ansätzen die Rede sein kann. Denn dort wird Antisemitismus in einem Atemzug mit «antiarabischen» und «antiislamischen» Ressentiments genannt,

um so als eine Ausdrucksform des allgemein herrschenden Rassismus zu erscheinen. Daß aber Antisemitismus kein gewöhnlicher Rassismus, sondern eine holistische Weltanschauung ist, die das zwanzigste Jahrhundert ebenso geprägt hat wie der Marxismus, daß er anders als Rassismus, der von der konkret diffamierten Person nicht abstrahieren kann, das abstrakte «jüdische Prinzip» bekämpft, welches hinter der Wall Street oder dem Bolschewismus sich angeblich verbirgt, kein Wort davon ist in Ihrem Heft zu lesen.

Anders als Sie haben sich nun all die von mir genannten Marxisten intensiv mit dem Antisemitismus auseinandergesetzt, den sie zu Recht als eine der gefährlichsten Weltanschauungen der Moderne identifizierten. Haben Sie je bei einem von ihnen die Phrase gelesen «*Es ist nicht antisemitisch zu behaupten, daß ...*» der «*Auf die Gefahr hin, hier als Antisemit bezeichnet zu werden*». Natürlich nicht, denn Marxisten waren keine Antisemiten, Antisemiten sind keine Marxisten mehr, sie mögen dann «deutsche Sozialisten» stramme Parteikommunisten oder was weiß ich sein. In Ihrem Heft aber müssen Autoren sich permanent gegenseitig versichern, daß sie keine Antisemiten sind, um dann Sätze zu schreiben wie: «Die konkret (versucht) auch politökonomische Zusammenhänge in ihr schwarz-weißes Antisemitismusraster zu pressen. (...) Da die Nazis, um ihre Hintermänner aus ihrem demagogischen Antikapitalismus auszunehmen, zwischen gutem, also deutschem, schaffenden Kapital und bösem, also jüdischem, raffenden Kapital unterschieden, ist heute die Kritik des (hauptsächlich US-amerikanischen) Finanzkapitals Antisemitismus.» Natürlich will Klaus Wagener, Autor dieser Zeilen, weiter das US-Finanzkapital kritisieren – schließlich ist ja gerade die Antiglobalisierungsbewegung mit ihrer verkürzten und populistischen Kapitalismuskritik in Mode –, ohne zu merken, daß es genuin antisemitisch ist, sich an der Zirkulationssphäre einerseits und den USA als personifiziertem Bösen und Weltherrscher andererseits abzuarbeiten. Und in welcher Gesellschaft er sich befindet, zeigt symptomatisch ein Flugblatt, welches in Berlin kursierte und die «Antikapitalisten aller Länder aufforderte, Muslime zu werden, weil «Allah im Koran schon in der zweiten Sure dem Wucher, sprich Kapitalismus, den Krieg erklärt (hat).»

Während Wagener also jeder Begriff des antisemitischen Antikapitalismus fehlt, erklärt Peter Ullrich die Bekämpfung von Antisemitismus, den Adorno einst «notwendiges falsches Bewußtsein» genannt hat, zur didaktischen Aufgabe: «*Israel ist die Konsequenz der jüdischen Frage, also des Unvermögens und Unwillens der europäischen Länder, besonders Deutschlands, den Antisemitismus zu überwinden*». Abgesehen davon,

daß früher die Erkenntnis, der Nationalstaat, insbesondere der europäische, erzeuge den Antisemitismus quasi notwendigerweise aus sich heraus, noch *common sense* des an der Kritischen Theorie geschulten Marxismus war, ist es ein Skandal, in diesem Zusammenhang von Deutschland zu sprechen. Deutschland als Nation ist mit diesem Antisemitismus identisch, es gründet auf dem Judenmord an 6 Millionen. Erst die Schaffung von einer «Assoziation freier Produzenten» ermöglichte die Überwindung des Antisemitismus – als die Überwindung einer in Nationen gegliederten Welt. Nun steht es um den revolutionären Kampf für dieses Anliegen schlecht, das wissen wir, deshalb aber in die Sprache von didaktisch orientierten Grundschullehrern zu verfallen, ist eine andere Sache.

Angesichts derartiger Analysen also möchte ich mich hier nicht beteiligen an der vermeintlichen «marxistischen Analyse» der Lage vor Ort, die mir am allerwenigsten zu sein scheint, was sie vorgibt. Erhellender ist dann schon der Titel Ihres Heftes «Israel, die Palästinenser und wir». Denn die begrifflose Kritik an Israel, die ununterscheidbar von der antisemitischen Denunziation geworden ist, hat hierzulande vor allem die Funktion im «Wir» sich zusammenzurotten, einem «Wir», über das Horkheimer einmal schrieb: *«Das Schuldbekenntnis der Deutschen nach der Niederlage des Nationalsozialismus 1945 war ein famoses Verfahren, das völkische Gemeinschaftsempfinden in die Nachkriegsperiode hinüberzuretten. Das Wir zu bewahren, war die Hauptsache. (...) Der Unterschied zwischen dem einzelnen und dem Kollektiv wird eingeebnet, wer ihn bewahrt, steht draußen, gehört nicht zu uns.»*

In einer Zeit, in der von Ussama bin Laden über die Hamas, Attac und die Inderin Roy eine weltweite Koalition sich zusammenzufinden droht gegen Finanzkapital, USA, Israel und Globalisierung und damit direkt und indirekt gegen die Juden, mag ich diesem «Wir» weniger zugehören als je zuvor. Der Antisemitismus, der als Israelhaß sich rationalisiert, ist heute bedrohlicher denn je, jedes Engagement für die Palästinenser und gegen die israelische Besatzung, die diesen Fakt nicht ununterbrochen berücksichtigt und ihm Rechnung trägt, ist eines, vor dem Israel vehement in Schutz zu nehmen ist. Solange zwischen den Aussagen antizionistischer deutscher Linker, Saddam Hussein, den Muftis und Mullahs und Horst Mahler nämlich keine Differenz auszumachen ist, sind sie als das zu denunzieren, was sie sind: antisemitische Ressentiments, die letztlich auf die Zerstörung Israels zielen. Solidarität mit denjenigen, die sich vor Ort um einen, wie auch immer gearteten, Frieden bemühen, sind sie nicht.

Spiegelfechtereien der deutschen Linken Analyse oder Antideutschtum?¹

Peter Ullrich

Selten war bei einem innerlinken Streit um das Nahostproblem so schnell klar, wie auf dieser Tagung, wo der Kern im Streit zwischen zwei grundlegenden und sich z.T. ausschließenden Theorien liegt. Bei diesmal recht wenig ideologischem Brimborium und Drumherum (also dem Streit, wie es denn da unten wirklich zugeht) ging es gleich um die Frage ob Kapital, Ware, Wert, Klassen, sprich das Konzept «Kapitalismus» den Schlüssel zum Verständnis dieser Welt bietet oder ob man sie nach Auschwitz nur noch *über* Auschwitz, über den Antisemitismus als analytische Schlüsselkategorie verstehen kann.

Ich möchte hier kurz einen sozialpsychologischen und ideologiekritischen Ansatz beschreiben, der erklären helfen kann, warum sich die deutsche Linke zum Nahostkonflikt so verhält, wie sie das eben tut.

Dieser Ansatz beansprucht nicht, auf eine monokausale Art konkurrierende Politiken und Gesellschaftsanalysen ohne Betrachtung ihrer Inhalte einfach nur kontextuell zu erklären, aber er verweist auf die extrem wichtigen nicht-inhaltlichen Push-Faktoren. Diese tragen ihren Teil dazu bei, daß die Linke, die ja doch zumindest wegen der Utopie des selbstbestimmten, herrschaftsfreien, höchst genußvollen Lebens als eine politische Strömung mit starken Gemeinsamkeiten aufgefaßt werden kann, sich in punkto Bewertung von Nahostkonflikt/Israel/Palästina so extrem differenziert und befeindet.

Höhepunkt ist da sicher die wechselseitige Bezeichnung der beiden Lager als faschistoid. In einem aktuellen Fall ging der Vorwurf von der Zeitschrift *Bahamas* an diejenigen, die einen Natokrieg nicht für eine adäquate Antwort auf die Anschläge vom 11. September halten, und z.B. von der Antifa Nürnberg an die Redaktion der *Bahamas* auf ihre erste Erklärung, in welcher diese «Kommunisten» zum Einsatz des Imperialismus gegen den Islamismus aufrufen, also der NATO gegen die islamische Welt. Das kommt uns bekannt vor. Wieder einmal soll der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben werden.

Die Auseinandersetzungen um Palästina und Israel sind in der Analyse *dieser* Spaltung der Linken, die es fast ausschließlich (natürlich!) in Deutschland gibt, zentral. Und gerade die Betrachtung der Geschichte *dieser* Auseinandersetzung hilft sie zu verstehen. Deswegen erst einmal kurz dazu.

Jörg Später hat schön das Verhältnis der Deutschen Linken zu Israel/

Palästina zusammengefaßt: *«Im Israel/Palästina-Konflikt solidarisierte und identifizierte sich die Linke aus ideologischen Gründen mit einer Vehemenz und Radikalität entweder für die eine oder die andere Seite, die ihres Gleichen sucht: bis 1967 mit dem «sozialistischen Experiment der antifaschistischen Juden und Jüdinnen» und nach dem Sechs-Tage-Krieg mit den «Opfern der Opfer», den PalästinenserInnen, die einen «antikolonialistischen Befreiungskampf» als Teil der «weltweiten Front gegen den Imperialismus führen.»* Später spricht hier eine Entwicklung an.

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges war die deutsche Linke so israelfreundlich wie kaum sonst jemand, aber eben nicht nur wegen der kollektivistischen Kibbuzim, sondern wegen der Nazi-Vergangenheit Deutschlands, deren positiven Gegenentwurf man in Israel sah, dem Staat, in dem auch viele der Überlebenden der Shoah eine Zukunft aufzubauen suchten.

Mitte der 60er Jahre kam die Wende, spätestens vollzogen mit dem Junikrieg 1967. Wieder waren zwei Faktoren besonders wichtig. Im recht einfach gestrickten antiimperialistischen Weltbild, welches nicht nur unterdrückte Menschen, sondern v.a. unterdrückte Volksgemeinschaften kennt, kamen die PalästinenserInnen als Identifikationsobjekte wie gerufen.

Aber man kann die Identifikation der 68er & Co. auch als Reaktion auf die philosemitische Vereinnahmung Israels durch das deutsche Establishment der Adenauers und Nachfolger sehen. Ich denke hier an die Bejubelung der israelischen Besatzungsarmee als neue Wüstenfüchse. Ein direkter, aber positiv gemeinter Vergleich mit der Nazi-Wehrmacht. *Linke Positionierung stellt sich hier eindeutig als spiegelverkehrtes Bild des innenpolitischen Mainstreams dar.*

Das nahm allerdings in den 70ern unentschuld bare Ausmaße an. Ich denke hier an die Selektion israelischer und jüdischer Passagiere bei der Flugzeugentführung nach Entebbe, an die Aufrufe, Israel zu boykottieren, und an die oft gehörte Gleichsetzung Israels mit Nazi-Deutschland.

Diese Fehlentwicklungen wurden von der Linken langsam auch reflektiert und v.a. seit Ende der 80er immer mehr kritisiert.

Die Radikalisierung und Zuspitzung dieser Kritik war der innere Faktor für einen weiteren Bruch in der Linken. Der äußere war die weltpolitische Situation und der deutsche nationale Taumel nach 1989 auch in ehemals linken Kreisen.

Das notwendig zu Kritisierende war auch nicht nur linker Antisemitismus. Mit der – ich will mal sagen: antideutschen Wende – kam auch eine andere Art der Deutung des Nationalsozialismus in linksdeutsche

Köpfe, d.h. hier konkret «Volksgemeinschaft» statt «Hitlerfaschismus», das Herausstellen des Antisemitismus als konstitutives Element der NS-Zeit gegen ökonomischen Reduktionismus à la Dimitroff. Daß diese Kritik auch weiterhin wichtig ist, zeigt gerade auch diese Tagung, auf der nicht selten von «nationalen Kräften», im positiven (und nicht nur analytischen) Sinn, gesprochen wurde.

Mein Thema ist aber hier nicht die Würdigung dessen, was dann das Label antinational oder – was auch eine zutreffendere Bezeichnung ist – antideutsch bekam. Mein Thema ist, wie Faktoren, die nicht direkt mit dem Gegenstand der Analyse zu tun haben, die Analyse beeinflussen.

In diesem Fall führte die erwähnte Wende zu einer Verabsolutierung und Generalisierung der Kritik. Aus Kritik am innerlinken Antisemitismus wurde neuer Philosemitismus.

Die von der Identifikation mit Israel getragene Zustimmung zum zweiten Golfkrieg mußte so zwangsläufig den imperialen Charakter des Krieges und seine Funktion in der Etablierung der neuen Weltordnung ignorieren.

Man mag H. Gremliza zustimmen, daß der Philosemitismus noch keinen umgebracht hat. Das liegt, wie das Beispiel Golfkrieg zeigt, allerdings an der gesellschaftlichen Irrelevanz der Linken.

Die antideutsche Kritik ist Ideologiekritik und schließt oft materialistische Analyse aus. Es gibt mittlerweile zwar einen elaborierteren antideutschen Begriffsapparat und Analysen, die über das Niveau der ausschließlich moralisch begründeten Israelfreundschaft und PalästinenserInnenfeindschaft hinaus gehen. Gleichwohl ist auch Betroffenheitskultur vielfach anzutreffen. Das geht sogar bis zu Versuchen, die jüdische Religion wegen ihrer relativen Diesseitsgewandtheit als Hauptinspirationsquelle für linkes Denken zu beschreiben und *daraus* eine besondere Bedeutung des Jüdischen zu formulieren, immer natürlich in harter und deutlicher Abgrenzung von Palästinensischem. So geschehen im Leipziger Szeneblatt *Ceeleh*.

Die Systemtheorie – bei all ihrer Fragwürdigkeit – beschreibt schön die Eigendynamik von solchen einmal ausdifferenzierten Kommunikationssphären. Die Ausdifferenzierung bedeutet aber auch eine Beschränkung des Wahrnehmbaren, des Relevanten, oder systemtheoretisch: dessen, was kommunizierbar ist. Der zentrale Code antideutschen Kommunizierens wurde Kritik an Deutschland und am Antisemitismus. Oder in einer Selbstdarstellung: *«ein Weltbild, das von Erklärungsversuchen des Holocaust ausgeht»*.

So kommt es, daß Kritik am Kapitalismus von pubertierenden Anti-

deutschen sofort als Antisemitismus bloßgestellt werden konnte, ausschließlich, weil es auch antisemitischen Antikapitalismus gab und gibt und auch das Stereotyp, das Jüdinnen und Juden und Kapital gleichsetzt.

Es handelt sich in diesem Fall aber um eine Übereinstimmung in der Form, nicht in Inhalt und Wirkung. Die Form wurde hier wahrscheinlich mit Struktur verwechselt.

Dies zeigt sich, wenn in antideutschen Publikationen Israel als die einzige Demokratie des Nahen Ostens idealisiert wird und bei einigen explizit *Antinationalen* Israel als einziger Staat ein Existenzrecht genießen solle und somit quasi-religiös transzendiert wird.

Richtig ist die antideutsche Kritik an der Tatsache, daß in dieser so schlechten Welt ausgerechnet Israel immer ziemlich sicher sein kann, daß es von Verurteilungen getroffen wird. Das ist gerade in Deutschland, einem Staat mit immer noch und auch wieder vorhandenem starken Antisemitismus, auffällig. Aber es ist kein Beweis für hinter dem Interesse stehende Ressentiments! Problematisch wird dies aber auch, wenn aus der Erkenntnis ein Haß auf PalästinenserInnen resultiert und eine Wahrnehmung Israels durch die rosarote Brille. Die unbedingte und absolut unkritische Israelsolidarität von *konkret, Bahamas* usw. läßt sich nämlich nicht aufrechterhalten, wenn man die kleinen Bausteine in der antideutschen Wahrnehmung mit der Realität konfrontiert.

Solche Beispiele sind in der fatalen *Bahamas* die Gleichsetzung von PalästinenserInnen mit reaktionären Schlesiern. Als ob die Schlesier hier in Flüchtlingslagern dahinvegetierten und als ob die PalästinenserInnen auch gerade ihren Holocaust verübt hätten.

Nicht weit her ist es auch mit der «einzigen Demokratie». Denn der Demos ist auch in Israel nicht etwa territorial bestimmt. Und es gibt einige im israelischen Herrschaftsbereich – vornehmlich PalästinenserInnen –, denen die Teilnahmerechte an dieser Demokratie versagt bleiben.

Mittels halsbrecherischer Apologetik wird versucht, den Konflikt zugunsten Israels umzudeuten. Jürgen Elsässer z.B. erwähnte bei einem Vortrag in Leipzig lobend, daß die Israelis so gut sind, ausschließlich gummiummantelte Stahlgeschosse zu verwenden. Na, mit Gummi drum stirbt es sich doch gleich viel angenehmer!

Aus dem Bedürfnis auch der Linken, zwischen Gut und Böse klar zu trennen und sich für eine Seite zu entscheiden, rührt die Unfähigkeit, den Konflikt in seiner Vielschichtigkeit zu sehen.

Knackpunkt hier ist die Bewertung Israels und des Zionismus. Es muß

klar sein, daß Israel eben *beides* ist: Es ist der Staat der Überlebenden der Shoah, noch immer eine sichere Stätte, die allen von Verfolgung bedrohten Jüdinnen und Juden offen steht und deshalb schutzbedürftig ist. Und es ist nicht nur Folge der Shoah, ein nationales Projekt mit kolonialistischen Zügen, dessen Gründung mit massenhaften systematischen Vertreibungen einher ging und dessen Existenz bisher auch auf der Verweigerung einer menschenwürdigen Existenz vieler PalästinenserInnen beruht, das also nicht unkritisierbar sein darf, im Interesse der PalästinenserInnen und auch im ganz eigenen Interesse Israels.

- 1 Dieses Referat basiert zu großen Teilen auf einem Artikel von mir zum selben Thema: Peter Ullrich, 2001, Projektionen. Der Nahostkonflikt und die anti-deutsche Linke, in: Israel, die Palästinenser und wir, *Marxistische Blätter* 4-01

Mit der Anti-Antisemitismuspose den Imperialismus verteidigen¹

Klaus Wagener

Die Wirkungen der Niederlage des Sozialismus auf das linke Feuilleton waren gravierend. Nun galt es schon immer als chic, sich negativ zum «orthodoxen Marxismus» zu definieren, und sich die marktgängige Attitüde des unabhängigen, freien Geistes zu geben. Das war zu Zeiten Bakunins nicht anders als heute. Geändert hat sich Richtung der Kritik. Die Selbstpositionierung.

Als in den 70er Jahre ein Aufschwung des Sozialismus und der Befreiungsbewegungen sichtbar wurden, bestand die Möglichkeit, sich «revolutionär» von den «Orthodoxen» abzusetzen. Die Pose des unerschrockenen Kämpfers, der durch persönlichen Einsatz die Beschränkungen des Klassenkampfes überwindet, war möglich. In dieser Zeit galt es als en vogue, in der Nahostpolitik Positionen zu unterstützen, die – im Gegensatz zu den «Staatskommunisten» – das Existenzrecht Israels in Frage stellten. Als Mitte der 80er mit Nikaragua und Afghanistan die Revolutionspose hinfällig wurde, mußte auch das linke Feuilleton einen Paradigmenwechsel vollziehen.

Zwar konnte noch eine Weile – und mit einiger Berechtigung – eine globalstrategische antiimperialistische Hardlinerposition gegen die Gorbatschowschen Aufweichungen geltend gemacht werden. Mit dem Ende der Sowjetunion war auch diese Möglichkeit verfallen. Als Ausweichterrain bot sich die mit der «Wiedervereinigung» auflebende antinationale Debatte an. Der Versuch, mit einer «Nie wieder Deutschland»-Strategie ein Gegenkonzept zur Übernahme der DDR durch den deutschen Imperialismus zu verankern, knüpfte an antifaschistische Traditionen an und fand, zwar nicht in seiner theoretischen Begründung, wohl aber in seiner Stoßrichtung gegen den wiedererstarkenden deutschen Imperialismus, durchaus relativ breite linke Unterstützung.

Der schematische Antinationalismus, welcher der Antideutschlandkampagne zu Grunde lag, wurde genährt durch den Ausbruch neofaschistischer Gewalttaten (Hoyerswerda, Rostock Lichtenhagen, etc.) im Zuge der DDR-Übernahme. Was nicht zuletzt eine Neupositionierung der entstehenden Berliner Republik in dieser Frage unter dem Primat ihrer Europakonzeption und einer veränderten Interessenlage der USA gegenüber der EU (Goldhagen, Zwangsarbeiterklagen) erzwang.

Analog der formalen Negation des erstarkenden Nationalismus im Antideutschen erfuhr der «eliminierende Antisemitismus» als quasi

anthropologische Konstante «der Deutschen» seine ebenso formale Negation durch einen bedingungslosen Projudaismus, ja Prozionismus. Die Reduktion des Faschismus auf eine seiner grauenhaftesten, aber im historischen Kontext sicher nicht entscheidende Seite, sowie die völlige Negierung der sozialökonomischen und Machtinteressen des deutschen Faschismus erlaubte den Antideutschen, wenn auch negativ, an den Mainstream der deutschen Historiographie anzuknüpfen. Was nicht unerheblich zu ihrer Popularisierung beitrug.

Damit war das theoretische Instrumentarium quasi auf den Kopf gestellt. An die Stelle eines mehr oder minder klaren Klassen- und Imperialismusbegriffs rückt eine völkisch-nationale Sicht, die sich, um links zu scheinen, ein negatives Vorzeichen gibt. Auschwitz wird daher zum «deutschen Verbrechen», ganz so, als sei die «Deutsche Volksgemeinschaft» des *Völkischen Beobachters* neuste soziologische Analyse. Wie hinter dem Rauchvorhang der Kollektivschulddebatten die Finanziere und Profiteure des Faschismus und des Krieges und natürlich auch von Auschwitz ihre Imperien im Nachkriegsdeutschland wieder errichten konnten, verwischt auch heute das linke Feuilleton mit seinen Beiträgen über das «deutsche Verbrechen» und den «linken Antisemitismus» den Unterschied zwischen Opfern und Tätern und zieht diejenigen damit in den Dreck, die nicht *die Deutschen*, sondern – bei allen Schwächen – den *deutschen Faschismus* bekämpften, dafür als erste in die KZ gingen und, nebenbei bemerkt, nicht wenige Juden unter Einsatz ihres Lebens retteten.

Den Antifaschismus der deutschen Arbeiterbewegung vergessen zu machen, auch das ist – mit hervorzuhebenden Ausnahmen – bis heute breiter Konsens der deutschen Historikerzunft. Auch hier tritt das linke Feuilleton mit der Einplanierung der Klasseninteressen und des politischen Kampfes ein geradezu klassisches Erbe an. Im Zentrum des antideutschen Diskurses steht darum konsequenterweise der «linke Antisemitismus», der nicht nur eine antiimperialistische Israel-Position diskreditiert, sondern Klassenbewußtsein generell demontiert. Die mittlerweile zu einer metaphysischen Begriffsdiskussion geratene Debatte löst sich dabei mehr und mehr von den realen Kräfteverhältnissen und Interessenlagen. Der Versuch einer umfassenden Gesamtsicht ist nirgendwo zu erkennen.

Hervorgetan haben sich besonders die *konkret*-Autoren Karl Selent und Horst Pankow, die offenbar im «nationalbolschewistischen Anti-Israel-Hetzblatt *junge Welt*»² und in der *UZ* so etwas wie die Nachfolger des *Stürmer* zu erkennen glauben.

Was sind die Kernthesen von konkret?

1. Der Kampf der Palästinenser ist kein antiimperialistischer Kampf.
2. Der «Papiertiger» USA wird von der «Supermacht» Deutschland im Nahen Osten ausgebootet und die Existenz Israels, der Juden, ist wieder einmal von deutschen Wohlwollen abhängig.
3. Der Islam ist eine reaktionäre vormoderne Ideologie. Da sich die Palästinenser auf den Islam berufen, hat ihr Kampf keine Existenzberechtigung.
4. Die Palästinenser sind Schröders Vollstrecker.
5. Es gibt ein antisemitische Bündnis zwischen Linksradikalen, Rechtsradikalen und islamischen Fundamentalisten.

1. Kein antiimperialistischer Kampf?

Es ist kaum strittig, das es eine bis heute fortdauernde, expansionistische israelische Politik gibt, die ohne US-amerikanische Rückendeckung kaum denkbar wäre. US-amerikanische «Globalinteressen» (Öl, Verkehrswege) finden in regionalen israelischen Dominanzbestrebungen eine vorteilhafte Ergänzung. Aus diesem für beide nützlichen Verhältnis entstand eine vielfältige Zusammenarbeit bis in den Militär- und Geheimdienstbereich. Der strategische Brückenkopf der USA im Nahen Osten, ergänzt durch das israelische Bündnis mit der Türkei, hat auch durch die im 2. Golfkrieg hinzugewonnene arabischen Stützpunkte, schon wegen deren struktureller Unsicherheit, nicht an Wert verloren. Der religiöse Fundamentalismus stellt im Zweifel eher einen Risikofaktor dar. Um im Nahen Osten wirklich die Pferde zu wechseln, fehlt den USA jegliche Motivation und den Europäern jegliches Mittel.

Die Palästinenser, im Kampf um Öl, um Land, um Macht, um die Vorherrschaft des US-Imperialismus im Nahen Osten eigentlich nur hinderlich, konnten in den 60er/70er Jahren mit dem Aufschwung des antiimperialistischen, antikolonialen Kampfes auch für sich eine Perspektive entwickeln, die sie aus der Depression der «Nakba», der Katastrophe von 1948, als die Israelis 700.000 Palästinenser bei ihrer Staatsgründung vertrieben, herausführte. Die Stärke der Sowjetunion, die zahlreichen nationalen Befreiungsbewegungen begannen dem Einfluß des Imperialismus Grenzen setzte. 1989 zerstörte auch hier viele Hoffnungen und schwächte die sozialistischen Kräfte in diesen Bewegungen.

In der Diktion der *konkret* funktioniert die «antiimperialistische Mechanik» seit Beginn der 90er Jahre nicht mehr, so Ralf Schröder, die

«nationale Befreiung (existiert) längst nur noch als reaktionäres Unternehmen.»³ Daher sei «die Forderung nach einem Rückkehrrecht der bei der israelischen Staatsgründung 1948 Geflüchteten und Vertriebenen»⁴ die «wahnhafte Emanation»⁵ einer «romantisch-völkischen Nationalideologie in der deutsch-europäischen Tradition»⁶, schreibt Horst Pankow. Also «der völkische Blut-und-Boden-Nationalismus»⁷, den die palästinensischen Führer dem «bürgerlichen Kampf um Gleichberechtigung in Israel»⁸ oder dem «kommunistischen um soziale Emanzipation»⁹ vorgezogen hätten. «Der Judenmord ist heute das zentrale Prinzip der PLO und ihrer Aliierten.»¹⁰ «Was bleibt da anderes zu erwarten als weitere Massaker?»¹¹

Solchen abenteuerlichen Einlassungen mag man kaum ernsthaft entgegenreten. Wie die Vertriebenen den «bürgerlichen Kampf um Gleichberechtigung in Israel» führen sollen, das ihnen schon das Rückkehrrecht verwehrt, bleibt ein Geheimnis des Autors; und ebenso, wie in den Lagern der «kommunistische Kampf um soziale Emanzipation» zu führen ist. Krieg führen setzt die Bereitschaft voraus, Menschen zu töten. Herrscht Krieg, wird es an Parolen wie «Tod den Juden» oder «Tod den Arabern» nicht fehlen. Aus der Existenz dieser Parolen einseitig und kurzschlüssig zu folgern, das Wesen der Sache sei der Judenmord, ist eigentlich auch für *konkret* zu naiv.

Richtig ist, in der PLO verloren nach 1989 die sozialistischen Kräfte an Einfluß. Allerdings nicht ohne Israels Zutun. «Gleichzeitig half die Begin-Regierung in den besetzten Gebieten ebenso diskret wie wirkungsvoll beim Aufbau der Hamas mit»¹², verkündet Jürgen Elsässer stolz, um im gleichen Artikel den Islam als «verstockteste und reaktionärste» Religion zu verdammen und kaum zehn Zeilen weiter große Teile der Linken anzuklagen, die angeblich die Gunst der Muftis und Mullahs suchten. Eine wahrhaft linke Position: Wer die PLO unterstützt, ist antisemitisch, wer wie Israel zynisch Hamas fördert, tut eine gute Tat.

In den 80er Jahren war die Hoffnung zerstorben, Schlachten gegen die vom Imperialismus gestützten Regimes militärisch gewinnen zu können. In Oslo gab es Sieger und Besiegte, denen mit Preisen und schönen Worten ihre Niederlage versüßt wurde. Als dann der Glamour die dreckige Wirklichkeit der Lager nicht mehr verdecken konnte, blieben den Verzweifelten nur noch die Steine.

Das Credo der *konkret*: Nationale Befreiungsbewegungen haben nur zur Durchsetzung der sozialen Revolution eine Berechtigung, entzieht ihnen beim derzeitigen Kräfteverhältnis schlicht das Existenzrecht. Selbstbestimmungsrecht, Befreiung vom Militärterror der Besatzer und

Siedler, Rückkehrrecht, Sicherung der elementaren Lebensrechte – nichts davon hat die Chance, von der Redaktionsstube der *konkret* als antiimperialistisch anerkannt zu werden. Der Daumen bleibt unten. Demütig vor Israel im Staub zu kriechen, mehr hält das linke Feuilleton für die Menschen in Gaza und der Westbank nicht bereit.

2. Papiertiger USA – Supermacht Deutschland?

Das Kräfteverhältnis der Kontrahenten könnte offenkundig kaum krasser ungleich sein. «Israel hat noch nicht einmal ein Hundertstel seines Gewaltpotentials ausgespielt»¹³, sagt der Historiker Moshe Zuckermann. Für *konkret* besteht also das Problem, die Atommacht Israel, die stärkste Militärmacht der Region, die von der größten Militärmacht der Welt gestützt wird, in ein Opfer zu verwandeln, das von steinerwerfenden Jugendlichen und allenfalls mit Gewehren bewaffneten Polizisten ins Meer getrieben werden soll.

„In Wahrheit profitieren die USA von der gegenwärtigen globalen Ordnung auf ähnliche Weise wie die Kleinaktionäre vom Neuen Markt: spektakulär und ruinös»¹⁴, klagt Hermann L. Gremliza. – USA pleite? Und «Dreiviertel der Rüstung, denen die USA ihr Machtgefühl verdankt, sind unnützes Zeug, gut gerade noch, Eindruck auf linksliberale Freizeitstrategen zu machen.»¹⁵ – Also auch militärisch am Ende? «Aus den europäischen Verbündeten des Ersten Kalten Krieges sind die Gegner des Zweiten geworden, mit einem einheitlichen, den USA heute schon in Quantität, mehr noch in Qualität überlegenen Wirtschaftsraum, einer eigenen, gegen den Dollar operierenden Leitwährung, mit dem effektiveren Gesellschaftssystem.»¹⁶ Zumindest in der überbordenden Phantasie des Autors haben «die Deutschen» schon die Welt erobert. Eine derartig absurde Verkehrung des globalen Kräfteverhältnisses ist in der Tat nur möglich, wenn nicht die Wirklichkeit die Analyse bestimmt, sondern die Welt nur nach den postulierten Antisemitismus-Thesen der *konkret*-Autoren zurechtgezimmert werden soll.

Israel ins Meer jagen?

In der globalisierten Welt und ihren sich partiell deutlicher abzeichnenden Interessendifferenzen USA – Europa, glaubt die *konkret*, «werden die Israelis von den Weltmächten nicht gebraucht»¹⁷, es drohe «Israels letzte Ölung»¹⁸. So sieht Jürgen Elsässer in «Jugoslawien und Israel Opfer der neuen Weltordnung»¹⁹, «Scharon (werde) hierzulande

wie ein jüdischer Milosevic dargestellt.»²⁰ Die Palästinenser dagegen «haben die selben Freunde wie die Kosovo-Albaner... Schröder herzt Arafat... Und Madeleine Albright ... ist die erste US-Außenministerin, die eine Verurteilung Israels durch die UN-Vollversammlung ermöglichte.»²¹ – Cruise Missiles auf Tel Aviv?, fragt man sich. Die Rohre der Sechsten US-Flotte auf Haifa gerichtet? Man weiß nicht, ob man die Abenteuerlichkeit der Argumentation bewundern oder bedauern soll.

3. Islam gleich NSDAP?

Sind die USA erst einmal zum Papiertiger abgestempelt, Deutschland zum eigentlichen Herrn der Welt gekürt, fehlt noch die Stilisierung von Arafat zu Schröders Henlein im Nahen Osten. Die Palästinenser, die Araber, die Muslime in toto werden als vormodern, reaktionär abgebucht. «Nunmehr ist die Frage, ob der islamische Staats- oder Staatsgründungsterror partikuläre Regression ist oder nicht vielmehr kulturalistisch gewandete Erscheinung einer weltweiten Regression im Dienste der Neuordnung kapitalistischer Vergesellschaftung.»²² Natürlich ist das für Justus Wertmüller keine Frage. Für ihn etablierte sich der Islam schon «im Zeichen des Geldes und der Lüge.»²³ Er sei der «Sozialismus der Neidbeißer»²⁴, mobilisiere wie teilweise der Parteikommunismus «lediglich den Neid der zu kurz Gekommenen.»²⁵ «Der ganze gesellschaftliche Wahnsinn ökonomischer Rationalität eint die islamische und westliche Erneuerung der Gesellschaft»²⁶ und «Man setze statt «Islam» NSDAP und statt «Weg zu Gott» Weg zu sich selbst, und man versteht, warum Deutschland das Zentrum für akzeptierende Islamforschung ist.»²⁷ Damit ist die «islamische Barbarei»²⁸ in bester Totalitarismusmanier dem Faschismus und dem Parteikommunismus zugeordnet und das Ganze als kapitalistisches Modernisierungsprogramm verkauft. Dazu kommen die Kampfbegriffe Lüge, Geld, Neid, und der palästinensischen Bewegung ist jede Existenzberechtigung genommen.

Wie es zu einem Erstarken des Islamismus kam, wer seine Geburtshelfer waren, wer ihn gegen alles, was auch nur ansatzweise fortschrittlich war, von Kairo bis Kalkutta in Stellung gebracht hat, welche Rolle Israel dabei spielte: null. Und ebenso wenig über die Ambivalenz, die aufgrund der sich teilweise dramatisch verschärfenden sozial-ökonomischen Lage im Islamismus steckt. «Sozialismus der Neidbeißer», «Neid der zu kurz Gekommenen» – sie können noch nicht einmal mit Anstand verrecken. Endlich kann man auch als Linker den Herrenmenschen rauslassen.

5. Der linke Antisemitismus

Der Begriff Antisemitismus besitzt besonders in der spezifischen Form einer mythisch-abstrakte Ausschwitzmetapher in der Bundesrepublik eine hohe emotionale Aufladung. Daher ist die Versuchung groß, diesen aus dem historischen Kontext weitgehend gelösten, moralisierten Begriff politisch zu funktionalisieren. Und zwar in durchaus völlig gegensätzliche Richtungen.

Erfolgreich erwies sich die Integration der Ausschwitzmetapher in die außenpolitischen Legitimationsstrategien. So wurde im 2. Golfkrieg gegen Saddam Hitler gekämpft. Der Kosovokrieg wurde sogar explizit wegen Ausschwitz gegen den Hitler Slobodan Milosevic geführt, dem auch noch Konzentrationslager, Vergewaltigungen, Folterungen und Massengräber zugeordnet wurden. Man darf sicher sein, daß damit ein hocheffizienter Legitimationstopos für zukünftige Friedenseinsätze entwickelt wurde.

Die *konkret*-Autoren nutzen den Antisemitismusbegriff mit der ihm eingeschriebenen Ausschwitzmetapher für ein scholastisches Argumentations- und Benotungsverfahren, das sich um den Wahrheitsgehalt der von ihnen inkriminierten Aussagen kaum kümmert, sondern sie im Sinne einer von *konkret* gesetzten political correctness auf ihre angeblichen Konnotationen und unterstellten Intentionen hin überprüft. Zu Grunde liegt die Gleichsetzung von politischen Antizionismus mit rassistischem Antisemitismus, die ermöglicht ist durch den (negativen) völkischen Gedanken, der in Bezug auf Israel eine religiöse Modifikation erfährt. So werden die deutschen Antifaschisten posthum als Volksgenossen noch zu Himmler ins Boot geholt. Die Aussage, Israel begehe in den besetzten Gebieten Kriegsverbrechen, wenn es mit Panzern und Hubschraubern und Kampfflugzeugen auf Zivilisten schießt, ist antiisraelisch, weil es eine Kritik an Israel beinhaltet, antisemitisch, weil Israel der Staat der Juden ist, daher für Deutsche per se unzulässig, gleichgültig ob wahr oder nicht.

Der moralisierende Impetus wird bei Elsässer deutlich, wenn er der deutschen Israelkritik psychohygienische Motive unterstellt. «Wenn die Opfer der Nazis dasselbe machen wie die Nazis, verlieren deren Taten ihre besondere Scheußlichkeit; Ausschwitz, eine deutsche Tat, wird zur anthropologischen Konstante; Opfer und Täter werden austauschbar... Wenn Begin und Dayan genau so schlimm waren wie Hitler und Himmler, dann waren BDM-Mami und SS-Papi nicht Täter und Mitläufer bei einem Vernichtungsprogramm gewesen, sondern Teil einer tragischen Generation...»²⁹ Diese Sätze lohnt sich wirklich zweimal zu

lesen. Sie machen die demagogischen Möglichkeiten der Auschwitzmetapher auch im «linken» Diskurs deutlich. Hinter dem mystischen Nebelvorhang des Unbegreiflichen verschwindet die betriebswirtschaftliche Rationalität der Kriegs- und Profitproduktion von Monowitz, der Unterschied von Krupp und Krause. Da wird die Tat von IG-Farben und ihrer SS-Bande zur «deutschen Tat», die Tausende ermordete Antifaschisten auch zu «Deutschen Tätern» macht. Auch eine Form der Weißwäsche. Daß sie dabei das Plakat «Antisemitismus» mit sich herumtragen, macht die Weißwäscher nicht akzeptabler.

Die von *konkret* lautstark vorgetragene Polemik gegen den linken Antisemitismus, gegen das «Bündnis zwischen Linksradikalen, Rechtsradikalen und Fundamentalisten»³⁰, verdeckt den eigentlichen Vorgang. Ob Imperialismustheorie, ob Kapitalanalyse, ob Klassenanalyse – kaum ein Feld marxistischer Gesellschaftstheorie, das, sofern man es je vertrat, nicht geräumt wurde. Endlich einmal bei den Gewinnern sein, auch wenn man sie dafür zu Verlierern umdefinieren muß. Daher erübrigt sich auch das Nachdenken über Lösungen. Die israelischen Waffen werden es schon richten. Und die Toten? Schulterzucken.

1 Der Beitrag lehnt sich weitgehend an meinen in *Marxistische Blätter* 4-01 veröffentlichten Aufsatz zum Thema an.

2 *konkret* 3/01. S. 18.

3 *konkret* 12/00. S. 17.

4 *konkret* 1/00. S. 18. 5 ebd. 6 ebd. 7 ebd. 8 ebd. 9 ebd. 10 ebd. 11 ebd.

12 *konkret* 12/00. S. 14.

13 *konkret* 3/01. S. 19.

14 *konkret* 5/01. S. 9. 15 ebd. 16 ebd.

17 *konkret* 11/00. S. 9. 18 ebd.

19 *konkret* 12/00. S. 12. 20 ebd. 21 ebd. S. 13.

22 *konkret* 7/00. S. 12. 23 ebd. 24 ebd. S. 14. 25 ebd. 26 ebd. 27 ebd.

28 ebd. S. 12.

29 *konkret* 12/00. S. 13.

30 ebd. S. 12.

Wie Kino in Israel und Palästina das Osloer Abkommen spiegelt

Irit Neidhardt

Seit Daniel Wachsmanns Film *Hamsin* (Israel, 1982) und Michel Khleifis *Hochzeit in Galiläa* (Belgien/Palästina, 1987) werden israelisches und palästinensisches Kino im Westen wahrgenommen. Beide Filme brechen, im Kontext ihrer jeweiligen Gesellschaft, mit den bisher gekannten politischen Auseinandersetzungen im Rahmen des israelisch-palästinensischen Konflikts: *Hamsin* thematisiert als erster israelischer Film die Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung innerhalb Israels, *Hochzeit in Galiläa* gilt als der erste palästinensische Film, der nicht nur die israelische Besatzung sondern auch die patriarchalen Strukturen innerhalb der eigenen Gesellschaft angreift¹.

In der Tat hat das Kino in den 80er und frühen 90er Jahren einen Beitrag zum Umdenken geleistet. Wie jedoch sah dieser Beitrag aus? Auf was für eine Art von Frieden steuerten die Filmschaffenden zu?

Das israelische Kino

Die israelische Libanoninvasion 1982 hat nicht nur eine politische Anti-Kriegsbewegung hervorgebracht, sondern auch zu einer oppositionellen Kunst geführt. Krieg, Besatzung und der israelisch-arabische/palästinensische Konflikt wurden wichtige Inhalte der israelischen Spielfilme der 80er Jahre. Dazu gehören Produktionen wie der bereits erwähnte Film *Hamsin* von Daniel Wachsmann (1982), *Behind Bars* von Uri Barabash (1984), *A Fictitious Marriage* von Haim Bouzaglo (1989) u.a., die sich mit der Besatzung befassen sowie *Time For Cherries*, ebenfalls von Haim Bouzaglo, und *Cup Final* von Eran Riklis (beide 1991) über den Libanonkrieg. Obwohl all diese Filme Stellung gegen die Besatzung und den Krieg beziehen, gelingt es ihnen nicht, sich mit deren Auswirkungen auf die palästinensische, bzw. libanesische Bevölkerung auseinanderzusetzen. Die einzige Ausnahme bildet der Film *Avanti Popolo* von Rafi Bukae (1986), dessen Handlung direkt nach der Feuerpause des Junikrieges 1967 im Sinai spielt. Hauptpersonen sind zwei ägyptische Soldaten, die auf der Suche nach dem Heimweg halb verdurstet durch die Wüste irren. Hierbei geraten sie in diverse groteske Situationen, die die Absurdität eines jeden Krieges verdeutlichen.

Durch die «palästinensische Welle» hat es quasi eine Umkehrung in der Darstellung der PalästinenserInnen/AraberInnen im israelischen Kino gegeben. Im Gegensatz zu den Darstellungen als anonyme Masse oder als häßliche und bedrohliche Fratze im nationalistischen Kino der 50er und 60er Jahre², waren sie nun außerordentlich schöne und «gute» Persönlichkeiten. Viele der Filme beinhalteten eine Liebesgeschichte zwischen einer Jüdin und einem Palästinenser – in der Regel mit tragischem Ausgang³. Dies ermöglicht dem Publikum zwar eine Identifikation mit dem Schicksal des Helden, jedoch nicht mit dem grundsätzlichen Leiden der von Israel unterdrückten Bevölkerung. So bewegt sich das politische Kino der 80er Jahre – auch wenn es ironisch mit den Symbolen der frühen mythischen Filme bricht und damit die Hoffnung auf Auferstehung leugnet – zwar innerhalb des zionistischen Konsenses, aber nimmt das erste Mal eine oppositionelle Haltung ein. Eine der Ursachen hierfür ist in dem Regierungswechsel von 1977 zu sehen. Der größte Teil der Filmschaffenden in Israel gehört zum Establishment und damit in die Nähe der Arbeitspartei, die bis Ende der 70er Jahre sämtliche israelischen Regierungen gestellt hat. Mit dem Machtwechsel zugunsten Menachem Begins und seinem Likud gab es für die Filmschaffenden in ihrer doppelten Funktion – als Teil des Establishments und als Kulturschaffende – das erste Mal einen äußeren Anlaß, eine oppositionelle Haltung anzunehmen. Haben die israelischen Filmschaffenden der 80er Jahre ihren Beitrag zum Friedensprozeß geleistet, ändern sich die Inhalte des Films in den 90ern erheblich. Wie der größte Teil der Friedensbewegung haben sich die meisten israelischen FilmemacherInnen mit der Unterzeichnung der Prinzipienklärung zwischen PLO und Israel im September 1993 aus dieser politischen Arena verabschiedet. Sie hatten das Gefühl, einen Erfolg erzielt zu haben und die Friedensbemühungen an die Regierung, die wieder eine der Arbeiterpartei war, abgeben zu können.

Die überwiegende Zahl der Filme der 90er Jahre behandelt innenpolitisch relevante Themen wie die Situation der Mizrahim⁴, Säkularismus und Orthodoxie, Einsamkeit, sexuelle und physische Gewalt sowie Kommunikationslosigkeit in der Familie, die Shoah, Drogen, AIDS etc. Diese Mißstände in der Gesellschaft zu thematisieren wäre in früheren Jahren, als es noch galt, den Staat zu sichern und zu festigen, undenkbar gewesen. Nicht nur von den Inhalten her, sondern auch künstlerisch differenziert sich das israelische Kino seit den 90er Jahren immer mehr aus.

Daß diese Produktionen von den Filmschaffenden selbst nicht mehr

als politisches Kino bezeichnet werden, zeigt, wie müde sie sich vom Konflikt mit Palästina fühlen, wie sehr sie für sich beanspruchen, sich mit sich selbst beschäftigen zu dürfen. In der Tat gibt es drängende soziale Probleme innerhalb der jüdisch-israelischen Gesellschaft. Fünfzig Jahre nach Staatsgründung verabschiedet sich die junge Generation von den zionistischen Idealen ihrer Eltern und Großeltern, sie sucht nach Normalität. Der Konflikt mit den PalästinenserInnen paßt nicht in ein solches Bild. Der Frieden, für den sich so viele KünstlerInnen in den 80er Jahren engagiert haben, meinte einen Frieden mit sich selbst, Ruhe, nicht eine gemeinsame Perspektive mit dem Feind, sondern seine Abwesenheit⁵.

Das palästinensische Kino

Durch die Niederlage der arabischen Staaten im Juni-Krieg 1967 hat die noch junge PLO an Bedeutung gewonnen. Die Erfahrung, daß die Solidarität mit dem palästinensischen Volk von Seiten der arabischen Bruderstaaten mehr rhetorischer denn politisch schlagkräftiger Natur war, hat der erst drei Jahre zuvor gegründeten PLO einen enormen Zulauf verschafft.

Im Zuge dieser Aufbruchstimmung ist das palästinensische Kino als ein Beitrag zur Befreiung Palästinas in der Diaspora entstanden. *«Das Bedürfnis nach Dokumentation dieses Kampfes stand am Beginn der Filmproduktion, aber jede künstlerische Äußerung war zugleich mehr als nur ein Notieren der Ereignisse, es war ein Behaupten und Bewahren der nationalen Identität, für die die Existenz und Entwicklung einer eigenen Kunst von entscheidender, stabilisierender Wirkung war. Neben der Wirkung nach innen ging es in gleichem Maße um jene nach außen: Der politische Kampf ist heute ohne Medien nicht denkbar. 1968, als eine Photo-Abteilung der PLO gegründet wurde, stand im Programm: «Mit Bild und Film können wir unsere Auffassung von der Revolution den Massen vortragen und die Kontinuität der Revolution aufrecht erhalten.»»⁶*

Das erste und vorrangige Interesse in den Anfangsjahren des palästinensischen Kinos war das Dokumentieren des Leids der Bevölkerung in den Lagern, das Einfangen und Sammeln von Informationen. Aus diesem Material wurden Wochenschauen und Dokumentarfilme geschnitten. Ein Anliegen der Filmschaffenden war, das zerstreute palästinensische Volk zu «verbinden» und ihm die Ziele des Kampfs gegen Israel zu erklären; darüber hinaus wollten sie ein internationales Publikum erreichen und über die Situation des palästinensischen Volkes informieren.

Bei der Zerschlagung der PLO-Strukturen in Beirut während der israelischen Libanoninvasion 1982 sind auch die Filmabteilungen und das Filmarchiv zu großen Teilen vernichtet worden. In den folgenden Jahren reduzierte die PLO ihre Filmproduktion erheblich und ging zu Koproduktionen mit dem Westen über, in Tunis wurden die Filmabteilung und das Archiv nicht wieder im alten Umfang aufgebaut. Seit Beginn der 80er Jahre entwickelte sich aus dem europäischen und später auch aus dem US-amerikanischen Exil eine andere Richtung des palästinensischen Films, der unabhängige Film. Sein wohl bekanntester Vertreter ist der in Belgien lebende Michel Khleifi, dessen Film *Hochzeit in Galiläa* (1987)⁷ sowohl Khleifi selbst als auch dem palästinensischen Kino zu seinem internationalen Durchbruch verholfen hat. Die jungen Filmschaffenden haben sich in ihren Werken nicht nur gegen die Besatzung durch Israel ausgesprochen, sondern Kritik an der eigenen nationalen Führung geübt. In den Filmen wird nicht mehr ausschließlich die israelische Besatzung Palästinas angeprangert, vielmehr eröffnet das unabhängige palästinensische Kino die Diskussion darüber, welche repressiven Strukturen auch innerhalb der eigenen Gesellschaft aufgebrochen werden müssen, um die Basis für einen demokratischen Staat zu entwickeln.

Die doppelte Unterdrückung der palästinensischen Frauen, durch die israelische Besatzung und das palästinensische Patriarchat, ist dabei ein immer wiederkehrendes Thema sowohl in Dokumentar- als auch in Spielfilmen. Anlaß hierzu gibt die Vorstellung, daß eine Gesellschaft nur dann demokratisiert werden kann, wenn es eine Demokratie innerhalb der Familie und somit zwischen den Geschlechtern gibt.

Bis in die Mitte der 90er Jahre haben nahezu alle unabhängigen palästinensischen Filmschaffenden im europäischen oder US-amerikanischen Exil gelebt. Die Verhandlungen zwischen der PLO und Israel und schließlich die Unterzeichnung der Osloer Verträge hat bei vielen von ihnen zunächst die Hoffnung ausgelöst, das kulturelle Leben Palästinas mit Unterstützung der Autonomiebehörde reaktivieren zu können und einige sind zurückgekehrt. Diese Vorstellung der Kooperation mit den Behörden verdeutlicht die Aufbruchstimmung der frühen 90er Jahre. Politische Differenzen mit der PLO waren jedoch ausschlaggebend für die Entstehung des unabhängigen Kinos, so daß sich bald herausstellte, daß eine Zusammenarbeit nicht möglich war⁸. Dennoch ist durch diese Entwicklungen Palästina selbst das Zentrum palästinensischen Filmschaffens geworden.

Die meisten Produktionen sind nach wie vor politische Dokumentarfilme, die zum einen wesentlich kostengünstiger sind als Spielfilme,

zum anderen dem entsprechen, was die geldgebenden Stiftungen im Westen von einem palästinensischen Film erwarten. In der «Tradition» des unabhängigen palästinensischen Kinos greifen viele dieser Filme gesellschaftliche Mißstände auf, manchmal auch ganz ohne die Besatzung zu thematisieren. In *Women in the Sun*⁹ (Palästina 1998) beschäftigt sich Sobhi Zobaidi mit den psychischen und sozialen Folgen von Gewalt gegen Mädchen und Frauen und dokumentiert die Diskussionen um die diesbezüglichen Gesetzgebungen in den palästinensischen Modellparlamenten. Der Film ist als ein Beitrag zur innerpalästinensischen Diskussion um die Frage, wie der Staat auszugestaltet sei, angelegt. Immer häufiger werden auch in Palästina Filme produziert, die sich mit dem eigenen gesellschaftlichen Erbe und der Zukunft in einem unabhängigen Staat befassen¹⁰. Ähnlich wie auf der israelischen Seite steigt das Bedürfnis der Filmschaffenden, sich mit Film als Kunst zu befassen und eine originäre Filmsprache zu entwickeln.

Diese von außen ähnlich erscheinenden Entwicklungen dürfen jedoch nicht darüber hinweg täuschen, daß die beiden Gesellschaften unter extrem unterschiedlichen, sogar sich widersprechenden Bedingungen leben. Während Israel seine Existenz in den letzten Jahren gesichert und sein Staatsgebiet erweitert hat und die Beschäftigung mit Film als Kunst als einen Ausdruck von Normalität betrachtet, stehen die Entwicklungen des palästinensischen Filmschaffens im Zeichen der Rückgewinnung von Selbstachtung unter dem Eindruck der israelischen Normalität: der Besatzung. Die eingangs erläuterten Anliegen des palästinensischen Filmschaffens, die eigene Geschichte selbst zu erzählen, also selbst zu bestimmen, und die eigene Identität zu behaupten, haben nach wie vor ihre Gültigkeit und seit der zweiten Intifada an Aktualität gewonnen.

Annäherung und Koproduktion?

Durch den israelischen Regierungswechsel 1977 ist eine Welle von Auswanderungen von linken Israelis nach Europa und in die USA ausgelöst worden. Auf dem neutralen Grund der neuen Gastländer, in denen auch viele PalästinenserInnen im Exil leb(t)en und mit der Moderation solidarischer Dritter war eine Annäherung und Zusammenarbeit zwischen beiden Gruppen wesentlich einfacher als in Israel/Palästina. So entstanden neben politischen auch kulturelle Treffen und Kooperationen; das Filmfestival in Mompellier hat es sogar als erstes geschafft, nicht nur israelische und palästinensische, sondern

auch VertreterInnen der anderen arabischen Kinos auf ein Podium zu bringen. In Israel/Palästina selbst hat diese Entwicklung durch das Aufkommen der israelischen Friedensbewegung Anfang der 80er Jahre und dann durch ihr Erstarren mit dem Beginn der Intifada eingesetzt. In Kooperation mit linken FilmemacherInnen konnten palästinensische Filmschaffende, wie z.B. Rashid Mashrawi ihre ersten Kurzfilme in Israel/Palästina selbst verwirklichen.

Seit den 90er Jahren waren auch immer mehr palästinensische FilmemacherInnen damit einverstanden, daß ihre Filme in den israelischen Cinematheken gezeigt wurden, wo das Publikum in erster Linie aus liberalen Israelis und aus einigen palästinensischen Intellektuellen besteht.

Die Euphorie, die auch in Europa nach den Osloer Verträgen eingesetzt hat, hat zu verschiedenen staatlichen und nichtstaatlichen Förderprogrammen für israelisch-palästinensische Kooperationen geführt. Für die palästinensischen Filmschaffenden ist dies nicht unbedingt ein Vorteil: sie sind nun gezwungen, mit Israelis und europäischen PartnerInnen zu kooperieren, da es bisher keine anderen Fördermöglichkeiten gibt. Viele kritische Drehbücher werden auf diesem Weg zensiert, Europa und Israel hatten sich unter dem Vorzeichen der Solidarität das Monopol über die Definition von Kultur geschaffen.

Daher verwundert es nicht, daß die Euphorie nicht lange hielt. Die Filmpolitik steht exemplarisch für die Machtverhältnisse auch in den anderen Lebensbereichen. Bereits gegen Ende der 90er Jahre, mit wachsender Frustration und Mißtrauen gegenüber dem sogenannten Friedensprozeß, haben die meisten palästinensischen Filmschaffenden nicht mehr versucht, diese Gelder abzurufen.

Die kurze Zeit der gemeinsamen Arbeit war vor allem von außen initiiert und meist von europäischen Vorstellungen einer positiven Zukunft geprägt. Nicht nur die Vorstellung einer friedlichen Zukunft sondern in erheblichem Maße die Finanzierung der eigenen Arbeit waren Motivation für Kooperation. Ein Blick auf die Geschichte, die Inhalte und die Selbstdefinition der beiden nationalen Kinos von Israel und dem zukünftigen Palästina macht jedoch deutlich, daß es um eine gemeinsame Zukunft nie ging. Mehr als die Inhalte und Ästhetik der Filme spiegelt die Entwicklung der jeweiligen «Filmindustrien» die Realität im Sinne der Osloer Verträge.

1 In seinem Dokumentarfilm *Le memoir fertile* (Eine Frau ein Land), in dem er die palästinensische feministische Schriftstellerin Sahar Khalifa und seine eigene

- Tante, eine gewöhnliche Frau, porträtiert, hat Michel Khleifi bereits 1982 das Thema der doppelten Unterdrückung aufgegriffen.
- 2 Zu früheren Epochen des israelischen Kinos siehe Shohat, Ella: *Israeli Cinema. East/West and the Politics of Representation*, Austin/Texas 1989.
 - 3 Nach dem gleichen Prinzip der Liebesgeschichte funktionierten die Bourekas-Komödien der 60er und 70er Jahre – nur mit Happy End. Damals ging es um die Eingliederung der jüdischen Bevölkerung aus arabischen, bzw. islamischen Ländern in die sich westlich definierende zionistische Gemeinschaft. Die ashkenasische, europäisch stämmige, jüdische Frau verliebte sich in einen mizrahischen, arabisch-jüdischen, Mann und ermöglichte ihm durch die Beziehung einen gesellschaftlichen Aufstieg. Vergl. Shohat a.a.O.
 - 4 Jüdinnen und Juden, die aus arabischen und/oder islamischen Ländern emigriert sind sowie die, die seit Jahrhunderten in Palästina gelebt haben und ihre Nachfahren.
 - 5 Heute gibt es noch eine starke politische Bewegung innerhalb der israelischen bildenden Kunst und Fotografie, die sich mit den Gründungsmythen des Staates und der Politik gegenüber den PalästinenserInnen befaßt und sehr stark von den Arbeiten der neuen HistorikerInnen beeinflusst ist.
 - 6 Richter, Rolf: *Bewahrung nationaler Kultur*, in: *Sonntag*, 14.6.1981
 - 7 *Hochzeit in Galiläa* ist der erste palästinensische Spielfilm, der vom Filmemacher selbst in Palästina/Israel gedreht werden konnte.
 - 8 Gespräche der Autorin mit Sobi al-Zobaidi sowie Mitarbeitern des Cinema Production & Distribution Centre Ramallah im Juli 1998.
 - 9 Der Film ist dem palästinensischen Schriftsteller und PFLP-Aktivisten Ghassan Kanafani gewidmet, der in den 70er Jahren in Beirut einem gezielten Bombenattentat zum Opfer gefallen ist. Mit seinem Buch *Men in the Sun* war er Anfang der 70er Jahre der erste palästinensische Literat, der den Mythos der arabischen Bruderliebe und Solidarität angegriffen hat.
 - 10 Insgesamt werden ca. 10 kurze Filme im Jahr produziert, von denen sich zwei bis drei mit innerpalästinensischen Themen befassen.

Israel in der Nahost-Strategie der USA

Ernst Woit

Obwohl ernsthaft niemand daran zweifelt, daß die USA zumindest seit dem Ende der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts der Hauptverbündete Israels sind, werden die strategischen Ziele dieses Bündnisses, die ihm zugrunde liegenden Interessen und seine Auswirkungen auf Krieg und Frieden im Nahen Osten in den wichtigsten Massenmedien nur selten behandelt. Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass beide Bündnispartner prinzipiell darin übereinstimmen, sich bei der Durchsetzung ihrer Ziele in erheblichem Maße militärischer Mittel zu bedienen und sich dabei nicht durch geltendes Völkerrecht, insbesondere auch nicht durch die Charta und die Beschlüsse der UN behindern zu lassen. Besonders aufschlußreich sind in diesem Zusammenhang die Militarisierung Israels und seine Hochrüstung zur Kernwaffenmacht, die Inszenierung eines «Friedensprozesses», der von seiner ganzen Anlage her nicht zum Frieden zwischen Israelis und Palästinensern führen konnte, und das Militärbündnis Israels mit der Türkei.

Ursachen der Militarisierung Israels

Ein deutliches Indiz für den Grad der Militarisierung eines Staates ist der Anteil der Militärausgaben an seinem Gesamthaushalt. Er beträgt im Falle Israels immerhin 17,9 % gegenüber 3,3 % in den USA und 2,7 % in Großbritannien.¹ Die Profilierung Israels zu einem Staat, in dem das Militär absolut dominiert, hängt sowohl mit der gewaltsamen Expansion seines Territoriums als auch der Bereitschaft zusammen, Interessenkonflikte mit den Nachbarstaaten wie auch mit den Palästinensern in den von Israel besetzten Gebieten vorrangig mit militärischen Mitteln auszutragen. Im Rückblick auf 50 Jahre Israel charakterisierte der an der Bundeswehruniversität München lehrende Michael Wolffsohn die territoriale Ausdehnung Israels so: «Ohne die Frage nach der Kriegsschuld klären zu wollen, stellen wir fest, daß Israels Territorium schon nach dem ersten arabisch-israelischen Waffengang im Jahre 1949 größer war als bei der Staatsgründung im Mai 1948. ... der Sechs-Tage-Krieg veränderte die geopolitische Situation völlig... Durch den 1982 geführten Krieg gegen die PLO im Libanon hatte Israel dann ungefähr die Gebiete unter Kontrolle, die schon lange vor der Staatsgründung, im Jahre 1919, von der Zionistischen Weltorganisation gefordert worden waren.»² Aus der Tatsache, dass die israel-

liche Armee seit 1967 in den von Israel annektierten Gebieten als *Besatzungsarmee* fungiert, ergibt sich ein eigenständiger starker Militarisierungseffekt. Dieser wird durch die völkerrechtswidrige Errichtung von immer mehr jüdischen Siedlungen auf besetztem palästinensischem Territorium noch verstärkt. Die Folge davon ist, wie Peter Scholl-Latour kritisiert, «dass fünftausend zionistische Siedler im Gaza-Streifen der arabischen Bevölkerungsmasse ein Viertel ihres ohnehin winzigen Territoriums vorenthalten und durch ein völlig disproportioniertes Militäraufgebot geschützt werden müssen.»³

Insgesamt führte dieser aggressive Expansionskurs Israels und seine permanent die Menschenrechte der Palästinenser verletzende Besatzungspolitik immer wieder zu Abstimmungsniederlagen in der UNO und außenpolitischer Isolierung. Nach Wolffsohn ist Israel eben *dadurch* «ein Fremdkörper im fast ausschließlich arabisch-islamischen Nahen Osten», was seiner Einschätzung nach wiederum dazu führt, daß die «Regionalpolitik Israels ... fast ausschließlich militärisch bestimmt» blieb.⁴ Obwohl durchaus nicht alle Auseinandersetzungen Israels mit seinen Nachbarstaaten dem globalstrategischen Gesamtinteresse der USA entsprachen (weshalb sie z. B. 1978 Israel im Vertrag von Camp David zwangen, die Sinai-Halbinsel an Ägypten zurückzugeben), haben die USA Israel spätestens seit dem Ölschock 1973/74 permanent politisch, wirtschaftlich und militärisch massiv unterstützt. Sehr oft war es das Veto der USA, das Israel vor einer Verurteilung durch den UN-Sicherheitsrat bewahrte. Nach Wolffsohn dokumentiert diese Unterstützung «einerseits das globale und strategische Interesse der USA am jüdischen Staat; sie signalisiert andererseits die Tatsache, daß sich Israel im Ernstfall selber helfen müßte und an ein direktes amerikanisches Eingreifen kaum zu denken wäre. ... So gesehen, gehört die massive Hilfe an Israel auch zum Preis, den die USA zahlen müssen, um ohne einen Großeinsatz eigener Soldaten amerikanische Interessen im Nahen Osten wahrnehmen zu können.»⁵ US-amerikanische Interessen im Nahen Osten – das sind vor allem Interessen, die mit der ungehinderten Verfügung über die dortigen Erdölvorräte zusammenhängen. Weil Israel dabei zwar nicht der einzige, aber der Hauptverbündete der USA ist, ist das auch von prägender Bedeutung für seine innere Verfassung: «Die «Friedensordnung im Heiligen Land» – so Scholl-Latour – «offenbart sich ... unverblümt als Teilaspekt der imperialen Pax Americana.»⁶

Kernwaffenmacht Israel

Israel verfügt inzwischen über ein Kernwaffen-Arsenal, das aus 200 bis 300 Sprengköpfen besteht.⁷ Als «Vater der israelischen Atombombe» gilt der Kernphysiker Yu' Val Ne'man, während unter den israelischen Politikern der Sozialdemokrat Shimon Peres die treibende Kraft hinter dem israelischen Nuklearwaffenprogramm war.⁸ «Im Jahr 1952», sagte Peres später einem israelischen Reporter, «stand ich ganz allein da mit meinem Ziel, die israelische Kernwaffenoption durchzusetzen.»⁹ Er war es, der zur Absicherung des Atomprojekts auf der Schaffung eines neuen, speziellen Nachrichtendienstes bestand, die Beschaffung von Spenden bei jüdischen Millionären im Ausland betrieb, und jede internationale Kontrolle des offiziell als zivil hingestellten israelischen Nuklearprogramms ablehnte.¹⁰ 1966 verteidigte Peres Israels Entscheidung, der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA) Kontrollen zu verweigern, «mit der Begründung, die Araber seien im konventionellen Bereich überlegen.»¹¹ Nachdem die britische *Sunday Times* am 5. Oktober 1986 einen Bericht des ins Ausland geflohenen israelischen Kernphysikers Mordecai Vanunu über die israelische Kernwaffenproduktion veröffentlicht hatte, an der er bis zu seiner Flucht persönlich mitgewirkt hatte, war es Peres, der den israelischen Geheimdienst Mossad beauftragte, Vanunu in London zu kidnappen und in israelischen Gewahrsam zu bringen, wo er seitdem eingekerkert ist.¹² Schließlich hatte Shimon Peres auch maßgeblichen Anteil an der Herstellung einer engen Kooperation Israels mit dem südafrikanischen Apartheid-Regime auf dem Gebiet der Waffenentwicklung und insbesondere der Nuklearrüstung.¹³ Diese Kooperation ermöglichte es Israel, am 22. September 1979 über dem Südatlantik einen Nuklearwaffentest durchzuführen. Auch deshalb ist es durchaus berechtigt, ja unerlässlich, den späteren *Friedensnobelpreisträger* Shimon Peres – wie Gush Shalom das kürzlich getan hat – als das einzuschätzen, was er tatsächlich war und geblieben ist: «ein traditioneller zionistischer Falke».¹⁴

Inzwischen verfügt Israel nicht nur über ein umfangreiches Arsenal unterschiedlicher Nuklearwaffen einschließlich Neutronensprengköpfen, sondern auch über die unterschiedlichsten Trägermittel bis hin zu Interkontinentalraketen. Im September 1988 schoß Israel seinen ersten Satelliten ins All und ist inzwischen neben den USA und Russland das dritte Land, das Cruise Missiles mit einer Reichweite von 1.500 Kilometern von U-Booten aus starten kann. Dabei handelt es sich übrigens um U-Boote des Typs «Delfin», die von Deutschland

finanziert und produziert wurden.¹⁵ Doch nicht nur, daß Israel sich unter Ignorierung aller völkerrechtlichen Vereinbarungen zur Kontrolle und Verminderung nuklearer Rüstungen ein Kernwaffenpotential von strategischer Bedeutung schuf – es schreckte auch nicht davor zurück, ähnliche Entwicklungen in anderen Ländern mit allen Mitteln, auch mit Waffengewalt zu verhindern. So bombardierte und zerstörte die israelische Luftwaffe am 7. September 1981 den in Bau befindlichen Atomreaktor in Osirak bei Bagdad. Überlegungen israelischer Politiker und Militärs, ähnlich auch gegen andere Länder vorzugehen, hat es seitdem mehrfach gegeben. So schlug der damalige israelische Verteidigungsminister Ariel Scharon während des Libanonkrieges 1982 vor, man solle Syrien mit Nuklearwaffen angreifen.¹⁶ Am 28. September 1998 votierte der gerade zum Generalstabschef ernannte Generalleutnant Schaul Mofaz mit folgender ‚Argumentation‘ dafür, den Iran anzugreifen: «Ein Präemptivschlag war immer ein Teil von Israels strategischen Optionen. Die Ausrüstung eines extremistischen Landes wie dem Iran mit weitreichenden Raketen, die mit nicht-konventionellen Raketengefechtssköpfen ausgestattet werden können, könnte auf längere Sicht zu einer existentiellen Bedrohung Israels werden.»¹⁷ Nach Seymour M. Hersh ist es schon bemerkenswert, «daß einer der wichtigsten Verbündeten der USA ... heimlich ein beachtliches Atomwaffenarsenal aufbauen konnte, während Washington einfach schwieg und die Augen geschlossen hielt.»¹⁸ Tatsächlich hat Israel auf seinem Wege zu einer Kernwaffenmacht in extremer Weise all die Eigenschaften und Praktiken entwickelt, die typisch für jene Staaten sind, die von den USA gemeinhin als «Schurkenstaaten» bezeichnet und bekämpft werden. Demgegenüber haben die US-Strategen die Entwicklung Israels zur Kernwaffenmacht nicht ein einziges Mal öffentlich kritisiert, sondern vielmehr nach Kräften unterstützt. Immerhin haben die USA Israel die meisten Trägersysteme für seine Kernwaffen geliefert. Das alles hängt letztlich damit zusammen, daß die Existenz *dieser* Kernwaffenmacht ein wohl kalkulierter Bestandteil der Nahost-Strategie der USA gegenüber den arabischen Ländern ist.

Ein «Friedensprozeß», der keinen Frieden bringen konnte

Nahezu ausnahmslos wird in den meisten Massenmedien mit großer Selbstverständlichkeit davon ausgegangen, dass mit bzw. durch den Beginn der Zweiten Intifada der Palästinenser dort der bis dahin im Gange gewesene *«Friedensprozeß im Nahen Osten»* unterbrochen oder gar abgebrochen sei. Diese Einschätzung steht in deutlichem Gegen-

satz zu den Urteilen, die ausgewiesene Kenner der dortigen Situation in ihren Analysen seit längerem publizieren. Und das nicht erst seit jenem Prozeß, der mit dem am 13. 9.1993 in Washington unterzeichneten Gaza-Jericho-Abkommen begann, wofür die Unterzeichner dieses Abkommens Jassir Arafat, Yitzhak Rabin und Shimon Peres 1994 bekanntlich den Friedensnobelpreis erhielten.

Der Begriff «Friedensprozeß» ist für das, was Israel mit seinen arabischen Nachbarn – oder gegen sie – anstrebt, in den meisten Massenmedien des NATO-Bereiches spätestens seit dem Abschluß eines separaten Friedensvertrages zwischen Israel und Ägypten 1979 gängig. Zugleich muß man ihn sowohl in Hinblick auf seinen Realitätsgehalt als auch hinsichtlich der Zielsetzung seiner Verwendung als *irreführend* bezeichnen. So kommt Andreas Rieck vom Deutschen Orient-Institut in Hamburg bereits 1991 in einer Analyse des arabisch-israelischen Konflikts zu dem Schluss: «Die seit dem ägyptisch-israelischen Separatfrieden von 1978/79 so beliebt gewordene Floskel vom «Friedensprozeß» im Nahen Osten ist ein starker Euphemismus, wenn nicht eine irreführende Bezeichnung für die tatsächliche Entwicklung der Beziehungen zwischen Israel, seinen arabischen Nachbarn und den Palästinensern.»¹⁹

Unmittelbar nach Beginn der Zweiten Intifada betonte der namhafte israelische Journalist Uri Avnery, daß es sich dabei um einen «Volksaufstand der Palästinenser» handelt, um die «Entladung einer Wut, die sich seit Jahren aufgestaut hat, und besonders seit dem Amtsantritt von Barak. ... seit er an die Macht gekommen ist, hat sich die Lage verschärft, und nicht entschärft. In den besetzten Gebieten geht täglich die Erweiterung der Siedlungen vor sich, Boden wird enteignet, Häuser werden demoliert, die Palästinenser glauben, sie werden täglich im ganzen Lande, in den ganzen besetzten Gebieten von Israel angegriffen, und sie sehen, daß in dem sogenannten «Friedensprozeß» überhaupt nichts vor sich geht. Viel Gerede, aber nicht ein einziger Schritt vorwärts.»²⁰ Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangte der an der Columbia-University in den USA lehrende Edward Said. Für ihn war der «Osloer Friedensprozeß ein hoffnungsloser Irrläufer seit der ersten Stunde», denn die «Führer der Arbeiterpartei und des Likud-Blocks machten kein Hehl daraus, dass der Osloer Vertrag die Palästinenser in unzusammenhängenden Enklaven abschotten sollte: umringt von israelisch kontrollierten Grenzen und zerschnitten von Siedlungen und Siedlungsstraßen, die den Zusammenhalt der Gebiete zerstörten. Enteignungen und die Zerstörung von Häusern sind unter den Regierungen Rabin, Peres, Netanjahu und Barak an der Tages-

ordnung gewesen, die israelischen Siedlungen haben sich permanent vergrößert (200.000 israelische Juden in Jerusalem, 200.000 weitere im Gaza-Streifen und im Westjordanland), die militärische Besatzung nahm kein Ende... Jeder winzige Schritt in Richtung einer Souveränität Palästinas – und dazu gehörte auch der vereinbarte langsame Rückzug aus den besetzten Gebieten – wurde von Israel aufgeschoben und unmöglich gemacht.»²¹ «Die Kritiker, die in den Osloer Verträgen nie eine reale Friedensperspektive gesehen haben», sind nach dem Urteil des Völkerrechtlers Norman Paech «leider nachhaltig bestätigt worden». Er führt das insbesondere darauf zurück, dass Israel mit Unterstützung der USA Palästinenserführer Arafat zwingen wollte, «ein Besatzungsstatut als Friedensregelung anzuerkennen und auch noch zum langen Arm für dessen Durchsetzung degradiert zu werden.»²² Tatsächlich hat die völkerrechtswidrige Siedlungspolitik Israels in dem von ihm seit 1976 besetzten Gebieten dazu geführt, daß das palästinensische Territorium inzwischen einem «Flickenteppich» gleicht.²³ Im Ergebnis dessen sind die autonom genannten Gebiete tatsächlich untereinander unerreichbare «Bantustans» und herrscht faktisch ein System von Apartheid, vergleichbar mit dem südafrikanischen Modell. Daß auf dieser Basis kein wirklicher Frieden zwischen Israel und den Palästinensern möglich ist, hat Felicia Langer, israelische Rechtsanwältin und Trägerin des alternativen Nobelpreises, in ihrem Buch «Laßt uns wie Menschen leben» eindrucksvoll beschrieben.²⁴ Diese der südafrikanischen Apartheid ähnliche Bantustanpolitik der Besatzungsmacht Israel gegenüber den Palästinensern betrifft vor allem zwei große Probleme: *erstens* die Flüchtlingsproblematik und *zweitens* die Wasserfrage. Insbesondere dazu wird die aggressiv auf unterschiedliches Lebensrecht für Juden und Araber zielende Besatzungspolitik Israels selbst von zahlreichen Israelis für gerecht und unverzichtbar gehalten, die sich selbst als «politische Linke» verstehen. Typisch für deren Einstellung zur Flüchtlingsproblematik ist die Position, die der namhafte israelische Schriftsteller Yoram Kaniuk so formuliert: «Araber und Juden haben einander noch nie verstanden. Die Juden, deren Lehrmeisterin die Schoah war, verabschiedeten als erstes Gesetz das Chokk ha Shvut, das Rückkehrgesetz, das jedem Juden erlaubt, nach Israel zu kommen und dort volle Bürgerrechte zu erhalten. *Dieses Gesetz ist nach international geltendem Recht nicht zulässig*, doch keine Nation auf der Welt wäre bereit, Bastionen, die ihre Existenz garantieren, aufzugeben. Für das israelische Volk stellt dieses Gesetz eine solche überlebenswichtige Bastion dar. Im Zuge der Niederlage von 1948 verlangen die Araber ein Rückkehrrecht für die Flüchtlinge, die damals

flohen oder vertrieben wurden. *Gemessen an international gültigen Rechtsnormen, ist dies ein berechtigter Anspruch*, doch Israel als eine winzige Insel von 5 Millionen Juden in einem Meer von 100 Millionen Arabern würde mit der Umsetzung dieses Rechtsanspruchs aufhören zu existieren.»²⁵

Vielleicht noch deutlicher zeigt sich der kolonialistische Charakter der israelischen Besatzungspolitik in der Wasserfrage, einem Problemfeld, das in den meisten unserer Massenmedien als ein Tabu behandelt wird. Unter Militärhistorikern hingegen gilt der israelisch-arabische Sechstagekrieg von 1967 seit längerem als «erster Wasserkrieg». In diesem Krieg, den Israel aufgrund eines «hydrologischen Imperativs» führte²⁶, eroberte und besetzte es Gebiete, aus denen es seitdem den größten Teil seines Wassers gewinnt. Das aber ist eine Tatsache, deren Kenntnis für die richtige Beurteilung des israelisch-arabischen Konflikts von fundamentaler Bedeutung ist. So kam eine von der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation 1998 veröffentlichte Studie zur Situation in der Mittelmeer-Region u. a. zu der Einschätzung: «Im Sechstagekrieg konnte sich Israel die Grundwasservorkommen am westlichen Ufer des Jordan sichern. Es zieht fast 90 % des Wassers für seine eigene Versorgung ab und kontrolliert seither die benötigten 40 % des gesamten Wasserbedarfs. Die Palästinenser förderten bis zur israelischen Besetzung des Westjordanlandes aus ca. 750 Brunnen Wasser, heute sind es kaum die Hälfte. Tiefbohrungen der Israelis (angeblich bis zu 1000 m) ließen die weniger tief gehenden Brunnen der Palästinenser austrocknen. ... Die Besetzung des Golan sichert Israel die Kontrolle über den Jordan und damit über 50 % des Wassers, mit dem es seit 1967 die Wüste bewässert: auch aus dieser Sicht ist die Rückgabe der Höhen an Syrien für Jerusalem problematisch.»²⁷

Tatsächlich speist Israel, wie es in einer anderen Analyse heißt, «seine Wasserversorgung hauptsächlich aus Quellen außerhalb seines Staatsgebietes: durch Vorkommen auf dem syrischen Golan, im Südlibanon, in der West Bank und dem Gazastreifen.» Mehr noch: im Gegensatz zu den Forderungen der UN-Resolution 242, sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen, wird «diese rechtswidrige Wassernutzung von Israel als «Sicherheitsargument» mißbraucht, um staatsfremdes Territorium weiterhin besetzt zu halten.»²⁸ Dieses Wasser wird nun auch innerhalb des gegenwärtigen israelischen Herrschaftsbereiches höchst ungleich verteilt, so daß jüdische Siedler gegenüber ihren palästinensischen Nachbarn durchaus das 50-fache an Wasser verbrauchen können.²⁹ Und dieses Regime höchst ungerechter Ressourcen-Nutzung

wird durch die israelische Besatzungsmacht auf eine höchst spezifische Weise durchgesetzt: «Die Zuteilung der Wassermengen für die palästinensische Bevölkerung wird durch die Militärbehörden festgelegt und kontrolliert. ... Die Installation von Wassernetzen, ihre Planung und Genehmigung liegen wie die Finanzierung in der alleinigen Kompetenz der *Militärbehörden*. ... Dazu kommt der *unterschiedliche Status* der Menschen. Im Gegensatz zu den Palästinensern sind die Siedler *bewaffnet*. ... Paradox, daß es die Bewaffneten sind, die ständig nach Sicherheit schreien.»³⁰ Und bisher ist ein Ende dieses Wasserkonflikts nicht in Sicht. Immerhin erklärte der damalige israelische Außenminister Shimon Peres nach dem Abschluss des Osloer Vertrages, aus dem Vertragstext «ergibt sich, dass Israel weiterhin über 73 Prozent des Bodens in den besetzten Gebieten, über 80 Prozent der Wasservorkommen und 97 Prozent der Sicherheitskräfte verfügen wird.»³¹ Angesichts all dessen kann ich Alexandra Senfft nur zustimmen, wenn sie in ihrer Rezension des jüngsten Buches von Edward Said «The End of the Peace Process» (London 2000) zu der Einschätzung gelangt: «Liberale hierzulande, in Israel und anderenorts sind über den radikalen Zusammenbruch des Friedensprozesses im Nahen Osten erschrocken und enttäuscht: Rabins und Arafats Händedruck 1993 sowie die Oslo-Friedensverträge haben offenbar dazu verleitet, den Konflikt zwischen Arabern und Israelis für beigelegt und die Entwicklung für unumkehrbar zu halten. In Wahrheit haben sich diese Optimisten den Friedensprozeß jahrelang schönegeredet, haben weggeschaut, die Vertragstexte nicht gelesen und Kritiker als pessimistische Querulanten abgetan.»³² Diese Täuschung und Selbsttäuschung ist ganz sicher auch ein Resultat jener Praxis der Massenmedien, seit 1993 ständig von einem im Nahen Osten im Gange befindlichen «Friedensprozeß» zu berichten, der seinen realen Grundlagen und Inhalten nach solange noch kein wirklicher Friedensprozeß sein konnte, wie er nicht wirklich auf die Beendigung des seit 1967 währenden völkerrechtswidrigen und die Menschenrechte der Palästinenser mißachtenden israelischen Besatzungsregimes orientiert ist.

Analysiert man die Situation genauer, in der dieser seit 1993 währende «Oslo-Friedensprozeß» zu Ende kam, dann drängt sich folgende Einschätzung auf: Die USA und Israel hatten ihre wichtigsten mit diesem diplomatischen Prozess verfolgten Ziele (Beendigung der Isolierung Israels, Öffnung der arabischen Märkte für israelische Exporte, Schwächung der Einheit der arabischen Staaten und ihrer Solidarität mit den Palästinensern) bereits weitgehend erreicht. Allein 1994 nahmen über zwanzig Länder diplomatische Beziehungen zu Israel auf.

In Südostasien, in Lateinamerika, im Nahen und Mittleren Osten öffneten sich Israels Exportwirtschaft einschließlich dem Waffenhandel neue Märkte. Gleichzeitig gelang es Israel mit Hilfe der Weltbank, die wirtschaftliche Abhängigkeit des Westjordanlandes und des Gazastreifens zu vergrößern.³³

Demgegenüber hatten die Palästinenser ihre wichtigsten Ziele (Konstituierung eines eigenen souveränen Staates, Beendigung der israelischen Besatzung und der israelischen Besiedlung palästinensischen Territoriums, Rückkehr bzw. Entschädigung der Flüchtlinge) noch nicht erreicht. Ihre Lösung aber stand bei der Fortsetzung der Verhandlungen unmittelbar an oder war bereits – wie die Ausrufung eines palästinensischen Staates – überfällig. Zugleich hatte sich in der palästinensischen Bevölkerung eine große und schnell wachsende Unzufriedenheit mit dem «Friedensprozess» entwickelt, denn ihr Lebensstandard war seit Beginn dieses Prozesses deutlich gesunken.³⁴ So konnte Scharon mit seiner Provokation auf dem Jerusalemer Tempelberg mühelos die zweite Intifada auslösen und damit zugleich das Ende eines Verhandlungsprozesses herbeiführen, in dem Israel und die USA für ihre gemeinsame Strategie nichts mehr gewinnen, sondern nur noch das seit 1967 besetzte Territorium verlieren konnten. Diese Einschätzung wird auch durch jene «*essentials*» erhärtet, die für Israel – unterstützt von den USA – bisher für alle Verhandlungen mit den Palästinensern *außerhalb jedes Kompromisses* stehen: «die hermetische Abschirmung des palästinensischen Rumpfstaates nach außen durch israelische Polizei und Armee, die unbeschränkte Kontrolle Zahals über das westliche Jordan-Ufer; die massive Ausweitung des jüdischen Staatsgebiets rund um Jerusalem, längs der Verbindungsstrecke nach Hebron und im westlichen Samaria; jede Diskussion über die Rückkehr der arabischen Flüchtlinge; der Verzicht der paramilitärischen Einheiten der PLO auf schwere Waffen; der freie, militärisch abgesicherte Zugang zu den jüdischen Siedlungen der West-Bank; die Unantastbarkeit der israelischen Nuklear-Streitmacht; last not least, der ungeschmälerete Anspruch auf Jerusalem als ungeteilte und ewige Hauptstadt Israels.»³⁵

Die Achse Israel – Türkei – USA

Zu einer deutlichen Veränderung des Kräfteverhältnisses im Nahen Osten führte der 1996 zwischen der Türkei und Israel abgeschlossene Vertrag über militärische Zusammenarbeit, der durch ein Freihandelsabkommen ergänzt und dessen Verwirklichung durch die USA ent-

schieden unterstützt wird.³⁶ Durch diesen Vertrag ist das direkte militärische Zusammenwirken Israels mit der Türkei eingeleitet worden, die mit 600.000 Mann starken Streitkräften über die zehntstärksten weltweit und die zweitstärksten in der NATO verfügt. Bedeutsam ist auch, daß Israel über Kernwaffen verfügt und die USA in der Türkei Kernwaffen stationiert haben, deren Basen sie in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts noch ausgebaut haben. Die Politik der Türkei gegenüber ihren Nachbarstaaten zeichnet sich seit längerem durch Aggressivität und Missachtung des Völkerrechts aus. Hier sei nur an die Okkupation der Osthälfte Zyperns (1983), an die kaum noch zu zählenden Überfälle auf den Irak und die 1997 proklamierte Installation einer ständigen militärischen Sicherheitszone von bis zu 15 Kilometern auf irakischem Gebiet erinnert, womit die Türkei nur nachmachte, was Israel mit wiederholten Interventionen im Libanon (und jahrelanger Annexion des Südlibanon) vorgemacht hatte. Derartige Aggressionshandlungen liegen auf der selben Ebene wie die permanenten Luftüberfälle der USA und Großbritanniens auf den Irak. Das alles ist eine Praxis der permanenten Verletzung geltenden Völkerrechts und der Versuch, nach dem Ende des Warschauer Vertrages erneut das Faustrecht in den internationalen Beziehungen durchzusetzen.

Das Militärbündnis der beiden wichtigsten Verbündeten der USA in der Region, die zugleich die militärisch stärksten Regionalmächte sind, eröffnet den USA qualitativ neue Handlungsmöglichkeiten in einem Raum, der die beiden erdölreichen Subregionen Golf und Kaspisches Meer umfaßt. Die Felder der Zusammenarbeit reichen von der Koordinierung der Militäraufklärung und der intensiven Rüstungskoope-ration bis zu gemeinsamen Manövern. Im Januar 1998 fanden erstmals gemeinsame Übungen israelischer, türkischer und US-amerikanischer Kriegsschiffe im östlichen Mittelmeer statt. Bereits 1999 begann Israel, 54 von den USA an die Türkei gelieferte F-4E Kampfflugzeuge für 630 Millionen Dollar auf den neusten Stand der Technik zu bringen. Israelische Kampffjet-Piloten üben im weiträumigen türkischen Luftraum. Das ehrgeizige, von den USA intensiv geförderte Modernisierungsprogramm der türkischen Streitkräfte, dessen Kosten für die nächsten 25 Jahre allein 150 Mrd. Dollar für militärische Hardware betragen sollen, eröffnet Israel geradezu einmalige Gewinnchancen durch den Export militärischer Hochtechnologie.³⁷

Strategisch ist das militärische Zusammenwirken Israels mit der Türkei unter der Vorherrschaft der USA darauf gerichtet, den Nahen Osten und den Zugang zum Mittleren Osten durch Luftherrschaft und per-

manente Interventionsfähigkeit absolut zu beherrschen. Nach einer US-amerikanischen Studie «verändern die wachsenden Bindungen zwischen Israel und der Türkei dauerhaft das regionale Kräfteverhältnis», wobei für Israel besonders bedeutsam sei, dass die Türkei «lange Grenzen mit drei von Israels Hauptfeinden hat: Syrien, Irak und Iran.»³⁸ Die Rolle und Funktion Israels in der Nahost-Strategie der USA hat US-Präsident George W. Bush in seinem während des Golfkrieges II verkündeten Konzept einer «Neuen Weltordnung» als «stets verfügbares Damokles-Schwert der US-Hegemonie in dieser Region» definiert.³⁹ Es entsprach wohl dieser Rolle, als die Regierung Scharon in der Nacht zum Ostermontag 2001 mit vier Kampfflugzeugen in einer 20-minütigen Raketenattacke eine syrische Radarstation 65 km nördlich der israelischen Grenze vernichten ließ und ein israelischer Armeesprecher im Armeerundfunk sagte, man wolle mit dem Angriff eine «Botschaft» an Syrien und die Hisbollah-Miliz senden.⁴⁰

- 1 Nach: *antimilitaristische information*, Berlin 31(2001)2, S. 58.
- 2 M. Wolffsohn: 50 Jahre Israel: Versuch einer historischen Bilanz. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament*, Bonn, Nr. 14/98 v. 27.3.1998, S. 3.
- 3 P. Scholl-Latour: *Lügen im Heiligen Land*. Berlin 1998, S. 399.
- 4 M. Wolffsohn: A.a.O., S. 4.
- 5 M. Wolffsohn: A.a.O., S. 6.
- 6 P. Scholl-Latour: A.a.O., S. 384 u. 420.
- 7 Vgl.: Israels Atomstreitkräfte. In: *antimilitaristische Information*, Berlin 31(2001) 1, S. 13 ff.
- 8 Vgl.: W. E. Burrows/R. Windrem: *Critical Mass*. London 1994, S. 292 f.
- 9 S. M. Hersh: *Atommacht Israel*. München 1991, S. 35.
- 10 Ebenda, S. 68, 73, 141.
- 11 Ebenda, S. 163.
- 12 Ebenda, S. 207.
- 13 Ebenda, S. 274.
- 14 Gush Shalom: Israel: 80 Thesen für ein neues Friedenslager. In: *Marxistische Blätter*. Essen 39(2001)3, S. 11.
- 15 Nach: *Wissenschaft & Frieden*, Bonn, 18(2000)4, S. 4.
- 16 Nach: *antimilitaristische information*. A.a.O., S. 21.
- 17 Nach: Ebenda, S. 22.
- 18 S. M. Hersh: A.a.O., S. 331.
- 19 A. Rieck: Der Golfkrieg als Schlüsselereignis für den arabisch-israelischen Konflikt. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 7-8/91. Beilage zu: *Das Parlament*, Bonn, 8. 2.1991, S. 39.
- 20 Interview durch K. Bednarz in «Monitor», ARD, 19.10.2000.
- 21 A. Said: Die Wut und ihr Recht. Ende eines Friedensprozesses. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Frankfurt/M., 12.10.2000, S. 49.
- 22 N. Paech: Die UNO und der Zionismus. In: *Ossietzky*, Hannover, Nr. 23/2000, S. 809.

- 23 Vgl.: A. Gresh / Ph.Rekacewicz: Topographie der israelisch-palästinensischen Verhandlungen. In: *Le Monde diplomatique* (deutsche Ausgabe), Berlin, Februar 2000, S. 12 f.
- 24 F. Langer: Lasst uns wie Menschen leben ! Schein und Wirklichkeit in Palästina. Göttingen 1999.
- 25 Y. Kaniuk: Krieg ohne Front. In: *Die Zeit*, Hamburg, Nr. 43 v. 19.10.2000, S.61. (Hervorh. E.W.)- Zur Problematik der palästinensischen Flüchtlinge s. u.a. die Dokumentation: Das palästinensische Flüchtlingsdrama. Geschichtlicher Hintergrund. In: *Im Land der Bibel*, Berlin, Nr.2/2000, S. 24-29.
- 26 Vgl.: A. v. Edig: Kriegsgrund Wasser. Verteilungskonflikte im Nahen Osten. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Bonn, H. 8/1998, S. 996.
- 27 K.-G. Schirrmeister: Islamismus: Faktor in der politisch-gesellschaftlichen Ordnung oder Ausdruck des Protestes. Aspekte zur Situation in der Mittelmeer-Region. (AIK-Texte 2/98) Strausberg 1998, S. 20.
- 28 A. v. Edig: Kriegsgrund Wasser. Verteilungskonflikte im Nahen Osten. A.a.O., S. 997.
- 29 Wasserkonflikt in Palästina. In: *Archipel*, Basel, Nr. 53 (September 1998), S. 6.
- 30 S. F. Nasser: Nahost: Prüfstein Wasser. In: *Neue Wege*, Zürich 89 (1995)10, S. 291 ff. - «Es sind Tatsachen, dass seit Oslo zweimal mehr Palästinenser umgekommen sind als Israelis, meist von Soldaten erschossen.» (U. Avnery: Zwei Völker - Zwei Staaten. Heidelberg 1995. Zit. nach: *PAX REPORT*, Berlin, Nr. 10/11 - 1998, S. 18)
- 31 Nach S. F. Nasser, a.a.O., S. 294 f.
- 32 A. Senfft: Opfer der Opfer. In: *Die Zeit*, Hamburg, Nr. 49 v. 30. 11.2000, S. 70.
- 33 Vgl.: M. Bishara: Die fetten Jahre Israels. In: *Le Monde diplomatique* (deutsche Ausgabe), Berlin, April 2001, S. 17.
- 34 Vgl. ebenda.
- 35 P. Scholl-Latour: A.a.O., S.406 f.
- 36 Zu wesentlichen Aspekten dieses Bündnisses siehe auch: A. Buro: Die Herrscher über Nahost. Das militärische Dreieck Türkei - Israel - USA. In: *Wissenschaft & Frieden*, Bonn 16(1998)4.
- 37 Vgl. M. Johannsen: «Wenn hinten weit in der Türkei...» Konfliktpolitischer Strukturwandel im Mittleren Osten und die Rolle der USA. In: B. Schoch/U. Ratsch/ R. Mutz (Hrsg.): *Friedensgutachten 1999*. Münster 1999, S. 151.
- 38 R. Usher: A Potent Combination. In: *Time*, New York, June 2, 1997, p. 33.
- 39 Nach: P. Scholl-Latour: A.a.O., S.420.
- 40 H. Lebrecht: Luftschlag gegen syrische Radarstation. In: *Neues Deutschland*, Berlin, 14.4.2001, S. 3.

Die DDR und der israelisch-palästinensische Konflikt

Klaus Polkehr

Zwei Vorbemerkungen:

1. Meine Ausführungen stützen sich *nicht* auf archivalische Forschungen. Sie beruhen vor allem auf im Laufe der Jahrzehnte gesammelten Materialien, auf Erlebnissen und Erfahrungen. Ich habe in der DDR als Journalist gearbeitet, dabei lange und intensiv mit der selbst gewählten Spezialisierung Naher Osten und Palästina-Problem. Daher rühren Kenntnisse zum Thema. Ich muß für unsere heutige Veranstaltung schon aus Zeitgründen auf sehr viele Details verzichten. Das ist vielleicht zu verschmerzen, da ich mich bereits vor zwei Jahren speziell mit dem Thema «Die DDR und Palästina» befaßt habe, und meine damaligen Ausführungen nachgelesen werden können.⁰

2. Es gibt, soweit ich es übersehe, bis heute keine umfassende Untersuchung über die Beziehungen der DDR zu Palästina. Publikationen, die das Thema tangieren und die sich auf archivalische Forschungen stützen¹, behandeln es entweder ausschließlich unter dem Aspekt der Beziehungen bzw. Nichtbeziehungen DDR-Israel² oder in solchem Kontext wie «DDR-Staatssicherheit und terroristische Organisationen». Der Leser letzterer Materialien wird Zeuge bemerkenswerter Schief lagen. Dort wird suggeriert, das Verhältnis DDR-Palästina reduziere sich sozusagen auf eine finstere Verschwörung zwischen Mielke und Arafat oder zwischen Stasi und «Schwarzem September»³. Oder es wird moralisch argumentiert. Es sei zutiefst unmoralisch gewesen, wenn der ostdeutsche Staat so enge Beziehungen ausgerechnet zu jener Organisation entwickelt habe, die das Leben von Holocaust-Überlebenden nachhaltig bedrohe.

Als ich mich auf den heutigen Vortrag vorbereitete, schien es mir nützlich, eine Metapher für das Thema zu finden. Ich stieß auf eine Grafik, die ich Ihnen mitgebracht habe. Sie sehen hier drei Kinder, es sind palästinensische Kinder, die in einem Flüchtlingslager in Jordanien lebten. Sie waren Ende der 60er Jahre von der Redaktion der DDR-Zeitung «Wochenpost» zu einem Ferienaufenthalt in die DDR eingeladen worden. Eine bekannte Künstlerin äußerte den Wunsch, einige der Kinder zu zeichnen; man könne die Grafiken dann auch drucken und zugunsten des Solidaritätsfonds verkaufen. Die Künstlerin war die 1977 verstorbene Lea Grundig, Präsidentin des Verbandes Bildender Künstler der DDR und seit 1967 Mitglied des ZK der SED. Sie war

vor den Nazis nach Palästina emigriert, übrigens auf dem Flüchtlings-schiff «Patria», dessen Versenkung auf der Reede vor Haifa sie überlebte. 1949 war sie nach Deutschland zurückgekehrt, in die DDR. Die jüdische Kommunistin befördert eine Solidaritätsaktion mit der PLO – vielleicht sagt das etwas über unser Thema aus: Die DDR und der israelisch-palästinensische Konflikt.

Die Haltung der DDR zu diesem Konflikt unterlag allgemeinen politischen Prämissen:

1. Die Außenpolitik der DDR folgte immer (und nur manchmal sehr geringfügig abweichend) der Außenpolitik der Sowjetunion. Aktionen und Reaktionen der DDR über Jahrzehnte hinweg sind nur vor dem Hintergrund des Kalten Krieges zu begreifen.

2. Die Außenpolitik der DDR war auch stets Mittel und Gegenstand in der Auseinandersetzung mit dem anderen deutschen Staat. Bis Mitte/Ende der 70er Jahre bestimmte der Kampf gegen die sogenannte Hallstein-Doktrin, die den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik postulierte, auch die Haltung zur PLO und zu Israel.

3. Die DDR verstand sich als antifaschistisch und antiimperialistisch. Daß der Antifaschismus infolge einer ideologisch engen Sicht zunehmend zu einer Stereotype erstarrte, ändert daran nichts. Die NS-Vergangenheitsbewältigung war in der DDR konsequenter als in der BRD. Die Shoah wurde nicht – wie man heute oft behauptet – verschwiegen oder bagatellisiert, eine ideologische Enge ließ sie allerdings hinter die Verfolgung der Kommunisten zurücktreten. Andererseits waren Internationalismus und internationale Solidarität nicht vornehmlich ein taktisches Vehikel sondern ein echtes ideologisches Anliegen. Die Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 war von der Führung der SED in Übereinstimmung mit der sowjetischen Haltung begrüßt worden. Der SED-Pressedienst beispielsweise meinte, «daß die Gründung dieses souveränen Staates zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Palästina und im Nahen Osten beitragen werde».⁴ Der erste israelisch-arabische Krieg wurde als «Erdölkrieg» charakterisiert, in dem Großbritannien und die USA «um die Gunst der arabischen Puppenfürsten» wetteifern.⁵ Die Palästinenser kamen in diesem Szenarium überhaupt nicht vor.»

Allerdings stand die SED-Führung dem Zionismus aus ideologischen Gründen von Anfang an ablehnend gegenüber.

Die ursprünglich freundliche Sicht auf den jüdischen Staat in den Medien der DDR änderte sich im Gleichschritt mit Veränderungen der Politik der UdSSR. Nun lauteten die Überschriften: «Staat Israel – ein Stützpunkt des amerikanischen Imperialismus im Nahen Osten».⁶

Es hatte bereits unmittelbar vor der Gründung Israels durch mehr oder weniger individuelle Initiativen Kontakte zur SED-Führung gegeben, die in lockerer Form bis 1950 weiter gepflegt wurden. Israel verknüpfte die Frage der Beziehungen zu den beiden deutschen Staaten mit der Forderung nach Wiedergutmachungszahlungen. Während Westdeutschland Gespräche darüber aufnahm, wies die DDR solche Ansprüche zurück. Sie argumentierte so: Der Faschismus sei in DDR mit seinen Wurzeln ausgerottet; die in der DDR lebenden Juden erhielten großzügig Hilfe und Unterstützung; die DDR habe die ihr auferlegten Reparationsleistungen erfüllt und also keine weiteren Verpflichtungen mehr. Die SED-Führung, aus Emigration und Widerstand kommend, sah sich nicht in eine Kollektivverantwortung genommen. Außerdem hatte die DDR als der ökonomisch weitaus schwächere der beiden deutschen Staaten erheblich an den Reparationsleistungen an die Sowjetunion zu tragen; zusätzliche Zahlungen in der von Israel geforderten Höhe von 500 Millionen Dollar hätten die DDR-Wirtschaft zweifellos überfordert. Schließlich aber schloß die Hinwendung Israels zum westlichen Lager Zahlungen an diesen Staat auch politisch aus. (Mit dem Beginn des Korea-Krieges am 25. Juni 1950 trat der Kalte Krieg in eine heißere Phase; Israel stellte sich am 2. Juli 1950 hinter die amerikanische Korea-Politik; diese Konstellation mußte sich zwangsläufig auf die Haltung der DDR zu Israel auswirken). Die 1952/53 von Stalin forcierte offene antisemitische Kampagne blieb nicht ohne Wirkung bei den sowjetischen Verbündeten, wobei es in der DDR nie zu solchen antisemitischen Auswüchsen wie in anderen Volksdemokratien kam, Antisemitismus äußerte sich hier – vorübergehend – eher verdeckt.

Die Verhandlungen Israels mit der Bundesrepublik führten bekanntlich zum Abschluß des Luxemburger Wiedergutmachungs-Abkommens von 1952. Für die BRD-Nahostpolitik begann damit auch ein Seiltanz. Bonn wußte, daß die arabischen Staaten jedes Abkommen mit Israel mit einem Schritt hin auf die DDR beantworten könnten. Die Hallstein-Doktrin zeigte eine gewisse Zweischneidigkeit, was übrigens von Israel anerkannt wurde.⁷

Der Nahe Osten war zu einem wichtigen Schauplatz des Kalten Krieges geworden. Die UdSSR faßte immer stärker Fuß in der Region, die DDR versuchte ihrerseits die Gunst der Stunde zu nutzen. So verurteilte die DDR-Regierung am 8. November 1956 die britisch-französisch-israelische Suez-Aggression und stellte sich uneingeschränkt auf die Seite Ägyptens. Es war die Zeit, da der westdeutsche Verteidigungsminister Franz-Joseph Strauß bei seinem israelischen Pendant Vertei-

digungsminister Shimon Peres anfragte, ob man für das Bundeswehrprüfungsamt erbeutete sowjetische Waffen bekommen könne, da es wichtig sei, zu wissen, was der Gegner habe. Peres, sagte sofort zu: «Was Herr Strauß will, kann er gerne bekommen.»⁸ . Damit fanden politische Behauptungen der DDR ihre Bestätigung. In Ostberlin stand außer Frage: Die DDR und Israel befanden sich in feindlichen Lagern. Die engeren Beziehungen der BRD zu Israel wurden von arabischen Staaten mit der Drohung des Abbruchs der Beziehungen zu Bonn und der Aufwertung der Beziehungen zu Ostberlin beantwortet. Die DDR unterhielt bereits zu einigen nahöstlichen Staaten konsularische Beziehungen und Handelsbeziehungen. Sie hatte nicht nur verbal sondern auch materiell ihre Solidarität mit arabischen Staaten bekundet. In solchen Erklärungen war auch Palästina erwähnt worden, aber dies stets ausschließlich als ein Flüchtlingsproblem, das in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Vereinten Nationen gelöst werden müsse. Das sollte sich ändern. In einem Grußtelegramm des Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht an die 2. Arabische Gipfelkonferenz in Alexandria vom 5. September 1964 hieß es, die DDR halte «eine Lösung des Palästinaproblems auf der Grundlage der Beschlüsse der UNO für dringend erforderlich» und sie sei «mit allen Arabern eins im Kampf gegen die Versuche des Imperialismus, die Palästinafrage zur Verschärfung der Spannungen im Nahen Osten auszunutzen.»⁹ Dieses Telegramm dürfte meines Wissens die erste explizite Erklärung der DDR-Spitze zu Palästina sein. Ulbricht besuchte im Frühjahr 1965 die VAR – es war sein erster Staatsbesuch außerhalb des Ostblocks. Im Abschlußkommuniqué erkannte die DDR ausdrücklich «alle Rechte des arabischen Volkes von Palästina einschließlich seines unveräußerlichen Rechtes auf Selbstbestimmung» an. Hier wurde Israel erstmals als «Speerspitze des Imperialismus» bezeichnet.¹⁰ Ulbricht betonte, diese Position entspreche den Prinzipien der DDR- Außenpolitik.¹¹ Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang eine Bemerkung zu den DDR-Medien machen. Sie machten damals kaum Aussagen zur Unterstützung der Palästinenser. Vielmehr dominierten scharfe Anti-Israel-Töne. Der Begriff «Speerspitze» wurde unendlich strapaziert. Auch wollte man vornehmlich nachweisen, daß an antiarabischen Aktionen Israels irgendwie die Bundesrepublik zumindest mitbeteiligt sei. Der Medienjubiläum in Westdeutschland anläßlich des israelischen Sieges im Sechstagekrieg von 1967 schien das ja auch nachgerade zu bestätigen. In der Palästina/Israel-Berichterstattung in der DDR auch in den folgenden Jahrzehnten sind kaum je Unwahrheiten oder Lügen verbreitet worden. Aber es wurde selektiv und damit undifferenziert berich-

tet. Ein Teil der DDR-Medien überzog in der Tonlage ungeheuer. Liest man die Überschriften in manchen DDR-Tageszeitungen von 1967 oder 1973, fühlt man sich fast an «Bild» erinnert. Ich erwähne das auch deshalb, weil mich vor zwei Wochen eine Frau, eine Ex-DDR-Bürgerin, bei einer Diskussion darauf hinwies, daß bei ihr – und nicht nur bei ihr – diese Tonlage genau das Gegenteil des Beabsichtigten bewirkt hätte, nämlich eine Solidarisierung mit Israel.

Seit 1964 hatte es Versuche sowohl der PLO wie auch einzelner palästinensischer Organisationen (z.B. al Fatah) gegeben, der DDR die eigenen Position nahezubringen bzw. Beziehungen anzuknüpfen. Die DDR-Stellen regierten auf solche Annäherungen höflich-reserviert.¹² Ich erinnere daran, daß zu jener Zeit die Sowjetunion eine, um es mal so zu sagen, sehr zurückhaltende Position zur palästinensischen Widerstandsbewegung einnahm. Erinnert sei nur an das Wort des damaligen UdSSR-Außenministers Schepilow von den palästinensischen «Folklore-Guerillas». Die sowjetische Zeitschrift «Kommunist» schrieb noch 1968, die PLO repräsentiere «die rückwärtsgewandtesten Elemente der palästinensischen Nationalbewegung, die durch die Chinesen für ihre eigenen Zwecke genährt werden»¹³

Die DDR übernahm zunächst solche Wertungen partiell. Sie war nicht bereit, extremistische Positionen palästinensischer Gruppen («Israel ins Meer treiben») zu akzeptieren. Es gehörte zu den unveränderlichen Maximen der SED-Politik, das Existenzrecht des Staates Israel nicht in Frage zu stellen, ungeachtet all der überzogenen Darstellung der israelischen Politik in Agitation und Propaganda. Eine Lösung des Palästina-Konflikts war für die DDR nur als politische Lösung vorstellbar.

Für die 60er Jahre könnte man die Haltung zu den Palästinensern am besten mit dem Wort «zögerlich» umschreiben. Die DDR-Diplomatie versuchte, sich ein Bild zu verschaffen: Mit wem kann man eventuell zusammenarbeiten, mit wem sollte man es unter keinen Umständen?¹⁴ In dem Meinungsfindungsprozeß Mitte bis Ende der 60er Jahre spielten die Kontakte der SED zu den Bruderparteien im Nahen Osten eine wichtige Rolle als Quelle der Analyse und Information. Die Kommunisten – vor allem die KP Jordaniens – verfügten ja über gute informelle Kontakte zur palästinensischen Bewegung. Daß es zu jener Zeit in den Kommunistischen Parteien Israels, Jordaniens, Syriens und des Libanon und in der zersplitterten kommunistischen Bewegung Ägyptens harte innere Auseinandersetzungen bis hin zur Spaltung gab, hat es für die DDR-Außenpolitiker nicht einfacher gemacht.

Während sich die SED und der Staat DDR offiziell zurückhielten, wa-

ren erste Kontakte zwischen gleichgearteten Organisationen geknüpft worden. Das Rote Kreuz der DDR nahm Beziehungen zum Palästinensischen Roten Halbmond auf. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund der DDR (FDGB) schloß am 25. Oktober 1969 eine Vereinbarung über Zusammenarbeit mit dem palästinensischen Gewerkschaftsbund PFTU ab. Darin wurden übrigens das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkannt und ihr Recht auf «allseitigen Befreiungskampf mit dem Ziel, einen demokratischen Staat auf dem Territorium Palästinas zu errichten, eines Staates, in dem alle Bürger ohne Unterschied des Glaubens und der Rasse mit einander leben.»¹⁵ Kontakte zu den Palästinensern entwickelte auch die Freie Deutsche Jugend (FDJ) und zwar insbesondere über den Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ) und den Internationalen Studentenbund (ISB). Dieser Kanal sollte für die künftigen Beziehungen von Bedeutung sein, hatte doch die künftige Generation der palästinensischen Führung ihren politischen Kampf in den Studentenorganisationen begonnen. Beispielsweise nahm Yassir Arafat als Vertreter des palästinensischen Studentenbundes GUPS an ISB-Konferenzen teil. Yahia Hammouda, der im Dezember 1967 Shukeiry als PLO-Vorsitzender nachfolgte, bevor er seinerseits im März 1969 von Arafat abgelöst wurde, hatte in der DDR studiert. (Erste Palästinenser nahmen bereits 1956 ein Studium in der DDR auf, zu jener Zeit wurden sie durchweg von der Arabischen Liga zum Studium delegiert).

Im Herbst 1970 gab es ein weithin unbemerktes, jedoch überaus wichtiges Ereignis für die Beziehungen zwischen DDR und PLO. Den Palästinensern wurde die de-facto-Einrichtung einer Vertretung in Berlin ermöglicht: Der PLO-Funktionär Imad Abdin (Abu Imad) wurde in der DDR als «Journalist» akkreditiert, als «Korrespondent» der Zeitung «al Fatah», und er konnte eine Art Büro einrichten. (Natürlich war er alles andere als ein Journalist).

Vom 30. Oktober bis zum 2. November 1971 besuchte dann Yasser Arafat auf Einladung des Afro-Asiatischen Solidaritätskomitees die DDR. In der Analyse der dabei geführten Gespräche durch die Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED wurde bei Arafat eine «Annäherung an einen realistischen Standpunkt in der Beurteilung des Staates Israel» registriert. Ein weiterer Wandel werde sich nur schrittweise vollziehen. Als Schlußfolgerung nannte die Analyse die Forderung, sich stärker auf «die durch wachsenden Realismus gekennzeichneten Teile» in der palästinensischen Bewegung zu orientieren. Dagegen solle «jede Möglichkeit einer Identifizierung der DDR mit nationalistisch-extremistischen Forderung bzw. terroristischen

Methoden vermieden werden.»¹⁶ Letzteres sollte bald aktuelle Bedeutung erhalten, als am 4. September 1972 ein palästinensisches Kommando die israelische Olympiamannschaft in München überfiel. Für die Öffentlichkeitsarbeit der DDR ergab sich eine schwierige Situation: Man mußte sich vom Terroranschlag distanzieren ohne die allgemein gängige antipalästinensische Kampagne mitzumachen. Also hieß es: «Offizielle Kreise der Deutschen Demokratischen Republik verurteilen dieses verabscheuungswürdige Verbrechen auf das allerschärfste. Die DDR lehnt den Terror als Mittel zur Erreichung politischer Ziele entschieden ab. Solche terroristischen Aktionen fügen auch der Olympischen Bewegung schweren Schaden zu.» Und: «Mit ihrer Untat haben die Terroristen nicht zuletzt den mit uns freundschaftlich verbundenen arabischen Staaten schweren Schaden zugefügt.»¹⁷

In der Bundesrepublik wurde der Anschlag von München zum Ausgangspunkt zahlreicher Aktionen gegen Palästinenser. Zwischen dem 8. und 24. September 1972 wurde ca. 1500 Palästinensern die Einreise in die BRD verweigert. Es gab Polizeiaktionen; am 4. Oktober wurden der Studentenverband GUPS und die Gewerkschaft GUPA in der BRD verboten. Es folgten Razzien und Abschiebungen. Die DDR-Medien sprachen von «Willkürakten gegen arabische Bürger» und einer «Welle allgemeiner Araberfeindlichkeit».¹⁸ Durch einen Artikel in der außenpolitischen Wochenzeitung «Horizont» erfuhr man quasi nebenbei dies: «Aus der BRD ausgewiesene Studenten erhalten die Gelegenheit, ihr Studium in der DDR weiterzuführen».¹⁹ «Horizont» teilte dann im Januar 1973 mit: «Palästinensische Studenten in der DDR eingetroffen». Die Aufnahme, hieß es, «widerspiegele die antiimperialistische Haltung der DDR und entspricht dem Wesen unserer Außenpolitik, den arabischen Völkern in ihrem Kampf gegen den israelischen Aggressor im Rahmen des Möglichen jede Unterstützung zu gewähren.»²⁰ Ich halte es durchaus für bemerkenswert, daß die Aufnahme der Studenten ohne das in der DDR bei einem solchen Anlaß eigentlich zu erwartende Agitationsgetöse erfolgte, so quasi nebenbei. In Westdeutschland stieß die Aktion der DDR auf heftige Kritik. In einer Untersuchung heißt es: «Als die DDR ihre Solidarität mit den ausgewiesenen Studenten bekundete und ihnen Studienplätze und Stipendien beschaffte, stellten (einige BRD-Zeitungen) nicht nur die Friedfertigkeit der Palästinenser, sondern auch die der DDR in Frage.»²¹ Die Zeitung «Die Welt» stellte beispielsweise am 5. April 1973 die Frage, ob hier nicht sogar ein Verstoß gegen den deutsch-deutschen Grundlagenvertrag vorliege.

Ende Juni 1973 besuchte das SED-Politbüro-Mitglied Grüneberg Beirut,

wo die entscheidenden Vereinbarungen über die Zusammenarbeit zwischen DDR und PLO getroffen wurden, die bis zum Ende der DDR Bestand haben sollten.»²² Unter anderem wurde vereinbart, die PLO erhalte die Möglichkeit «ein Büro in der Hauptstadt der DDR, Berlin, zu eröffnen»²³. (Nun also auch offiziell). Arafat nahm kurz danach an den Weltjugendfestspielen in Berlin teil. In seiner Anwesenheit sah man übrigens auch eine gewisse «Vorbeugung» gegen einen möglichen Terroranschlag während des Festivals.²⁴ Am 4. August empfing ihn Honecker im Haus des ZK der SED zum ersten Mal – es sollten zahlreiche Begegnungen in den kommenden Jahren folgen. Am gleichen Tag kam es bei einem Empfang Honeckers in Schloß Niederschönhausen erstmals zu einer offenen und offiziellen Begegnung zwischen Arafat und einer jüdischen Bürgerin Israels, der Anwältin Felicia Langer²⁵. Das war für beide Seiten ein Sprung über den Schatten, in Israel war ja ein Treffen mit PLO-Vertretern ein Straftatbestand. Am 2. August 1973 unterzeichneten Arafat und Grüneberg in Berlin die Vereinbarung über die weitere Zusammenarbeit.²⁶ Sie enthielt u.a. die Verpflichtung der DDR zur «Lieferung von Ausrüstungen des nicht-zivilen Bereichs», also militärischen Gütern.

Die neue Qualität der Beziehungen zwischen der DDR und der PLO ist in der Bundesrepublik merkwürdigerweise mit einer kleinen Verzögerung wahrgenommen worden. Erst am 15. August 1973 meldete die Presse einen Protest des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Westberlin, Galinski der vom «größten Skandal der deutschen Nachkriegsgeschichte» sprach. In diesem Zusammenhang wurde von westdeutschen Medien eine «Arabische Informationsagentur» zitiert: Moskau habe die DDR als «Durchgangsstation für die Unterstützung der Guerrillas vorgesehen, um künftig für sich selbst diplomatische Verwicklungen zu vermeiden, die sich aus einer direkten Hilfeleistung der Sowjetunion ergeben könnten.»²⁷ Galinski wurde nach eigenen Aussagen bei den Vertretern der Westalliierten in Berlin vorstellig und verlangte deren Vorgehen gegen das PLO-Büro.²⁸

Die offizielle Eröffnung des Büros der PLO in der Hauptstadt der DDR erfolgte im März 1974.²⁹ Es hatte nicht den Status einer diplomatischen Vertretung, sondern war – wie Büros von SWAPO oder FRELIMO – beim Solidaritätskomitee akkreditiert. Es entwickelte sich eine weit gefächerte Zusammenarbeit zwischen der DDR und der PLO. In der westlichen Öffentlichkeit (nämlich: in der israelischen Propaganda) konzentrierte man sich darauf, auf die Kooperation im – wie man in der DDR sagte – «nichtzivilen Bereich» zu verweisen, und dies mit dem Hinweis auf die besondere deutsche Verantwortung gegenü-

ber Israel nach dem Holocaust. Ich bin nicht in der Lage, auf Umfang und Einzelheiten dieser Zusammenarbeit eingehen. Ich mache nur darauf aufmerksam, daß die «Enthüllungen» darüber, die nach 1990 durch die Medien gingen, durchaus keinen Neuigkeitswert hatten. Die israelische Armee erbeutete im Sommer 1982 beim Vormarsch auf Beirut eine größere Anzahl Dokumente über die militärische Kooperation (so u.a. Protokolle der Gespräche von Abu Jihad mit DDR-Verteidigungsminister Hoffmann im November 1981³⁰) und veröffentlichte sie 1983 in einem Buch. Schwerpunkt dieser Zusammenarbeit war die Ausbildung von militärischen Spezialisten und insbesondere militärischen Führungskräften in der DDR (u.a. an Offiziershochschulen). Für diese Kooperation gab es im PLO-Büro bzw. der späteren palästinensischen Botschaft einen Militärattaché. Die DDR lehnte jedweden Terrorismus ab, betrachtete aber bewaffneten Befreiungskampf als legitim, betonte man die Unmöglichkeit einer militärischen Lösung und die Notwendigkeit einer politischen Lösung des Palästina-Problems, aber auch das legitime Recht der Palästinenser auf Selbstverteidigung. Also gab es keine Vorbehalte gegen ein militärisches Zusammenwirken mit der PLO.

An Umfang bedeutender waren die Beziehungen auf anderen Feldern. Die DDR leistete eine umfangreiche humanitäre Hilfe für die palästinensischen Flüchtlinge, vor allem im Libanon. Archivunterlagen zufolge betrug der Gesamtumfang dieser Hilfe gemäß Vereinbarungen mit dem SED-Politbüro in den Jahren 1973 und 1974 je eine Million Mark, 1976 und 1977 je 5 Millionen Mark, 1978 und 1979 dann je 4 Millionen Mark.³¹ In den folgenden Jahren dürfte der Umfang ähnlich gewesen sein. Zu den Hilfeleistungen der DDR gehörte u.a. die Ausrüstung des palästinensischen Krankenhauses in Beirut (das Gaza-Hospital in Sabra/Schatila, das 1982 von den «christlichen» Milizen zerstört wurde). Aus der DDR erhielt die 1970 gegründete PLO-Wirtschaftsorganisation SAMED Ausrüstungen (z.B. Nähmaschinen) für die SAMED-Werkstätten. Das erlaubte es zahlreichen palästinensischen Flüchtlingsfamilien im Libanon, sich selbst einen Lebensunterhalt zu erarbeiten. Aus dieser Zusammenarbeit erwuchs ab 1975 die regelmäßige Teilnahme von SAMED an der Leipziger Messe. In der Logik dieser Kooperation lag es dann auch, daß der Chef der SAMED, Abu Ala (Ahmed Qrei), der heutige Präsident des palästinensischen Legislativrats, zum Vorsitzenden einer neu gegründeten Freundschaftsgesellschaft Palästina-DDR berufen wurde. Unbedingt zu nennen ist die Ausbildung palästinensischer Studenten in der DDR. Insgesamt wurden in jedem Jahr mehr als hundert Palästinenser in

der DDR immatrikuliert, davon jeweils 35 für eine Hochschulausbildung, 10 bis 15 für eine Fachausbildung bzw. Fortbildung an Hochschulen, und 45 für eine Berufsausbildung. Alljährlich wurde zwischen der DDR und der PLO ein Kulturabkommen vereinbart.³² Auch bei der Unterstützung der Palästinenser gab es übrigens eine Zusammenarbeit zwischen den Kirchen in der DDR und dem Solidaritätskomitee. Die DDR war keine Großmacht, sie hatte keine Großmachtambitionen, aber ihre Führung hatte das Gefühl, daß die besonderen Beziehungen und ein schrittweise erworbenes Vertrauenspotential sie in den Stand setzten, gute Dienste als Vermittler zu leisten. Diese Rolle schmeichelte ja auch ein bißchen. Das betraf auch die innerpalästinensische Szene. Die PLO-Führung wurde «protokollgemäß» von Staats wegen empfangen. Es gab gleichermaßen Beziehungen zu Teilorganisationen, insbesondere zur Volksfront und zur Demokratischen Front. George Habbash und Nayef Hawatmeh weilten des öfteren als Gäste des Solidaritätskomitees in der DDR. Auch PFLP und DFLP kamen in den Genuß von Solidaritätsleistungen (insbesondere Studienplätzen). Es entsprach politischer Grundhaltung wie auch einem gewissen politischen Harmoniebedürfnis, wenn sich die DDR-Vertreter bei Diskussionen immer wieder für die palästinensische Einheit unter dem Dach der PLO stark machten und versuchten, zwischen den palästinensischen Gruppierungen zu vermitteln. Die DDR engagierte sich naturgemäß auch stark für die gleichberechtigte Mitarbeit der im Februar 1982 gegründeten Palästinensischen Kommunistischen Partei in der PLO. Wer die Chronik der Palästina-Frage in den 80er Jahren³³ etwas genauer unter die Lupe nimmt, wird übrigens bemerken, daß Arafat oftmals unmittelbar vor oder nach politischen Wendepunkten nach Berlin reiste. Es bildete sich bei ihm fast die Gewohnheit heraus, einschneidende politische Schritte vorab mit der SED-Führung zu debattieren. Nicht, daß die DDR sozusagen zum Promoter der Palästinapolitik geworden wäre. Aber ihr Rat war gefragt, zumal die DDR international stets ihr Gewicht zugunsten der Palästinenser in die Waagschale warf. Das mag im Nachhinein etwas merkwürdig erscheinen: Die DDR als der große Weise, wo sie doch offensichtlich nicht einmal in der Lage war, das eigene Haus in Ordnung zu halten? Aber Palästina war ja keine Ausnahme. Man sehe sich nur die Aktivitäten der DDR in der Deutschland-, Europa- oder Sicherheitspolitik jener Zeit an. 1980 erhielt das PLO-Büro in Berlin diplomatischen Status und zwar auf der Ebene einer Ständigen Vertretung. Der zumindest optischen Aufwertung der Haltung zur PLO diente am 16. Juni 1981 die Gründung des Freundschaftskomitees DDR-Palästina unter dem Dach der

Liga für Völkerfreundschaft der DDR, sozusagen als Partnerorganisation zur Freundschaftsgesellschaft Palästina-DDR.³⁴

Am 15. November 1988 wurde der Palästina-Staat proklamiert, am 18. November wurde er von DDR anerkannt (am gleichen Tag übrigens auch durch die Sowjetunion). Am 16. Januar 1989 erfolgte die formelle Umbenennung des PLO-Büros in Berlin in Botschaft des Staates Palästina.

Zuvor hatte es eine Wendung in der Haltung der DDR zu Israel gegeben. Die gegenseitige Wahrnehmung war ja spätestens seit 1967 eisig gewesen. Als im September 1973 die beiden deutschen Staaten in die Organisation der Vereinten Nationen aufgenommen wurden, stimmte Israel gegen die UNO-Mitgliedschaft der DDR, was so ziemlich präzedenzlos war. Nun aber – 1987/88 – konnte der aufmerksame Beobachter neue Nuancen entdecken. Im Juni 1988 war der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Galinski, bei Honecker. Im Oktober 1988 reisten zwei Spitzenfunktionäre des World Jewish Congress in die DDR und wurden ebenfalls von Honecker empfangen. Die damals vielfach geäußerte Vermutung, die DDR-Politik zielen jedoch vorrangig nicht auf Israel sondern auf die USA; man hoffe die zionistische Lobby in Washington für einen USA-Besuch Honeckers und für die Meistbegünstigungsklausel im Außenhandel zu gewinnen, dürfte einiges für sich haben. Es gab dann in Washington erste Gespräche über Wiedergutmachungszahlungen, sie stockten jedoch. Die von der DDR angebotenen Summen blieben weit hinter den Erwartungen zurück, mehr anzubieten aber erlaubte die wirtschaftliche Lage der DDR nicht. Der 50. Jahrestag des faschistischen Judenpogroms bot der DDR die Möglichkeit sich demonstrativ weiter zu bewegen. In meiner Sammlung befinden sich viele Dutzend Zeitungsartikel aus der DDR-Presse jener Tage, die sich nun mit «jüdischer Thematik» beschäftigten – wie stets wurde in der Agitation mit einem Übermaß bis zum Überdruß gewirtschaftet. Im Januar 1989 besuchte dann erstmals ein hochrangiger DDR-Funktionär, der Staatssekretär für Kirchenfragen, als Gast von Yad Vashem Israel.

Mit der Wende ist dieser neu eingeschlagene Weg mit Tempo fortgesetzt worden. In Kopenhagen wurden im Februar 1990 offizielle Verhandlungen zwischen der DDR und Israel aufgenommen, nachdem Ministerpräsident Modrow in einem Brief an den israelischen Regierungschef Shamir für die DDR eine Mitverantwortung für die Schoah eingeräumt hatte. Die neugewählte Volkskammer der DDR unterstrich am 12. April 1990 diese Position und erklärte die Bereitschaft zur Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Israel. Die Verhandlungen

gen in Kopenhagen stockten jedoch wegen der Wiedergutmachungsfrage. Sie wurden im Juli 1990 abgebrochen, als die DDR-Delegation darauf hinwies, letztlich könne nur noch die Regierung in Bonn entscheiden, «ob sich die ostdeutschen Behörden Israel gegenüber verpflichten können, Reparationen an Israel zu zahlen».³⁵ Es hatte sich sozusagen erledigt.

Mitten in der Umbruchzeit sahen die Freunde Palästinas in der DDR ihre Chance, aus dem engen Korsett des Freundschaftskomitees auszubrechen. Am 10. März 1990, acht Tage vor der ersten freien Wahl in der DDR wurde die Vereinigung der Freunde Palästinas gegründet, noch als eine DDR-weite Organisation. Sie hielt es für wichtig, in die sich abzeichnende deutsche Vereinigung die entwickelten Beziehungen der DDR zu den Palästinensern einzubringen. In Westdeutschland verfügte die PLO die «Informationsstelle Palästina» als eingetragenen Verein und einen beim Büro der Arabischen Liga akkreditierten PLO-Vertreter. Die DDR hingegen unterhielt ja volle diplomatische Beziehungen zu Palästina. Die Vereinigung der Freunde Palästinas wandte sich also an die Regierung de Maizière und an die Fraktionen der Volkskammer. Sie legte dar, daß es vernünftig und notwendig wäre, die Beziehungen und die Hilfeleistungen für die Palästinenser fortzusetzen. Außenminister Markus Meckel erwähnte in seiner Antwort, daß «erst kürzlich beim amtierenden Staatsoberhaupt der DDR ein neuer palästinensischer Botschafter akkreditiert wurde»,³⁶ und fügte hinzu: «Wir sind entschlossen, diese Beziehungen zum palästinensischen Volk in den Vereinigungsprozeß einzubringen.»³⁷ Meckels Worte in Allahs Gehörgang! Zweieinhalb Monate später existierte die DDR nicht mehr. Die Politiker hatte alles mögliche interessiert, nur Palästina nicht. Erst drei Jahre später, nach dem Oslo-Abkommen im Herbst 1993, wurde Arafat erstmals offiziell in Bonn empfangen, wurden erste Schritte in Richtung auf engere Beziehungen und Kooperation zwischen der BRD und Palästina unternommen. Ich habe meinen Ausführungen eine Metapher für das Verhältnis DDR-Palästina-Israel vorangestellt – die Grafiken von Lea Grundig. Lassen Sie mich einem anderen Gleichnis schließen: Zu den Feierlichkeiten anlässlich des 40. Jahrestages der DDR war auch Yassir Arafat ange-reist, er wurde sozusagen Augenzeuge des Untergangs der DDR. Am 6. Oktober 1989 erhielt er aus der Hand Honeckers den «Großen Stern der Völkerfreundschaft». Es war der gleiche Orden, den Honecker genau ein Jahr zuvor, am 17. Oktober 1988, an Edgar Bronfman, den Präsidenten des World Jewish Congress, überreicht hatte.

- 0 Ich verweise auf meinen Text «Die DDR und Palästina», in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*; B 38/99; 17. September 1999; sowie in: *Palästina Journal*, 38/39; Mai 1999.
- 1 So in der Stiftung Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv / SAPMO-BArch / , in den Unterlagen der Gauck-Behörde und in den im Sommer 1990 vorübergehend zugänglichen Akten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR – jetzt Archiv des Bundesministeriums des Äußeren.
- 2 Siehe Karin Kulow: *Israel, SED und DDR. Zur Geschichte eines tragischen Beziehungskonflikts*; in: *Die deutsche «Linke» und der Staat Israel*; Herausgeber Reinhard Renger; Leipzig 1994. – Sodann: Angelika Timm: *Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel*; Bonn 1997; auch in: Erica Burgauer: *Zwischen Erinnerung und Verdrängung – Juden in Deutschland nach 1945*; Reinbek bei Hamburg 1993.
- 3 An erster Stelle zu nennen: Michael Wolffsohn. *Die Deutschland Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden*. München 1995.
- 4 *SED-Pressedienst (PD)*, 20.5.1948
- 5 *SED-Pressedienst (PD)*, 9.7.1948. In *Neues Deutschland* (21.4.1948) schrieb Walter Janka: «Die imperialistischen Mächte haben auch große Furcht vor einem jüdischen Staat, der von arabischen Völkern umgeben ist, die noch unter feudalistischen Verhältnissen leben. Ein neuer jüdischer Staat würde sich schnell zu einem kraftvollen Industrieland entwickeln. Dadurch würde aber der wirtschaftlichen Expansion Amerikas im Mittelmeer ein Riegel vorgeschoben und zugleich die ganze arabische Welt in den Prozeß beschleunigter wirtschaftlicher und vor allem industrieller Entwicklung hineingezogen werden. Praktisch hat dieser Prozeß in Palästina schon begonnen. Das bestätigen die blutigen Kämpfe der arabischen Feudalherren, die an der Spitze der von Engländern und Amerikanern ausgerüsteten Banden gegen die Juden vorgehen.»
- 6 *SED-Pressedienst (PD)*, 9.6.1951
- 7 Das zeigte sich in einer vorsichtigen Haltung der israelischen Regierung hinsichtlich der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu Bonn. So hieß es am 21.11.1962 in einem Vermerk des CDU-Politikers Gerstenmaier über Gespräche in Israel, «einsichtsvolle israelische Kreise» seien «aufgeschlossen gegenüber dem Argument, daß eine Modifizierung des Alleinvertretungsanspruchs wenn überhaupt, dann höchstens aufgrund eigener deutscher Schritte in der deutschen Frage erfolgen dürfe». Denn ansonsten «würde eines der grundlegenden Bemühen der deutschen Außenpolitik seit 1949, eine Anerkennung der Sowjetischen Besatzungszone außerhalb des Ostblocks und damit eine völkerrechtliche Sanktionierung der deutschen Teilung zu verhindern, zu scheitern drohen.» (Der deutsch-israelische Dialog. Herausgegeben von Rolf Vogel. München-New York-London-Paris 1987. Teil I: Politik; Band 1, Seite 248).
- 8 Vogel, a.a.O. Seite 135. Übrigens war bereits im Sommer 1955 eine erste Einkaufsdelegation des israelischen Verteidigungsministeriums nach Westdeutschland gekommen und ab 1960 kamen israelische Soldaten und Offiziere zur Ausbildung in die Fallschirmschule Schongau und zur Panzertruppe in Munster.
- 9 *Die DDR und die arabischen Staaten. Dokumente 1956-1982. Ausgewählt und eingeleitet von Wolfgang und Angelika Bator*. Berlin 1984. Seite 95
- 10 «Beide Seiten verurteilen die aggressiven Pläne des Imperialismus, nach denen Israel gegen die Rechte des arabischen Volkes und dessen Kampf für Befreiung und Fortschritt gerichtete Speerspitze geschaffen wurde, um seinen Zielen zu dienen». (Bator, a.a.O., Seite 98)

- 11 Interview mit der ägyptischen Zeitung *Akhbar el-Yom* vom 21. März 1965: Auf die Frage, warum man den arabischen Standpunkt in der Palästinafrage unterstütze, sagte Ulbricht, diese Haltung habe «nichts mit taktischen Winkelzügen oder pragmatischen Erwägungen zu tun. Ihr liegen die Prinzipien zugrunde, von denen sich unsere Außenpolitik leiten läßt: Der Kampf um die Erhaltung des Friedens und um die friedliche Koexistenz, der Kampf gegen den Imperialismus und für die nationale Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht aller Völker.» Zitiert bei Bator a.a.O., Seite 102
- 12 Angelika Timm führt einige Beispiele dazu an: Timm, a.a.O., Seite 270 ff
- 13 Timm, a.a.O., Seite 269
- 14 Wünsche palästinensischer Organisationen nach Unterstützung wurden in dieser Periode hinhaltend beantwortet. Im November 1967 hatte das DDR-Außenministerium seine Vertretungen dahingehend instruiert, keine Initiativen gegenüber palästinensischen Organisationen zu unternehmen. Bei «Unterstützungsersuchen» solle auf die Solidarität der DDR gegenüber den arabischen Staaten verwiesen werden, die auch den Palästinensern zugute käme. (SAPMO-B-Arch, DY 30/IV A2/20/859; zitiert bei Timm, a.a.O. Seite 272)
- 15 Bator, a.a.O. Seite 179. Der FDGB wollte auch «alle Möglichkeiten» prüfen, um PFTU in der gewerkschaftlichen Arbeit zu unterstützen, z.B. durch Ausbildung und materielle Unterstützung.
- 16 SAPMO DY 30/IV A2/20/859, bei Timm, a.a.O., Seite 274 und 275
- 17 *Neues Deutschland*, 6.9.1972
- 18 «Natürlich billigt die DDR nicht die Terroraktionen einiger Elemente, die unter anderem zu den jüngsten tragischen Ereignissen in München führten.» Doch das Vorgehen der BRD-Behörden seien «Willkürakte», und diese seien «eindeutig gegen das friedliche Zusammenleben der Staaten und gegen die Völkerverständigung gerichtet». (*Neues Deutschland*, 29.9.1972).
- 19 *Horizont*, 4.-Okt.-Ausgabe 1972. Autor des Artikels war Wolfgang Schüßler, Sektorenleiter in der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED. Der lakonischen Mitteilung war ein für DDR-Verhältnisse erstaunlich unbürokratischer Prozeß vorausgegangen: Bei den am 21. September und an den folgenden Tagen am Westberliner Grenzübergang zurückgewiesenen Palästinensern handelte es sich um Studenten u.a. von Hochschulen in Hamburg, die zum Ende der Semesterferien zum Studium zurückkehren wollten. Nach der Zurückweisung «strandeten» sie erst einmal im Transitraum des Flughafens Schönefeld. Hier gelang es ihnen durch private Vermittlung mit dem Berliner Repräsentanten von Fatah, Imad Abdin, Kontakt aufzunehmen. Dieser beschaffte mit Hilfe der irakischen Botschaft zunächst provisorische Aufenthaltserlaubnisse für die DDR. Dann wurde sehr schnell an höchster Stelle entschieden, den aus Westdeutschland ausgesperrten palästinensischen Studenten den Abschluß ihres Studiums in der DDR zu ermöglichen.
- 20 *Horizont* 5.-Januar-Ausgabe 1974
- 21 Abdelhadi, El-Labadi, Paech, Sommer, Weingartz: BRD, Israel und die Palästinenser; Köln 1973, Seite 154
- 22 In dem Kommuniqué über die Gespräche hieß es: «Die SED bekräftigte, daß sie auch in Zukunft die Palästinensische Befreiungsorganisation in ihrem gerechten Kampf für die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes aktiv unterstützen wird.» Zitiert bei Bator, a.a.O., Seite 242
- 23 Bator, a.a.O., Seite 245
- 24 siehe Timm, a.a.O. Seite 275
- 25 Timm, a.a.O. Seite 265

- 26 Wortlaut bei Timm, a.a.O. Seite 545
- 27 *Die Welt*, 15.8.1973
- 28 Interview mit Galinski, *Neue Ruhrzeitung*, 25.9.1973. Die westdeutschen Presseberichte mischten übrigens Altes, Neues und Ausgedachtes zusammen. Die Süddeutsche Zeitung schrieb beispielsweise am 28.9.1973 unter der Überschrift «PLO in Ostberlin»: «Diese Operationsbasis liegt im sogenannten Fischerkiez. Dort wurden, nachdem Ende Juli ein entsprechender Vertrag zustande kam, in einem Hochhaus zehn Wohnungen zur Verfügung gestellt, die als Anlaufstelle für die palästinensischen Extremisten dienen. Im Fischerkiez hatte Imad Abdin seit 1970 Wohnung und Büro, die «zehn Wohnungen» waren eine grobe Übertreibung, das PLO-Büro aber nahm im Stadtteil Karlshorst Quartier
- 29 PLO-Büros in anderen sozialistischen Staaten: 1975 in Polen, Ungarn und der CSSR, 1976 in der UdSSR.
- 30 siehe *Wafa* 255/81; siehe auch Timm, a.a.O. Seite 277
- 31 laut Timm, a.a.O. Seite 278
- 32 Es wurden Stipendien an palästinensische Künstler vergeben, es wurden in der DDR Zeugnisse palästinensischer Kultur gezeigt, beginnend 1978 mit einer beeindruckenden Ausstellung palästinensischer Volkskunst im Islamischen Museum in Berlin (5.6.-20.8.1978, veranstaltet von Solidaritätskomitee der DDR und dem Ministerium für Kultur). Es gab palästinensische Filmwochen in der DDR, und - zögerlich zunächst - die Veröffentlichung palästinensischer Literatur.
- 33 Eine sehr unvollständige Aufstellung:
 Vom 5.-7.6.1978 besuchte Arafat zur Woche der Solidarität Berlin;
 13.3.1980 - Paraphierung des Kulturabkommens DDR- PLO (siehe Bator, a.a.O. Seite 353);
 6.-23.6.1980 - Ausstellung Palästinensische Malerei am Fernsehturm in Berlin;
 8.9.1980 - Besuch von Faruk Kaddoumi in der DDR (siehe Bator, a.a.O. Seite 367);
 29.12.1980 - Arafat bei Honecker (siehe Bator, a.a.O. Seite 375);
 Juni 1981: Filmtage der Solidarität mit dem palästinensischen Volk;
 9.7.1981 - offizielle Mitteilung über einen Besuch von George Habbasch in der DDR (Bator, a.a.O. Seite 387); 17.11.1981 - Besuch von Abu Jihad bei Verteidigungsminister Hoffmann;
 23.11.1981 - Delegation des PNC unter Khaled Fahoum in Berlin; 1982 - Leipziger Frühjahrsmesse Unterzeichnung des ersten Handelsabkommens DDR-PLO;
 9./10.3. 1982 Arafat in Berlin, PLO-Vertretung erhält von DDR Status einer Botschaft;
 17.10.1982 - Treffen Honecker - Arafat in Kuwait (weshalb es dort stattfand: siehe Timm a.a.O. Seite 280; das Communiqué bei Bator, a.a.O. Seite 418);
 3.-6.6.1983 - Ausstellung Kalligraphie von Michel Najjar in Berlin;
 Juni 84 - Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen SED und PKP (siehe Timm, a.a.O. Seite 280);
 6.10.1984 - Arafat in Berlin;
 30.8.1985 - Abu Jihad bei Hoffmann;
 18.4.1986 - Arafat in der DDR, dabei Treffen mit Gorbatschow;
 15.8.1988: Treffen Arafat mit Honecker
- 34 *Neues Deutschland*, 19.6.1981. Zum Präsidenten des Freundschaftskomitees DDR-Palästina wurde Werner Kirchhoff berufen, hauptamtlich Vizepräsident des Nationalrats der Nationalen Front der DDR, eine zumindest laut Protokoll wichtige Position, so daß seine Berufung auch die Bedeutung des Palästina-Komitees un-

terstreichen konnte Das Freundschaftskomitee DDR-Palästina ordnete sich in der Liga für Völkerfreundschaft in einen ganzen Kranz von Freundschaftsgesellschaften und -komitees ein. So gab es zur damaligen Zeit für den arabischen Raum neben der Deutsch-Arabischen Gesellschaft solche Gesellschaften bzw. Komitees u.a. für Ägypten, Syrien, Jordanien, Irak und Algerien. Das Komitee war keine Mitgliederorganisation, es versammelte nicht all die Freunde Palästinas im Lande um sich, es reflektierte die in der DDR übliche Enge. Das Komitee setzte sich vornehmlich aus Vertretern jener Organisationen zusammen, die in irgendeiner Weise mit palästinensischen Institutionen zusammenarbeiteten. So gehörten ihm Beauftragte des Gewerkschaftsbundes FDGB an, der Freien Deutschen Jugend, des Frauenverbandes, des Journalistenverbandes, des Solidaritätskomitees etc. Vertreten waren das Außenministerium und das Kulturministerium. Außerdem gab es einige wenige «Einzelmitglieder», Leute, die sich in dieser oder jener Weise in der DDR für Palästina engagierten, Journalisten, Filmleute und Schriftsteller darunter. Das Komitee traf sich regelmäßig, aber in sehr großen Abständen. Eine Koordination der verschiedenen Aktivitäten erfolgte naturgemäß nicht hier sondern durch den SED-Parteiparat. So beschränkte man sich im Komitee darauf, sich gegenseitig über Aktionen zu informieren. Und es ergab sich hier die Möglichkeit einer Debatte politischer Analysen der Palästina politik.

35 *Tageszeitung*, 18.7.1990

36 Brief Meckels vom 19. Juli 1990. Der palästinensische Botschafter in der DDR, Dr. Issam Kamel, war nach außerordentlich langer Tätigkeit in der DDR - seit 1979 - Anfang 1990 formell abberufen worden. Ihm folgte als Botschafter Daoud Barakat, der zuvor die PLO u.a. bei der UNO in Genf und in Wien vertreten hatte.

37 Schließlich hieß es in dem Schreiben Meckels: «Unsere Solidarität mit dem Volk von Palästina beweisen wir auch durch die Weiterführung der Ausbildung palästinensischer Studenten. Für das in Kürze beginnende Studienjahr 1990/91 wurden erneut Plätze angeboten. Hilfssendungen für die Palästinenser in den besetzten Gebieten sollten meines Erachtens ebenfalls fortgesetzt werden. Entsprechende Aktivitäten politischer Kräfte zur Unterstützung dieses Anliegens werden begrüßt.»

Die Revision des Zionismus als ein Weg zum Frieden in Israel und Palästina

Ludwig Watzal

In den Reihen der Linken ist ein heftiger Streit darüber entbrannt, ob Kritik am US-Imperialismus oder an der Politik des Staates Israel in der Bundesrepublik gleichbedeutend mit Antisemitismus ist. Wenn sich gegen eine solche Behauptung keinerlei Protest regt, dann ist es um die Meinungsfreiheit in diesem Lande schlecht bestellt. Am Ende des «Krieges gegen den Terror» wird die Meinungsfreiheit in Deutschland wesentlich eingeschränkt sein, da keine Kritik an den USA mehr möglich sein wird. Ein Teil der Linken hat sich zum blinden Verteidiger der am meisten rechtsnationalistischen und fundamentalistischen Kreise in Israel gemacht. Da ich schon immer sehr skeptisch gegenüber einer ausgewogenen politischen Haltung der Deutschen war, überrascht mich diese Haltung nicht; sie ist wieder einmal typisch deutsch. Wir haben in unserer Geschichte schon alles gerechtfertigt. Deshalb sind wir für unsere Nachbarn auch politisch unberechenbar.

Eine Kritik am Zionismus ist mehr als berechtigt und hat nichts, aber auch gar nichts mit Antisemitismus zu tun. Der Zionismus ist eine Spielart des Nationalismus und sein Wertesystem ist ethnozentrisch. Jeder Nationalismus ist ethnozentrisch, weil er die eigenen Werte über die der anderen stellt. Das Leid, das den Palästinensern bis heute zugefügt wird, ist die Folge der Idee, einen jüdisch-ethnischen Staat zu errichten. Diesem Ethnozentrismus und nicht bösem Willen ist es zu verdanken, daß viele Zionisten dem Leid der Palästinensern gleichgültig gegenüberstehen. Die Zionisten meinen, daß nur ein Staat mit jüdischer Mehrheit und besonderen Rechten für Juden diese vor Verfolgung und Diskriminierung schützen könne. Der Zionismus bekämpft nicht den Antisemitismus, sondern benutzt ihn als Beweis für die Notwendigkeit seiner Existenz und des eigenen Staates. Ohne Antisemitismus verliert der Zionismus seine Existenzbegründung. Damit ist der Zionismus nicht nur politisch, sondern auch psychologisch vom Antisemitismus abhängig. Das zionistische Selbstbildnis ist das des ewigen Opfers. Die zionistischen Ziele selbst machten die Bewegung zu einem Diener des Kolonialismus und einem Feind aller anticolonialistischen Kräfte. Die zionistischen Dienste zugunsten der Kolonialmächte waren keine Ergebnis von Unwissenheit, Dummheit oder Gemeinheit, sondern von Eigeninteresse. Der zionistische Staat ist mit den ehema-

ligen weißen Siedlerstaaten vergleichbar. Sie sind auf dem Rücken der einheimischen Bevölkerung entstanden und auf die Hilfe der Kolonialmächte angewiesen, so Akiva Orr, Gründungsmitglied von Matzpen [Was ist das?]. Der Krieg von 1956 zusammen mit Großbritannien und Frankreich gegen Ägypten war ein Kolonialkrieg mit dem Ziel, die Modernisierung und Selbstbestimmung Ägyptens rückgängig zu machen.

Der durch den Beginn der zionistischen Besiedelung Palästinas vor 104 Jahre ausgelöste Konflikt kann nur durch eine radikale Änderung und Revision des israelisch-historischen Narrativs gelöst werden. Es muß eine radikale Veränderung in dem geben, was ich die «zionistische Ideologie» nennen möchte. Kritische Historiker stellen die Thesen einer Geschichtsrevision nicht mehr in Frage, nach der die Zionisten ihre Geschichte teilweise erfunden und fabriziert haben. Demzufolge gehören große Teile des historischen Narrativs in den Bereich Mythologie. Die «neuen Historiker», «Neo-Zionisten» oder «Revisio-nisten» versuchen eine Neubewertung und Entmystifizierung der israelischen Geschichte, um ein realistisches Bild zu zeichnen. Einer der progressivsten und radikalsten ist Ilan Pappé.

Von Anbeginn des zionistischen Siedlungsprojektes stand die Frage des Transfers oder der Vertreibung der einheimischen Bevölkerung ganz oben auf der politischen Agenda. Um einen jüdischen Staat zu schaffen, mußte man so viele Araber wie nur möglich loswerden. Darüber herrschte große Einigkeit unter den führenden Zionisten. Bis auf den heutigen Tag gehört die Leugnung der Vertreibung der indigenen Bevölkerung von 1948 und die Verweigerung ihres Rückkehr-rechtes ins israelische Kernland oder einen Palästinenserstaates zu den größten Problemen.

Das zionistische Siedlungsprojekt trägt kolonialistische Züge. Selbst die Zionisten haben es als ein solches verstanden. Sie hatten keinerlei Skrupel, wie die Namen einiger ihrer Organisationen zeigten: so gab es eine Jüdische Kolonialgesellschaft, die Vereinigung für die Kolonisierung des Landes Eretz Israel, die Jüdische Kolonialgesellschaft von Palästina, die Jüdische Koloniale Treuhand etc. Der 12. Zionistenkongreß etablierte eine Kolonialabteilung. Die meisten Israelis würden die Behauptung zurückweisen, daß das zionistische Projekt irgend etwas mit Kolonialismus zu tun gehabt hätte. Für sie ist der Zionismus eine «Befreiungsbewegung». Zum Teil haben sie damit recht. Aufgrund

der Pogrome im zaristischen Rußland in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts, der Dreyfus-Affäre und zahlreicher Diskriminierungen in anderen europäischen Staaten kamen die Zionisten zu dem Schluß, daß nur die Schaffung eines eigenen Staates die jüdische Frage lösen könne. Sie stellten fest, daß es für die Juden in Europa keine Sicherheit gebe.

Was bedeutet überhaupt Zionismus? Er beruht auf drei Annahmen:

1. Die Juden sind ein Volk und nicht nur eine Religionsgemeinschaft. Deshalb ist die jüdische Frage eine nationale.
2. Der Antisemitismus und in dessen Folge die Verfolgung der Juden stellt eine dauerhafte Bedrohung für alle Juden dar.
3. Palästina oder Eretz Israel war und wird die Heimat des jüdischen Volkes sein.

Was wollte die zionistische Bewegung erreichen? Das Hauptziel war die Gründung eines jüdischen Staates, um dem jüdischen Volk ein Leben wie allen anderen Völkern zu ermöglichen. Israel sollte ein normaler Nationalstaat werden. Theodor Herzl, der Vater des Zionismus, schrieb in seinem Buch «Der Judenstaat», daß nur eine jüdisch-politische Einheit in «*Palästina oder irgendwo sonst auf dieser Erde*» die jüdische Frage lösen könne.

Das zionistische Unternehmen kann nur adäquat beurteilt werden, wenn man auch die katastrophalen Konsequenzen für die indigene Bevölkerung mit in Betracht zieht. Aufgrund der perfekten Desinformationskampagne ist es Israel gelungen, die Tatsache zu verschleiern, daß die Gründung des Staates mit einer geplanten Enteignung und Vertreibung eines anderen Volkes einher ging. Die Israelis behaupten, daß ihnen diese Entwicklung durch die Umstände aufgezwungen worden sei. Ihre konstruierte Geschichte lautet wie folgt: Die Geburt des Zionismus war das unvermeidliche Ergebnis des Druckes und der Verfolgung der Juden in Europa. Ihre Absichten hätten nicht unbedingt zu einer Auseinandersetzung und zur Vertreibung führen müssen. Nichtsdestotrotz wurde Israel in eine lieblose und brutale Umgebung hinein gegründet. Die zionistischen Bemühungen um einen Kompromiß und Versöhnung wurden von den Arabern zurückgewiesen, die, obwohl sie militärisch und politisch viel stärker waren, den Krieg verloren haben. Im Laufe des Krieges befahl die palästinensische Führung ihrem Volk, ihre Häuser zu verlassen, um den jüdischen Staat offen dem Vorwurf der Vertreibung auszusetzen. Weiter wird behauptet

tet, daß das Land leer und vernachlässigt war, daß es durch die jüdische Arbeit wieder zum Blühen gebracht worden sei. Die Zionisten schadenen niemals den Einheimischen, tatsächlich profitierten diese von ihnen, sie blieben aber nichtsdestotrotz undankbar. Die Zionisten handelten ohne die Unterstützung der imperialen Mächte. Die wenigen schrecklichen Aktionen waren durch den Druck des Krieges bestimmt. Alle israelischen Kriege und Invasionen sowie ihre Maßnahmen gegen die Palästinenser waren rein defensiv.

Diese Geschichtsversion wird in den israelischen Kindergärten und Schulen gelehrt sowie der internationalen Gemeinschaft erzählt. Selbst im Lichte von zahlreichen gegenteiligen Fakten wird diese einseitige Sichtweise immer wieder vorgetragen.

Ich komme nun zu dem Teil der Geschichte, die revisionsbedürftig ist, um zu einer fairen Übereinkunft mit den Palästinensern zu kommen. Das Hauptproblem, auf das ich schon hingewiesen habe, stellt der Transfer oder die Vertreibung dar. Von israelischer Seite muß es eine Anerkennung dieser gewaltsamen Vertreibungen zwischen 1947 und 1949 geben. Die Vertreter der Hauptströmung des politischen Zionismus waren entschlossen, die indigene Bevölkerung zu vertreiben. Privat ließen Herzl und die Mehrheit der zionistischen Politiker keinen Zweifel daran, daß die Realisierung des jüdischen Traumes für die Palästinenser ein Alptraum werden würde. Schon kurz nach der Veröffentlichung der Balfour-Deklaration begann Israel Zangwill, sich öffentlich für einen Transfer auszusprechen, indem er erklärte, daß ein arabischer Exodus basierend auf einer *«rassistischen Neuverteilung»* oder einem *«Treck, wie dem der Buren von Cape Colony»* der einzige *«Ausweg»* aus den Schwierigkeiten der Schaffung eines jüdischen Staates wäre. Der massive Ausbau der militärischen Fähigkeiten des Yishuv in den dreißiger Jahren war der Ausdruck dafür, daß die Lösung des demographischen Problems eher gewaltsam als diplomatisch gesehen wurde. Während es im Yishuv eine Anzahl von Fraktionen gab, die eine binationale Option befürworteten (Brit Shalom, zu dessen Mitgliedern Judah Magnes, Martin Buber und Hans Kohn zählten), wurde diese Bewegung niemals weithin bekannt und hatte nur geringen Einfluß auf die Politik des Yishuv. Die wichtige Trennung verlief zwischen den Revisionisten, die eine Revision des Mandats inklusive Jordanien befürworteten und kompromißunfähig waren, und den eher pragmatischen und gradualistischen Vertretern des Zionismus der Arbeitspartei. Bereits 1930 gab es hochrangige Gespräche zwischen dem Yishuv und

der Britischen Regierung über den Transfer von palästinensischen Arabern nach Jordanien. Die folgenden Mythen müssen m. E. revidiert werden:

- Der Mythos von der Nichtvertreibung

Die Kluft zwischen dem, was tatsächlich der indigenen arabischen Bevölkerung angetan wurde, und der offiziellen israelischen Version ist offenkundig. Das Dokument der israelischen Regierung zur Flüchtlingsfrage von 1953 erklärte, die palästinensischen Araber seien durch Aufrufe des Mufti Hai Amin Husseini und die umliegenden arabischen Länder angestachelt worden, ihr Land zeitweise zu verlassen, um den arabischen Staaten die Möglichkeit zu geben, die Zionisten zu besiegen, ohne palästinensische Opfer zu verursachen. Jeder Palästinenser weiß, daß der spätere «Friedenspolitiker» Yitzhak Rabin einige der größten Vertreibungen aus Lydda und Ramle im Jahre 1948 leitete.

- Der Mythos von der Selbstverteidigung

Anita Shapira ist eine der führenden zionistischen Historikerinnen, die den Bevölkerungstransfer rechtfertigen. Sie argumentiert, daß die zionistische Bewegung niemals beabsichtigt habe, Gewalt anzuwenden, sondern durch das Zusammenkommen der verschiedenen Ereignisse dazu gezwungen worden sei. Sie macht keine ethische Unterscheidung zwischen dem zionistischen Ziel, Palästina in einen jüdischen Staat zu verwandeln, und dem Willen der indigenen Bevölkerung, diesem zu widerstehen. Sie reduziert den Konflikt auf einen Zusammenprall von mehr oder weniger gleichberechtigten rechtlichen Ansprüchen. Eine solche Sichtweise verwässert ein wenig die Annahme, daß der zionistische Anspruch begründeter ist, wenn nicht absolut. Die Behauptung der «Selbstverteidigung» kann nur in einem Orwellschen Sinne für die Besetzung von 1948, die Aggression gegenüber Ägypten von 1956, die Invasion in den Libanon 1977 und 1982, und die häufigen Bombardements des Libanon seither benutzt werden. Selbst die Anwendbarkeit auf den Krieg von 1967 ist fraglich.

- Der Mythos von der Reinheit der Waffen

Der Mythos der israelischen Selbstwahrnehmung als moralisch höherstehend in der «Reinheit der Waffen» (*purity of arms*) – der Slogan der Haganah 1948 – muß im Lichte der gegenteiligen Beweislage ebenso aufgegeben werden. Daß Juden ebenfalls fähig waren, Grausamkeiten zu begehen, haben die diversen Kriege und die brutale Okkupation

gezeigt. Israelische Quellen bestätigen, daß in fast allen arabischen Dörfern während des Krieges von 1948 Kriegsverbrechen begangen worden sind. Diese Verbrechen hörten nicht auf, wie das Buch «Israels heiliger Terror» von Livia Rockach zeigt.

Abraham Shapiras Buch «The Seventh Day» veröffentlicht Interviews von Soldaten aus dem Sechstagekrieg von 1967. Es sollte zeigen, was der Krieg den israelischen Soldaten antat und daß sie die einzigen «Opfer» waren. Von den wirklichen Opfern war darin nie die Rede. Solche Selbstrechtfertigungen verhindern, daß sich der Täter selber als Mörder sieht und zeigt ihn als tragische Figur und als ein Objekt des Mitleids.

- Der Mythos vom Recht auf Rückkehr

Das Recht auf Rückkehr ist einer der wichtigsten Rechtfertigungsgründe für die Gründung eines jüdischen Staates. Das «Recht auf Rückkehr» wurde von der Knesset am 5. Juli 1950 verabschiedet und gestattet jedem Juden, sich in Israel niederzulassen. Nach Meinung von David Ben-Gurion ist dieses Recht auf Rückkehr jedem Juden innewohnend, aufgrund der Tatsache, daß er Jude ist, und geht demzufolge dem Staat Israel voraus. Völkerrechtlich kann ein Rückkehrrecht nur dann von einer Gemeinschaft in Anspruch genommen werden, wenn ein Volk vertrieben worden ist. Solch ein Verständnis ist eine Voraussetzung für einen ordnungsgemäßen internationalen Umgang. Nach Völkerrecht hat keine Bevölkerungsgruppe das Recht, fremdes Land zu besetzen und seine ursprüngliche Bevölkerung zu vertreiben.

Wegen dieses innewohnenden Rechtes auf Rückkehr wird das historische Recht der Juden auf Eretz Israel als so offensichtlich betrachtet, daß es keiner weiteren Begründung bedarf. Die heutigen Juden werden als die Nachkommen des ehemaligen «Volkes Israel» betrachtet, wohingegen die Palästinenser als Eindringlinge angesehen werden. Geschichtlich sind jedoch die palästinensischen Araber die Nachkommen der ursprünglichen Einwohner dieser Gegend und nicht die jüdischen Migranten aus Brooklyn oder Rußland.

Es gibt einen zentralen Grund für die Legitimation Israels: den Holocaust. Der systematische Versuch der deutschen Nazis, das europäische Judentum zu vernichten, kostete über sechs Millionen Juden das Leben. Es war die bisher erste und einzigartige Erscheinung eines biologisch begründeten Antisemitismus in der Geschichte. Israel wäre auch ohne den Holocaust gegründet worden. Ein Aspekt bei der Rechtfertigung Israels mit dem Argument des Holocaust ist, daß man die

Auswirkungen auf das palästinensische Volk nicht berücksichtigt. Dies ist nicht verwunderlich, wenn man sich die zionistische Argumentation vor Augen führt, daß alle Goyim, also alle Nicht-Juden, nicht nur potentielle Antisemiten, sondern sogar potentielle Mörder von Juden sind. Da mag es nur folgerichtig sein, Palästina ethnisch zu säubern und die Feinde innerhalb seines Territoriums zu vertreiben.

Wie problematisch die Rechtfertigung durch den Holocaust ist, zeigen folgende Zitate: Marc Ellis, amerikanischer Theologe, schreibt, daß die *«Misere des palästinensischen Volkes die Macht der Holocaust-Theologie mit ihrer Darstellung eines unschuldig leidenden Volkes auf der Suche nach Sicherheit und Freiheit untergräbt. Auschwitz ist für die Juden ein Ort geworden, hinter dem sie ihre Verantwortung für die Gegenwart verbergen können; ein Symbol, das sie unangreifbar macht.»*

Michael Prior, ein englischer Wissenschaftler, hebt hervor, daß man sich nicht *«auf den Holocaust berufen kann, um glaubhaft die Zerstörung einer dritten Partei zu rechtfertigen. Es ist ein dubioses moralisches Prinzip, wenn man die barbarische Behandlung der Juden im Dritten Reich als Legitimation für die Gründung eines jüdischen Staates auf Kosten eines unschuldigen Dritten benötigt.»*

Zu einer Revision der Geschichte muß unabdingbar folgendes hinzukommen, was der israelische Historiker Ilan Pappé wie folgt beschrieben hat: *«Versöhnung ist nur zu erreichen durch ein Ende der Viktimisierung und die Anerkennung der Rolle Israels als Viktimiser.»*

Ein Jahr Intifada, 34 Jahre israelische Besetzung und Vorschläge der palästinensischen Linken zur Lösung des Nahost-Konflikts

George Rashmawi

Am 28. September 2000 provozierte der damalige Oppositionsführer und jetzige Ministerpräsident Ariel Sharon das palästinensische Volk, indem er mit massiver Begleitung von Sicherheitskräften das islamische Heiligtum, die Al-Aqsa-Moschee, betrat.

Der Chef der rechtsgerichteten Likudpartei behauptete, *«er wolle seine Friedensabsicht»* demonstrieren. Gemeint war aber, aufzuzeigen, wer der Herr im Hause ist. Die gezielte Provokation war lediglich der berühmte Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte.

Seit dem Osloer Abkommen von September 1993 warteten die PalästinenserInnen vergeblich auf den Frieden und mit ihm auf den versprochenen wirtschaftlichen Aufschwung.

Die zweite Intifada hat die Aufmerksamkeit der Welt erneut auf die unerträgliche Lage der PalästinenserInnen gelenkt. Das palästinensische Volk hat an Leib und Seele den israelischen «Frieden» erlebt. Die politische, soziale und wirtschaftliche Situation hat sich während der sogenannten «Friedenszeit» verschlimmert.

Israels unterschiedliche Machthaber (Likudpartei oder Arbeiterpartei) versuchten nur, durch diese Verhandlungen Zeit zu gewinnen. So wurde die Landenteignung und Einverleibung von palästinensischem Boden forciert. Neue Siedlungen wurden gebaut und bestehende ausgedehnt. Die palästinensische Wirtschaft wurde systematisch ruiniert. Das palästinensische Volk hat festgestellt, daß die israelischen Machthaber seine nationalen Forderungen ignorieren.

Seit einem Jahr beschießt Israel mit seiner Kriegsmaschinerie, Kampfflugzeugen F 16 und Apache-Kampfhubschraubern, palästinensische Dörfer, damit das palästinensische Volk auf seine nationalen Rechte verzichtet. Israels Regierung veröffentlicht Namenslisten von palästinensischen Widerstandskämpfern und gibt den Befehl, diese physisch zu liquidieren.

Bis heute wurden 53 PalästinenserInnen gezielt durch Bomben und Raketen ermordet. Die Anzahl der insgesamt getöteten PalästinenserInnen beträgt 673 Tote, darunter 584 Zivilisten, 89 Militärangehörige, davon 643 Männer, 28 Frauen und zwei Säuglinge. 30 % der ermordeten PalästinenserInnen waren unter 18 Jahre alt.

57 % der getöteten PalästinenserInnen nahmen weder an militärischen noch an irgendeiner sonstigen Auseinandersetzung teil. 99 % der getöteten PalästinenserInnen wurden im Oberkörper bzw. im Kopfbereich gezielt erschossen. Mehr als 32.000 PalästinenserInnen wurden verletzt; davon bleiben zwei Drittel ihr Leben lang behindert.

Unter dem Vorwand der Sicherheit verhängt Israel Kollektivstrafen und riegelt die palästinensischen Autonomiegebiete hermetisch ab. Neben der täglichen Erniedrigung und Schikane der Bevölkerung an den Kontrollpunkten wiegen die wirtschaftlichen Folgen schwer.

130.000 palästinensische ArbeiterInnen und alleinige ErnährerInnen ihrer Familien konnten seit über einem Jahr nicht zu ihrer Arbeitsstelle gelangen.

Die politischen Gründe der palästinensischen Intifada

Nach siebenjährigen «Friedensverhandlungen» kam mit den letzten Verhandlungen in den USA (Camp David, 25. Juli 2000) die Stunde der Wahrheit. Die Verhandlungen scheiterten an den «Roten Linien Israels», die Barak Anfang Juli 2000 bekannt gegeben hatte: Jerusalem vereinigt unter israelischer Souveränität, Israel wird keine moralische oder rechtliche Verantwortung für die palästinensischen Flüchtlinge anerkennen, keine Rückkehr zu den Grenzen von 1967, alle israelischen Siedlungen bleiben (natürlich auf besetztem palästinensischen Boden) unter israelischer Souveränität. Dies waren auch die Roten Linien der israelischen Regierungen vor Barak. Und wenn die PalästinenserInnen sie ablehnen, scheitert der «Friedensprozeß» und es bleibt den PalästinenserInnen nur eine Alternative: weiterhin unter Besatzung und Terror zu leben.

Die PalästinenserInnen haben die israelischen «Friedens»-Vorstellungen nicht akzeptieren können, weil sie eine unglaubliche Zumutung sind: Die PalästinenserInnen sollen Israel 77 % ihres Heimatlandes überlassen und dafür einen Zwergstaat ohne Grenzen auf der Hälfte der restlichen 23 % bekommen. Die strategischen jüdischen Siedlungen auf 25 % der restlichen 23 % werden von Israel annektiert. Weitere 14 % bleiben unter israelischer Kontrolle.

Was die besetzte Stadt Jerusalem betrifft, so hat Barak den moslemischen und christlichen PalästinenserInnen nur «administrative Kontrolle» über «kleine Teile der Stadt» und «keine echte Souveränität» angeboten. Die PalästinenserInnen sollen also in kleinen Ghettos leben, wobei die Souveränität und Oberhoheit in ganz Jerusalem in israelischer Hand bleibt. Das Rückkehrrecht von über 4,5 Millionen

PalästinenserInnen wurde auf Familienzusammenführungen reduziert. Für die PalästinenserInnen bedeutet diese Vorstellung nichts anderes als die Fortsetzung der israelischen Besatzung mit einer nach außen zivilisierten Scheinlösung.

Mit seinen «Roten Linien» lehnt Israel die verschiedenen UNO-Resolutionen ab, die den Abzug der israelischen Armee aus den besetzten palästinensischen Gebieten inklusive Ost-Jerusalem fordern und Israel für das Leid von Millionen palästinensischen Flüchtlingen verantwortlich machen.

Die wichtigsten Ursachen für das Scheitern des sogenannten Friedensprozesses:

1. Identifizierung der amerikanischen Politik mit den israelischen Zielen; deshalb waren und sind die USA keine neutralen Vermittler.
2. Fortsetzung der israelischen kolonialistischen Siedlungspolitik. (Die Zahl der israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten hat sich in den Jahren seit Beginn der Verhandlungen mehr als verdoppelt).
3. Ausklammerung der UNO, Europas und der UNO-Resolutionen (242, 194 und 338) vom «Friedensprozeß» durch die USA und Israel.
4. Grundlegende Fragen des Konflikts wurden vertagt, wie die Jerusalem-Frage, die Flüchtlingsfrage, die Frage nach der Souveränität.
5. Die USA versorgen Israel grenzenlos mit Geld und Waffen, so daß Israel in seiner militärischen Überlegenheit die Notwendigkeit des gerechten Friedens nicht wahrnimmt. (Israel ist die einzige Atommacht im Nahen Osten).
6. Israel und die USA ignorieren die existenzwichtigen Grundrechte und Forderungen der PalästinenserInnen, die von der UNO und der Weltgemeinschaft anerkannt wurden. Beispiele dafür sind: Das Recht auf einen unabhängigen Staat, Rückkehrrecht der Millionen palästinensischen Flüchtlinge, Abzug der israelischen Armee und der Siedler aus den besetzten palästinensischen Gebieten, Freilassung der palästinensischen politischen Gefangenen aus den schrecklichen israelischen Folter-Gefängnissen.

Vorschläge der palästinensischen Linken

Bevor wir uns diesen Vorschlägen widmen, sollten wir kurz über die palästinensische politische Landschaft informieren.

Man kann die politische Landschaft in drei Hauptströmungen unterteilen:

1. Die PLO, der Organisationen wie die Al-Fatah, die Volksfront zur

Befreiung Palästinas, die Palästinensische Volkspartei, die Demokratische Front zur Befreiung Palästinas etc. angehören

2. Die Palästinensische Autonomiebehörde

3. Die islamischen Bewegungen, vor allem Hamas und Jihad, die außerhalb der PLO stehen.

1. Die PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation)

1.1 Al-Fatah

Diese Organisation wird seit ihrer Gründung 1964 von Jassir Arafat geführt. Sie stellt keine homogene politische Gruppe dar. Sie ist die Hauptsäule der Palästinensischen Autonomiebehörde. Unabhängig davon gibt es Anhänger der Al-Fatah, die gegen das Osloer Abkommen sind und sich den Positionen der demokratischen Kräfte annähern, die ebenfalls dieses Abkommen ablehnen. Abgesehen von den unterschiedlichen politischen Meinungen innerhalb von Al-Fatah kann man folgende politischen Punkte festhalten: 1. Sie ist für politische Verhandlungen mit Israel auf Grundlage der verschiedenen UNO-Resolutionen 2. Sie erkennt den Staat Israel an und tritt für einen unabhängigen palästinensischen Staat neben Israel ein.

1.2 Die linken Organisationen und ihre Vorstellungen zur Lösung des Konflikts

1.2.1 Die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP)

Sie wurde im Dezember 1967 als der palästinensische Flügel innerhalb der Panarabischen Bewegung gegründet. Dr. George Habash war ihr erster Generalsekretär. Ihr zweiter Generalsekretär, Abu Ali Mustafa, wurde Anfang September 2001 durch einen israelischen Raketenangriff auf sein Büro in Ramallah ermordet. Die P.F.L.P. steht für Verhandlungen mit Israel auf der Grundlage aller UNO-Resolutionen. Sie lehnt das Osloer Abkommen kategorisch ab.

1.2.2 Die Palästinensische Volkspartei (PPP)

Sie war ursprünglich der palästinensische Flügel der Kommunistischen Partei Jordaniens. 1985 trennte sie sich von der KP Jordaniens und gründete die Palästinensische Kommunistische Partei. Nach den schwierigen neunziger Jahren änderte sie ihren Namen in Palästinensische Volkspartei. Anfangs nahm sie an dem Osloer «Friedensmarsch» mit Arafat teil. Später merkte sie, wohin dieser Weg führte, trennte sich von dieser politischen Linie und unterstützte die oppositionellen lin-

ken Organisationen. Sie ist für eine Zwei-Staaten-Lösung und unterstützt die politischen Verhandlungen auf Grundlage der UNO-Resolutionen.

1.2.3. Die Demokratische Front zur Befreiung Palästinas (DFLP)

Sie ist am 21.2.1969 durch die Trennung des marxistischen Flügels von der PFLP entstanden. Sie ist Vorreiterin in der Entwicklung der verschiedenen politischen Programme der PLO angefangen vom Programm der «Nationalen Einheit» Anfang 1970, des «Zehn-Punkte-Programms» im Sommer 1973, das eine Nationale Autorität auf jedem befreitem Boden in Palästina vorsah und indirekt die Bereitschaft impliziert, sich auf eine Zwei-Staaten-Lösung einzulassen. Das berühmte Etappenprogramm wurde von der PLO angenommen und aufgrund dieses politischen Programms konnte sich die PLO als politische Sprecherin und als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes auf palästinensischer, arabischer und internationaler Ebene profilieren. Die DFLP nahm maßgeblich an der Entwicklung dieses Programms innerhalb der PLO teil, bis es innerhalb des palästinensischen Volkes und im politischen Programm der PLO klar war, daß das palästinensische Volk für einen Staat innerhalb der Grenzen vor dem «Juni-Krieg» von 1967 kämpft. Die DFLP steht mit den arabischen Linken, demokratischen und islamischen Bewegungen gegen das Osloer Abkommen. Es ist wichtig anzumerken, daß diese Organisation, wie auch die PFLP, einen demokratischen Staat in ganz Palästina als ihr strategisches Ziel betrachtet, wo jeder Bewohner dieses Staates in Freiheit, Frieden und Gleichberechtigung leben kann.

2. Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) unter Führung von Präsident Jassir Arafat

Diese Behörde ist das Produkt des Osloer Abkommens vom 13. September 1993. Sie wird hauptsächlich von der Al-Fatah-Bewegung getragen. Die politischen Grundlagen der Palästinensischen Autonomiebehörde sind:

- Festhalten am Osloer Abkommen und an den verschiedenen «Friedens»-Abkommen mit Israel.
- Festhalten an politischen Verhandlungen.
- Sie verlangt von Israel die Erfüllung der abgeschlossenen politischen Verträge.
- Sie versucht, die Intifada als politisches Druckmittel gegen Israel auszunutzen, verwendet diese aber nicht als ein Mittel - neben den

Verhandlungen – zur Erreichung der politischen Ziele des palästinensischen Volkes auf Rückkehr, Selbstbestimmung und Errichtung eines unabhängigen Staates in Palästina mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt, sondern nur als ein Mittel zur Verbesserung ihrer politischen Verhandlungspositionen.

3. Die islamischen Bewegungen

3.1 Hamas (Eifer) – islamische Widerstandsbewegung

Vom Namen «Hamas» hat das palästinensische Volk erstmals am 15. Dezember 1987, als ihr Gründungskommuniqué veröffentlicht wurde, Notiz genommen. Aber die Wurzeln der Bewegung liegen bei der Bewegung der Moslembroderschaft, die Anfang der vierziger Jahre in Ägypten gegründet wurde. Vor 1987 arbeitete Hamas unter dem Namen Jamah. Anfänglich wurde Hamas von Israel als Gegenpol zur PLO und den linken Kräften gefördert. Finanziert wird Hamas hauptsächlich von Saudi-Arabien und vom Iran. Hamas verfügt über ein sehr gut funktionierendes Sozialnetz in der Westbank und dem Gazastreifen. Ihren Kampf gegen Israel verstehen die Hamas-Aktivisten als Heiligen Krieg. Ihr Hauptziel ist die Vernichtung des Staates Israel, um statt dessen einen islamischen palästinensischen Staat zu errichten. Sie lehnen die Osloer Abkommen und jegliche politische Verhandlungen ab und fordern, den bewaffneten Kampf gegen Israel bis zum Sieg zu führen. Sie führen den Kampf gegen den zionistischen Staat Israel und nicht gegen die Juden. So steht es in ihrem politischen Manifest. Unabhängig von dieser irrealen Vorstellung gibt es Kräfte innerhalb der Hamas, die eine Zwei-Staaten-Lösung – einen palästinensischen Staat neben Israel – akzeptieren, wie der Gründer von Hamas, Scheich Ahmad Yassin, in verschiedenen Interviews gesagt hat.

3.2. Jihad – Der palästinensisch-islamische Jihad (Heiliger Krieg)

«Jihad» wurde 1975 von palästinensischen Studenten in Ägypten gegründet. Zu Beginn der 80er Jahre formierte sich die Gruppe dann zunächst im Gazastreifen unter Führung von Fathi El Schakaki, der während seines Medizinstudiums in Ägypten mit der radikalen Moslembroderschaft in Berührung gekommen war und sich dann der iranischen Revolution zuwandte. 1995 wurde Dr. El Schakaki vom Mossad (dem israelischen Außengeheimdienst) auf der Insel Malta ermordet. Danach übernahm Ramadan Abdallah Schakaki, der in England Ökonomie studierte hatte, die Führung. Das politische Programm der

Jihad-Gruppe kann man so zusammenfassen: Das zionistische jüdische Israel ist in ihren Augen der Hauptfeind der Moslems, das in einem Jihad (Heiligen Krieg) zerstört werden muß. Ihr Ziel ist es, einen islamischen Staat in Palästina zu errichten. An politische Verhandlungen glaubt sie nicht. Sie lehnt selbstverständlich – genau wie Hamas – das Osloer Abkommen ab. Der Jihad ist eine kleine Gruppierung, die wenig Rückhalt innerhalb des palästinensischen Volkes hat.

Ungeachtet aller Differenzen sind sich fast alle palästinensischen Organisationen in drei Punkten einig:

- Die palästinensische Intifada muß bis zur Erreichung ihrer politischen Ziele auf Freiheit und Unabhängigkeit weitergehen.
- Die jetzige nationale Einheit zwischen den verschiedenen palästinensischen Organisationen im Rahmen der einheitlichen Führung der Intifada muß erhalten werden.
- Das Osloer Abkommen war ein schlechter Versuch, den israelisch-palästinensischen Konflikt zu lösen.

Die linken Kräfte, vor allem die DFLP, sehen den Weg zu einer friedlichen Lösung in neuen politischen Verhandlungen unter Schirmherrschaft der UNO und mit Einbeziehung der Europäischen Union.

Diese Verhandlungen müssen auf Grundlage der verschiedenen UNO- und Weltsicherheitsrats-Resolutionen geführt werden, insbesondere:

- der Resolution des Weltsicherheitsrats (UNO-Teilungsplan) vom November 1947, wonach zwei Staaten, ein jüdischer und ein palästinensischer, entstehen sollten. Der jüdische Staat ist entstanden; der palästinensische Staat wartet noch.
- der UNO-Resolution 194 von 1948, in der das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr gefordert wird.
- der Weltsicherheitsratsresolution 242 vom Juni 1967. Darin wird von den israelischen Streitkräften der Rückzug aus den besetzten Gebieten gefordert. Das schließt den Rückzug aus der Westbank, dem Gazastreifen, Ost-Jerusalem und den Golanhöhen ein.

Das Ziel dieser Verhandlungen ist die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt sowie das Recht der PalästinenserInnen auf Rückkehr in ihre Heimat.

Frieden und Sicherheit für beide Völker können nur erreicht werden, wenn das Recht des palästinensischen Volkes auf Freiheit und einen von Israel unabhängigen Staat anerkannt wird.

Jerusalem Poker

Jürgen Bargmann

I Der Titel rührt her von einer populären belletristischen Arbeit des englischsprachigen Autors Whitaker, der – mit beträchtlichen literarischen Mitteln – das gefährliche Mißverständnis zum Thema aufbereitet, beim gegenwärtigen Konflikt handele es sich um einen Kampf dreier Religionen um heiliges Land und heilige Stadt. Meine folgenden Ausführungen sollen zeigen, dass diese religiöse Reduktion des Nahostkonflikts überhaupt nicht aufgeht, ebenso wenig wie jeder andere eindimensionale, monokausale Reduktionsversuch. Die Stellungnahme ist aber wichtig aus zwei Gründen:

Erstens handelt es sich bei diesem Konflikt um den heißesten der gegenwärtigen bedrohlichen Weltlage; eine deutsche Linke, die dazu nicht Stellung zu nehmen vermag, kann abdanken.

Zweitens: Bisherige Stellungnahmen haben Linke, die ansonsten in 90 Prozent der Probleme einer Meinung und zu gemeinsamem Handeln fähig sind, derart entzweit, dass sie sich bereits als «halbe Antisemiten» und «tendenzielle Rassisten» einerseits, als «Zionisten» und «nützliche Idioten des Imperialismus» andererseits titulieren.

Allenfalls das konsequente Rekurrieren auf Fakten, das Insistieren auf marxistische Methode vermag hier noch zu helfen.

II Betrachtet man die drei großen monotheistischen Weltreligionen historisch-kritisch, so stellt man entgegen allen populären Mythen fest, dass sie sich vor der Epoche des Imperialismus nicht sonderlich für Jerusalem interessieren.

Jerusalem ist keine «urjüdische» Stadt: Sie wird von David einem konkurrierenden Stamm abgenommen. Die Meinung des Alten Testaments als Stimme der Propheten, der klarsten Köpfe der Religion, ist negativ. Sie mißbilligen die Staatsbildungen Israel und Juda zunehmend als gottlos, ebenso den Versuch, die Religion zugunsten von Königen und Oberpriestern im Jerusalemer Tempel zu zentralisieren. Speziell der dritte herodianische Tempel erscheint schon wegen seines – zu Recht – als gottloser Gewaltherrscher empfundenen Stifters der jüdischen Tradition als alles andere als heilig. (Nicht vergessen: Einen Überrest dieses Tempels, den 1800 Jahre niemand vermisste, versuchen die Begins und Scharons religiös zu verklären. Noch weniger zu vergessen: Es bedurfte 1300 Jahre vorwiegend christlichen, v. a. katholischen Antisemitismus, um eine Sehnsucht nach Jerusalem zu wecken, die dann

Ende des 19. Jahrhunderts, eben nicht vorher, Wirkung entfaltet.) Auch das Interesse des Christentums an Jerusalem hält sich bis Mitte des 19. Jahrhunderts in engen Grenzen. Schon wegen Nichtakzeptanz Christi und schließlicher Kreuzigung gelten ihnen Stadt und Bewohner eher als verflucht. Auch die 1200-jährige Kontrolle Jerusalems durch Muslime erregt die Christenheit kaum. Als Einwand wird man die Kreuzzüge anführen, aber deren genaue Betrachtung offenbart das Gegenteil: Da im Endeffekt gegen die technisch überlegenen Muslime, insbesondere den großen kurdischen Sultan Selahhettin (Saladin), militärisch nichts auszurichten war, massakrierte man lieber anderswo im Zeichen des Kreuzes, plünderte das reiche, schismatische Byzanz, verfolgte militärisch schwächere Ketzler und Heiden und vor allem Juden (grauenhafte Pogrome besonders in Deutschland und Frankreich).

Erst im 19. Jahrhundert plötzlich christlich «religiöse» Leidenschaft in Jerusalem: Ein Vorrangsstreit französischer und russischer Mönche löst den Krimkrieg aus, ist aber nur Vorwand eines frühimperialistischen Blutvergießens.

Und die Muslime? Ja, die Stadt kommt im Koran vor, ist sogar heilige Stadt, gehört aber nicht in die Reihe der heiligsten Städte, die auf der Hadsch besucht werden. Und die muslimische Toleranz gegenüber den Dhimmi, den anderen Buchreligionen verhinderte, zusammen mit ökonomischen Erwägungen, jede Intoleranz in Jerusalem: Christen und Juden hatten bis 1918 niemals Schwierigkeiten bei der ungestörten Religionsausübung.

III Natürlich soll der Islam gegenwärtig, laut «Clash of Cultures», die Sowjetmacht als Feindbild ablösen. Hierbei tritt der imperialistische Ideologe Huntington das Erbe jener ewigen Schwarzweißmaler und Demagogen des Ostwestgegensatzes an, die seit Herodot argumentieren, das sei der Gegensatz zwischen westlicher Freiheit und asiatischem Despotismus. Marxisten sollten wissen, was von jener Demagogie zu halten ist. Übrigens besteht das arabische Volk von Palästina etwa zur Hälfte aus Christen, und auch marxistische Atheisten spielen in der palästinensischen Kultur und Politik durchaus eine Rolle (George Habasch, Leyla Khaled u. a.).

IV Gerade weil Marxisten religiöse Illusion bekämpfen, aber religiöse Gefühle der Massen ernst nehmen und das Bündnis mit religiösen Humanisten suchen, verdient der Islam als mittlerweile größte Weltreligion unsere Aufmerksamkeit. Daß dieser in den ersten Jahrhunder-

ten seiner Existenz sozial fortschrittlich, bildungs- und kulturförderlich war, hat neuerdings sogar Kardinal Ratzinger erkennen müssen; daß er durch barbarische Mongolen und Türken(Osmanen) refeudalisiert und auf den traurigen Stand des 19. Jahrhunderts gedrückt wurde, ist unstrittig; für uns wichtig wird, daß er durch den Zerfall der SU Desorientierten als Mittel antiimperialistischen Protests erscheint. Dieser ist hoch diffus – von imperialistischen Agents Provocateurs wie Scheich Jasin bis zu ehrlichen Revolutionären wie Gaddhafi reicht die Spannweite. Den Dialog – frei von Ethno- und Eurozentrismus – aber müssen wir hier aufnehmen: Über 4 Mio. Muslime in der BRD, 5 Prozent der Wohnbevölkerung, 8 Prozent der Arbeiterklasse und mehr als 10 Prozent der Jugend dürfen wir nicht ignorieren, wenn wir nicht Ignoranten werden wollen.

V Ökonomie? Dass Nahostkrisen transnationalen Konzernen ermöglichen, den Ölpreis nach oben zu manipulieren, ist bekannt. Dem gegenüber ist der direkte Wert des strittigen Territoriums marginal, weswegen eine monokausale ökonomische Erklärung des Konflikts nicht aufgeht.

VI Es streiten Nationen, Nationalismen? Welche? Der Traum der wiedererstehenden arabischen Nation ist ausgeträumt, die partikularen Interessen postkolonialer Eliten sind viel zu stark, wie die häufigen, vom Imperialismus angezettelten innerarabischen Kriege zeigen. Palästinensischer defensiver Nationalismus, der als Antwort auf die Apartheidsituation einen eigenen Staat verlangt, den gibt es; und wer kein allzu ideologischer «Antinationaler» ist, wird dem seine Berechtigung nicht verweigern können.

Die andere Seite: Das Projekt Zionismus ist zu einem vulgären Nationalismus verkommen, die sozialistischen Utopien des linken Flügels sind über Bord geworfen, die menschenrechtlichen Ansprüche von einst in für rechtens erklärter Folter und im «Liquidieren» von Palästinenserführern erledigt. Vor allem: Das Projekt des parareligiösen Nationalismus scheiterte an der Säkularisierung, die Masse der Menschen jüdischen Glaubens, immerhin 13 von 16 Millionen, zogen nicht nach Israel und sie wussten warum, denn die Trennung von Kirche und Staat (in der amerikanischen Verfassung wie in Lenins «Religion ist Privatsache» verkündet) erscheint ihnen attraktiver als ein eigener, zunehmend fundamentalistischer Staat.

VII Natürlich war die militante zionistische Selbstverteidigung gegen

den Antisemitismus gerechtfertigt – ihr später kolonialistischer Landraub an den Palästinensern nicht. Wie konnte die Bewegung so umschlagen?

Die Antwort findet sich in einer Analogie: Wie konnten die deutschen 48er als Flüchtlinge in den USA gute US-Imperialisten werden? Genauso. Bürgerliche Revolutionäre, die bürgerlich bleiben, verkommen im Zeitalter des Imperialismus!

Herzl sieht bereits Bismarcks Preußen-Deutschland als vorbildlichen Nationalstaat und flirtet mit Wilhelm II., während seine Nachfolger Lord Rothschild und Weizmann britischer als die Briten werden und Ben Gurion pp. die amerikanischsten Amerikaner werden, eben eine Kolonialherrenperspektive annehmen.

VIII Mit den ungeheuren Verbrechen des Imperialismus lassen sich die Verursacher dingfest machen: Die deutsche Ausplünderung des Satellitenstaates osmanische Türkei, als Antwort im Ersten Weltkrieg die von Briten und Franzosen angezettelten Aufstände der nationalen Minderheiten (Kurden, Araber, Zionisten), denen man goldene Berge versprach, während man im Sykes-Picot-Abkommen bereits die Beute innerimperialistisch geteilt hatte. Dieses imperialistische Divide et Impera funktioniert im Prinzip immer noch. Davon leben Komplizen des Imperialismus wie Sharon ebenso wie seine (ehemaligen?) Agenten Scheich Jasin, Bin Laden oder Mullah Omar.

IX Was tun? Hartnäckig an Antiimperialismus, Aufklärung und Frieden festhalten, in der außenpolitischen Lageanalyse wenigstens so mutig sein wie Möllemann, natürlich jeden Beifall von der falschen Seite abwehren, denn Antisemiten, Rechte, religiöse Fanatiker können niemals Antiimperialisten werden.

Positiv: Raus zu den Friedensdemonstrationen! Und für jene Region heißt das, die Kräfte von Frieden und Vernunft stützen, die es von Arafat bis Avnery durchaus gibt.

Zu den Autorinnen und Autoren

JÜRGEN BARGMANN, Bochum, arbeitet mit in der Bundeskoordination und der Regionalkoordination Bochum/Wattenscheid/Witten von Attac.

Dr. WOLFGANG BATOR, Oranienburg, war lange Jahre als Botschafter der DDR in arabischen Staaten tätig.

DANIEL BLANK studiert Politologie an der Universität Münster. Längere Studienaufenthalte in Israel.

Prof. Dr. ALEXANDER FLORES arbeitet als Islamwissenschaftler an der Universität Bremen.

HERMANN L. GREMLIZA, Hamburg, ist Herausgeber der Monatszeitschrift *konkret*.

HERMANN KOPP, Düsseldorf/Essen, ist verantwortlicher Redakteur der *Marxistischen Blätter* und Vorstandsmitglied der Marx-Engels-Stiftung, Wuppertal

IRIT NEIDHARDT lebt als freie Kulturwissenschaftlerin in Münster. Sie konzipiert Filmreihen zum Themengebiet Israel und Palästina, hält Seminare und verleiht Filme aus dem Nahen Osten. Sie war Mitbegründerin und Programmleiterin der Israelischen und Palästinensischen Filmtage Münster. Kontakt: www.IritNeidhardt.de/ info@IritNeidhardt.de

THOMAS VON DER OSTEN-SACKEN, Frankfurt/M., arbeitet als Journalist zu Themen des Nahen und Mittleren Ostens, schreibt u.a. in *konkret* und *Jungle World*.

KLAUS POLKEHN ist Journalist, 1968-1992 Stellvertretender Chefredakteur der *Wochenpost*, Autor mehrerer Bücher über den Nahen Osten, u.a. «Palästina – Reisen im 18. und 19. Jahrhundert», Berlin 1986, und «Krieg um Wasser? Der Jahrhundertkonflikt im Nahen Osten», Berlin 1992. Herausgeber der *Palästina-Nachrichten*. Lebt in Berlin.

GEORGE RASHMAWI, Mediziner, ist in Palästina geboren, hat in der BRD studiert und lebt heute in Bad Hennef bei Bonn. Aktiv in der Palästina-Solidarität.

Dr. ROBERT STEIGERWALD ist habilitierter Philosophiehistoriker, Vorsitzender der Marx-Engels-Stiftung und Mitglied der Redaktion *Marxistische Blätter*.

PETER ULLRICH, Student der Kulturwissenschaften, Germanistik und Soziologie an der Uni Leipzig. Aktiv in der Linken StudentInnengruppe und «Saitun – Arbeitskreis Palästina». Veröffentlichungen u.a. im *Palästina-Journal* und in den *Palästina-Nachrichten*. Betreut die Internetseiten der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft.

KLAUS WAGENER, Dortmund, ist im Brotberuf Möbelbauer; Mitglied der Redaktion *Marxistische Blätter*

Dr. VIKTORIA WALTZ, Universität Dortmund, Expertin für Siedlungsfragen, war zweieinhalb Jahre (1998 - 2001) als Beraterin des Wohnungsministeriums in Gaza und Ramallah tätig.

Dr. LUDWIG WATZAL ist Journalist und Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Universität Bonn. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Problemen des Nahen Ostens. Zuletzt erschienen: *Feinde des Friedens. Der endlose Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern*, Aufbau Verlag, Berlin 2001, 341 Seiten, DM 17,90. Weiter Informationen unter: www.watzal.com

Prof. Dr. ERNST WOIT, Philosophiehistoriker und Friedensforscher, lebt in Dresden. Zahlreiche Veröffentlichungen, ständiger Autor der *Marxistischen Blätter*.

Marxistische Blätter – Flugschriften

Die Reihe bringt in loser Folge kleinere Arbeiten marxistischer Wissenschaftler zu politisch-theoretisch bedeutsamen Fragen. Pro Jahr vier bis sechs Hefte. Im Abonnement nur EUR 10.50 für je vier Hefte (einschließlich Porto). Bisher sind erschienen:

Domenico Losurdo

Flucht aus der Geschichte? Die kommunistische Bewegung zwischen Selbstkritik und Selbsthaß

Flugschrift 01 • 56 Seiten • EUR 3.00 (plus Porto)

Domenico Losurdo

Die Linke, China und der Imperialismus

Flugschrift 02 • 32 Seiten • EUR 2.50 (plus Porto)

Hans Kalt: Das Phänomen Jörg Haider

Flugschrift 03 • 32 Seiten • EUR 2.50 (plus Porto)

Thomas Metscher

Moderne Weltliteratur und die Stimme Schwarzafrikas

Flugschrift 04 • 44 Seiten • EUR 2.50 (plus Porto)

Genadi Sjuganow

Globalisierung: Sackgasse oder Ausweg?

Flugschrift 05 • 48 Seiten • EUR 2.50 (plus Porto)

Gerhard Feldbauer

Kommt mit Berlusconi ein neuer Mussolini?

Flugschrift 06 • 52 Seiten • EUR 2.50 (plus Porto)

Domenico Losurdo: Was ist Fundamentalismus?

Flugschrift 07 • 52 Seiten • EUR 3.00 (plus Porto)

Martin Robbe

**Die Palästinenser: Kapitulation oder Eigenstaatlichkeit?
Zur Geschichte und Problematik eines Konflikts**

Flugschrift 08 • 76 Seiten • EUR 4.00 (plus Porto)

Werner Seppmann: Die Aktualität der Kapitalismuskritik

Flugschrift 09 • ca. 80 Seiten • EUR 4.00 (plus Porto)

Neue Impulse Verlag • Hoffnungstr. 18 • 45127 Essen

Fon 0201.2486482 • Fax 0201.2486484 • NeueImpulse@aol.com

Im Oktober 2001, ein Jahr nach dem Beginn des Aufstands der Palästinenser in den seit 1967 von Israel besetzten Gebieten, fand in Wuppertal eine zweitägige Konferenz zum israelisch-palästinensischen Konflikt statt. Die Beiträge dieser Tagung, im vorliegenden Band dokumentiert, vermitteln ein differenziertes Bild von den Problemen „vor Ort“ und von deren historischen und sozialen Wurzeln, stellen sie in ihre globalpolitischen Zusammenhänge und fragen nach möglichen Lösungen des Konflikts; sie spiegeln aber auch die scharfe Kontroverse wider, die innerhalb der deutschen Linken über die „richtige“ Haltung zum Geschehen in der nahöstlichen Krisenregion entbrannt ist.

Beiträge von Jürgen Bargmann (Bochum), Wolfgang Bator (Oranienburg), Daniel Blank (Münster), Alexander Flores (Bremen), Hermann L. Gremliza (Hamburg), Hermann Kopp (Düsseldorf), Irit Neidhardt (Münster), Thomas von der Osten-Sacken (Frankfurt a.M.), Klaus Polkehn (Berlin), George Rashmawi (Hennef), Robert Steigerwald (Eschborn), Peter Ullrich (Leipzig), Klaus Wagener (Dortmund), Viktoria Waltz (Dortmund), Ludwig Watzal (Bonn), Ernst Woit (Dresden)